Preis: 2,50 Euro

LOTTA

antifaschistische Zeitung aus NRW

Nr. 19
Winter 2004/2005

www.free.de/lotta

Geschichtspolitik

Schwerpunkt: Deutscher Opfermythos
und die "selbstbewusste Nation"

Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig

Militanz und Parlamentarismus

Neonazismus im Raum Mönchengladbach

Krise, Quote, Leidkultur

Nationalismus und Popmusik

ARCHIVEXEMPLAR
KEIN VERLEIH
INFOLADEN LEIPZIG

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

Wir schreiben das Jahr 2005, sechzig Jahre nach der militärischen Befreiung vom Nationalsozialismus, ein Jahr der Jahrestage. Wir widmen uns deshalb im Schwerpunkt dieser Ausgabe dem Thema Geschichtspolitik, wobei uns natürlich der Umgang mit der nationalsozialistischen 'Vergangenheit' interessiert. Spätestens seit den Debatten um Zwangsarbeiterentschädigung, Holocaust-Mahnmal und Walser-Rede gerät die Erinnerung an den Holocaust in den Hintergrund. Ob Wehrmachtsverbrechen, "Bombenkrieg" oder "Vertreibung": Ein deutscher Opfermythos dominiert den geschichtspolitischen Diskurs.

Für ihre Schwerpunktbeiträge möchten wir uns ganz herzlich bei allen Autoren bedanken, insbesondere bei Michael Klundt, Gerd Wiegel, Günter Born und Ulrich Schneider.

Schon lange fällig ist auch ein Dank an unseren Gastautor Tomas Sager, der immer wieder interessante und ausgezeichnet recherchierte Beiträge beigesteuert und an Artikeln mitgewirkt hat.

Last but not least auch ein Dankeschön an die "Antifaschistische Recherchegruppe Mönchengladbach" und an Robert Andreasch für ihre Regional- und Bundeslandberichte sowie an alle anderen Autoren.

Wir wünschen Euch ein erfolgreiches
antifaschistisches Jahr 2005!

Eure LOTTA-Redaktion

P.S.: Erscheinungsdatum dieser Ausgabe ist der 17. Januar 2005

Stieg Larsson ist tot

Wir möchten auf diesem Wege Abschied von unserem Freund und Kollegen Stieg Larsson von der schwedischen antifaschistischen Zeitschrift "Expo" nehmen. Stieg ist am 9. November im Alter von nur 50 Jahren für alle völlig unerwartet gestorben. Manche von uns hatten die Ehre und das Vergnügen, Stieg vor einigen Jahren kennen zu lernen, ihn im Jahr 2000 auf seiner Veranstaltungstour durch einige NRW-Städte zu begleiten und ihn später des Öfteren wiederzutreffen. In unserer Ausgabe Nr. 3 führten wir ein ausführliches Interview mit ihm über die extreme Rechte in Schweden und die Arbeit von "Expo". Wir behalten Stieg als Freund und als einen der bestinformierten und engagiertesten Antifaschisten im europäischen Raum in Erinnerung. Sein Tod bedeutet einen schweren Verlust für die antifaschistische Bewegung und für alle, die ihn kannten, liebten und schätzten.

Die LOTTA-Redaktion

Inhalt

Gesellschaft

Krise, Quote, Leidkultur 4
Nationalismus und Popmusik

Schwerpunkt

“Deutschland, einig Opferland” 6
Neuere geschichtspolitische Diskurse und ihre Bedeutung

Gründungsmanifest der Berliner Republik 9
Zu Funktion und Bedeutung der Walser-Rede

Auschwitz 12
Leugnung und Missbrauch

Ästhetischer Revisionismus 14
Guido Knopps Fernsehdokumentationen über den Nationalsozialismus

Die CDU und die KZ-Gedenkstätten 17
Eine Zwischenbilanz deutscher Erinnerungspolitik

“Neuordnung” Europas nach völkischen Prinzipien? 20
Zur Neubewertung der “Vertriebenenfrage”

“Bombenkrieg” 22
Die Deutschen, Opfer der Geschichte?

Extreme Rechte

Militanz und Parlamentarismus 24
Neonazismus im Raum Mönchengladbach

Der Würger von Stolberg 27
Willibert Kunkel unter der Lupe

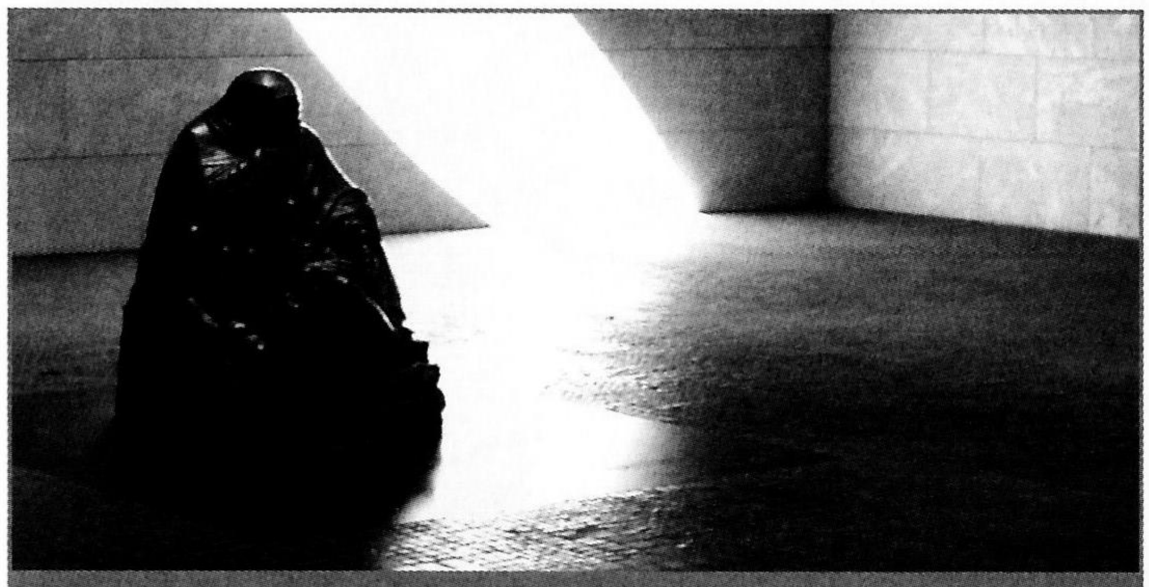
Auf “Volksfront”-Kurs 29
Landesüberblick Bayern, Teil 1

“Es wächst zusammen, was zusammengehört” 34
Der NPD-Bundesparteitag 2004

Auf “Freie” angewiesen 36
NPD tritt bei den NRW-Landtagswahlen an

Helden für Deutschland 38
Die “Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger”

Trachtengruppe unter Waffen? 40
Razzia bei neonazistischer “Re-Enactment-Gruppe”



Schwerpunkt: Geschichtspolitik

60 Jahre nach der militärischen Befreiung vom Nationalsozialismus ist die Erinnerungspolitik, die Frage nach der Auseinandersetzung mit NS-Vergangenheit und Holocaust ein heiß umkämpftes Feld. Gerade seit 1989 lässt sich eine Intensivierung von Geschichtspolitik feststellen, die den Unterschied zwischen Tätern und Opfern zunehmend verwischt, einen deutschen Opfermythos beschwört und das Selbstverständnis einer “erwachsenen, selbstbewussten Nation” propagiert.

ab Seite 6

Zeitsprung ins Völkische 41
Das zehnte “Burgfest”

“...schönste Nächte aus Kristall” 42
Neonazidemonstrationen am 9. November

RechtsRock-Splitter 43

Aufmarsch-Splitter 45

Kurzberichte 48

Braunzone

“Viel zu viel Abschaum...” 50
Black-Metal-Konzert in Dortmund abgesagt

Eigentümlich rechts 52
Der Kreis um das “ef-Magazin”

Grundlagen

Grundzüge einer Theorie des Faschismus 54

Geschichte

Aufstand im Bierkeller 59
Der 9. November 1923

Rezensionen

“Der Untergang” 61
Die letzten Tage im Führerbunker

Kapitalismus und Naturkatastrophen 62

Pop-Band “Mia”: “Eine weitere prominente Stimme [...] für ein entspannteres Verhältnis zur eigenen Nation”

Foto: p.flug

Von Thomas Bose

Krise, Quote, Leidkultur

Nationalismus und Popmusik

“Deutsch ist in Mode” titelte unlängst die extrem rechte “Junge Freiheit”[1] anlässlich der Diskussion um die Einführung einer Radioquote für “deutsche Popmusik”. Die “Deutsche Stimme”, Parteizeitung der NPD, attestierte der Berliner Popband “Mia” aufgrund ihres Songs ‘Was es ist’, dass “sich hier also eine weitere prominente Stimme der deutschen Popkultur für ein entspannteres Verhältnis zur eigenen Nation”[2] stark mache.

Auf der “Popkomm”, der größten Fachmesse der Musikindustrie, wurde Ende 2004 die Forderung nach einer Radio-Quote für “deutsche Musik” lautstark inszeniert. Die Initiative “Musiker in eigener Sache” hatte einen Aufruf mit rund 600 Musikerinnen und Musikern, darunter **Wolfgang Niedecken**, **Anne Haigis**, **Konstantin Wecker**, **Xavier Naidoo**, **Max** (“Freundeskreis”) und **Jan Eißfeld** (“Absolute Beginner”) präsentiert. Die Initiative bejammert , “dass die deutsche Musikszene in den Medien kaum noch vorkommt”[3], und behauptet, “immer weniger weltumspannende Firmen setzen auf einen immer kleineren Nenner von Musik aus ihrem dominanten anglo-amerikanischen Repertoire”[4]. Mit solchen nationalistischen Forderungen fand die Initiative auch Unterstützung von Politikern, die “gerade in Zeiten der Globalisierung [...] die kulturelle Vielfalt vor Ort [...] schützen”[5] wollen. Dieses Zitat stammt nicht von einem Politiker der so genannten “Neuen Rechten”, sondern von **Antje Vollmer**, kulturpolitische Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion.

Ende September 2004 gab es dann im Bundestag eine Anhörung. Als Ergebnis legte man den öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunksendern eine “Selbstverpflichtung” ans Herz, etwa 35 % deutschsprachige beziehungsweise in Deutschland produzierte Musik zu spielen.

Deutschland sucht den Quotenstar

Schon in den neunziger Jahren gab es ähnliche Versuche, eine Radioquote einzuführen. Vornehmlich abgewirtschaftete Musiker wie **Udo Lindenberg**, **Peter Maffay** oder **Heinz Rudolph Kunze** versuchten, in nationalistischen Gefilden zu fischen. Von Kunze konnte man Statements vernehmen, wie beispielsweise, “dass gerade in Deutschland und Japan, in den Verlierernationen des Zweiten Weltkriegs, die Flut von ausländischer Musik und von ausländischem Schund besonders widerstandslos geschluckt”[6] werde. Da solche rechten Phrasen in der Popwelt nicht unbedingt massenkompatibel waren, schien das Thema im neuen Jahrtausend eigentlich erledigt zu sein. Nur einige wertkonservative Vereinigungen, wie etwa der “Verein deutsche Sprache e.V.” (VDS), wehrten sich gegen eine angeblich zunehmende Beeinflussung mit “angloamerikanischem Sprach- und Kulturgut”. Die CSU scheiterte mit einer Quoten-Initiative 2003 im bayrischen Landtag.

Krise der Musikindustrie

Eingebettet wurden die Forderungen nach einer Quotierung immer in eine ökonomische Argumentation. Von der Krise der Musikindustrie und Umsatzeinbußen durch private “Raubkopien” und MP3-Downloads war die Rede. Doch diese ‘Krise’ ist lediglich der Entwicklung neuer Produktionsverhältnisse und Absatzwege geschuldet. Sie relativiert sich, wenn man den Betrachtungszeitraum ein wenig vergrößert: Zwar ging in den letzten fünf Jahren der Tonträger-Umsatz um vierzig Prozent zurück (2002: 2,2 Milliarden Euro, 2003: 1,64 Milliarden Euro). Durchschnittlich wurden in Deutschland pro Kopf zwei CDs verkauft und vier für den privaten Gebrauch kopiert. Doch allein mit der Einführung der CD in den achtziger Jahren konnte die Musikindustrie ihre Umsätze verfünffachen. Und eine ähnliche Entwicklung spielt sich aktuell ab: Seit einem halben Jahr werden mehr Handyklingeltöne als Singles verkauft und der Umsatz von Live-Konzerten verdoppelte sich auf 2,8 Milliarden Euro.

Standortnationalismus

Ist also die Forderung nach der Quote nur ein Versuch des nationalen Kapitals, über ein wenig Deutschtümelei

den Absatzmarkt für nationale Produkte zu sichern? Schaut man sich die Aufteilung des Gesamtumsatzes in Deutschland an, scheint sich dies nicht zu bestätigen: 2003 betrug der Anteil nationaler Produktionen in den deutschen Albumcharts 54,7 Prozent, 2002 noch 42,72 Prozent[7]. Nur um reine Umsatzsicherung über die Radioquote scheint es den Musikerinnen und Musikern nicht zu gehen.

Wenn Künstlerinnen und Künstler für die Quote argumentieren, offenbart sich häufig ein verquerer Nationalismus. **Inga Humpe**, Sängerin der Band "2raumwohnung", hält "die Forderung, sich in der eigenen Sprache auszudrücken …auch kulturell gesehen für etwas sehr Heilsames"[8]. Sie halluziniert einen drohenden "Verlust der kulturellen deutschen Identität" angesichts einer angeblich einprozentigen Abspielquote deutscher Musik. Dagegen liegt die Quote nach ARD-Angaben zwischen 10 und 20%. Das stört die typisch deutsche Leid-Kultur wenig. Ex-"Nena"-Manager und "Musiker in eigener Sache"-Initiator **Jim Rakete** bringt das Anliegen der 600 Künstlerinnen und Künstler auf den Punkt: "Hunderte Musikschaffende in diesem Land aber sehen in einem festgeschriebenen Anteil hiesiger Musik die einzig mögliche Sicherung ihrer kulturellen Identität".[9]

Popmusik, bisher als seichtes, beliebiges, urbanes Unterhaltungsprodukt verstanden, soll nationalistisch aufgeladen und zum Bollwerk gegen die amerikanische Kulturindustrie aufgebaut werden.

Rot-Grün goes Nation

Bereits Anfang 2004 machte die Pop-Band "Mia" mit Ihrem Song "Was es ist" von sich reden. In diesem geht es um Liebe – nicht zu einer Person, sondern zu Deutschland. Die Identifikation mit der Nation sei vorbelastet, dies wolle die Band ändern. "Das ging zum teil soweit, dass, wenn man mich im ausland fragte woher ich komme, ich immer schnell berlin gesagt hab, weil ich mich schämte zu sagen, ich bin aus deutschland. das hatte einen zu negativen touch"[10], so **Mieze**, Sängerin der Band. Deutschland stehe seit dem Irak-Krieg für Frieden, deshalb gelte es auch, deutsche Identität neu zu füllen, oder, wie es in ihrem Songtext heißt, "neues deutsches Land" zu betreten. Passend dazu initiierten sie das Kunstprojekt "Angefangen", das genau dieser Intention folgte. "Mia" trug auf Konzerten die schwarz-rot-goldene Kollektion einer Modedesignerin aus dem Projekt. Auf Kritik reagierten sie empört und erschrocken, schließlich sei man "links" und trete für "Respekt, Toleranz, Mut und Liebe" ein. Dass sie mit ihrer schwarz-rot-goldenen Schwammigkeit dabei "einer entideologisierten Sozialdemokratie, dem Magazin 'blond' und **Sönke Wortmann** die Hand […] zum rebuilding Germany"[11] reichen, wie das Musikmagazin "Intro" richtig kommentiert, stört sie dabei nicht. Das "links-alternative" Publikum soll Deutschland sexy & chic finden, und die Deutschpopper liefern dazu die passende Musik.

Ästhetischer Revisionismus

Doch es geht auch direkter: Der DJ **Paul Van Dyk** produzierte 2004 zusammen mit **Peter Heppner**[12], dem Sänger der Band "Wolfsheim", den Song "Wir sind Wir". Textlich geht es um Nachkriegsdeutschland: "Aufgeteilt, besiegt und doch, / Schließlich leben wir ja noch (...) Doch bleiben viele Fenster leer, / Für viele gab es keine Wiederkehr." Betrauert werden die fehlenden Deutschen, über den Nationalsozialismus und die Shoa spricht man im Text explizit nicht. Stattdessen singt Heppner: "Wir sind wir! Wir stehen hier! … Das ist doch nur ein schlechter Lauf. / So schnell geben wir doch jetzt nicht auf."

Das Video dazu unterstreicht diesen Nationalismus im seichten Pop-Gewand: Zuerst der Reichstag, ein Bild von 1945, dann ein humpelnder Wehrmachtssoldat, Trümmerfrauen, WM 1954, Aufbau Ost, Mauerbau, Luxus West, Deutsche waschen ihren Volkswagen. Die Inspiration zum Song lieferte laut Eigenbekunden der Film "Das Wunder von Bern – Die wahre Geschichte" des ZDF-Haushistorikers **Guido Knopp**, der bekannt ist für seine unkritischen "Dokumentarfilme" zum NS und seinen "Ästhetischen Revisionismus"[13]. Das Video wurde von der gleichen TV-Produktionsfirma hergestellt, die auch für Knopp diverse Filme abdrehte.

Too sexy for the Führerbunker?

Erregten die Teutonenrocker "Rammstein" mit ihrer unkritischen Übernahme von Filmszenen Leni Riefenstahls im Video zu "Stripped" noch die Gemüter, scheint der Damm gebrochen. "Wir sind Wir" und "Was es ist" waren Hits und die Videos liefen auf allen Kanälen. "Deutscher Pop" wird zu dem, als was er gedacht ist: nationalistische Mobilmachung. Die Demarkationslinie verläuft nicht mehr zwischen Underground und Mainstream, sondern zwischen Deutschland und Amerika. Eine ganze Reihe von Schwarz-Rot-Gold-farbenen Deutsch-Pop-Samplern mit Titeln wie "Heimatkult-New German Liedgut" überschwemmen zur Zeit den Markt.

Who's left?

Nur die üblichen Verdächtigen, wie die Band "Blumfeld", distanzieren sich von dieser Entwicklung: "…[Wir]haben wir es stets abgelehnt, uns in die heimatduselige Front all derer einzureihen, die es für angebracht halten, sich in ihrem Denken, Fühlen, Singen und Handeln positiv auf Deutschland […] zu beziehen."[14]

Der Autor hält es da noch eher mit der Band "Superpunk": "Wir verabscheuen Deutschland und wünschen der Nation die Pest an den Hals."[15]

[1] "Junge Freiheit", 42/04, 8.10.2004
[2] "Deutsche Stimme", Januar 2004
[3] "FÜR EINE QUOTE FÜR MUSIK AUS DEUTSCHLAND". www.the-berliner.com/musiker_in_eigener_sache/aufruf.pdf
[4] ebd.
[5] Presseerklärung von Antje Vollmer, Berlin 17.12.2004
[6] Kunze im Interview mit dem "Spiegel" 1996, www.live-magazin.de/rubriken/whoswho/who0307.htm
[7] Vgl. "Nationalmusik", in: "Junge Welt" vom 29.9.2004
[8] Vgl. Vens, Hartwig: "Noie Werte", in: Konkret 11/2004
[9] ebd.
[10] Vgl. www.angefangen.de/artists/mia/mia_wasesist.html
[11] Vgl. Freudenschuss, Max, in: "Intro" #116, 26.2.2004
[12] Peter Heppner hatte bereits in Joachim Witts sozialdarwinistischem Video zum Song "Die Flut" mitgewirkt.
[13] Siehe hierzu den Artikel von Günter Born in dieser Ausgabe, S. 14
[14] vgl. "Blumfeld" zum Thema "Deutschland. Nation. Heimat und Popmusik". skyeyeliner.endorphin.ch/hallo.html
[15] siehe: Interview mit "Superpunk", in: "Plastic Bomb" #40, www.plasticbomb.de/interview014.htm

BILD-Titel vom 28.10.2004 anlässlich des Queen-Besuches in Deutschland

Von Michael Klundt

"Deutschland, einig Opferland"

Neuere geschichtspolitische Diskurse und ihre Bedeutung[1]

Das Kriegsende als Befreiung oder Niederlage stellt in der Geschichte der Bundesrepublik ein wichtiges Diskussionsthema dar.[2] In den 80er Jahren schrieb der konservative Historiker **Andreas Hillgruber** noch von "zweierlei Untergang", worunter er einerseits die Niederschlagung der Wehrmacht an der Ostfront 1944/45 durch die Rote Armee und andererseits die Vernichtung der europäischen Juden hinter der Front verstand. Dabei thematisierte er das angeblich für einen konservativen Historiker bestehende Identifikationsproblem zwischen haltender Ostfront und fortgesetztem Holocaust sowie Niederringung der Wehrmacht und Sieg der Roten Armee bzw. Zerschlagung des Deutschen Reiches andererseits.[3]

In diesem von ihm als "Schlüsselproblem" des Historikers benannten Gewissenskonflikt entscheidet er sich explizit für das Halten der Ostfront und damit für die Fortsetzung von NS-Verbrechen. Folglich hält er auch den Begriff "Befreiung" für 1945 für "unangebracht". Stattdessen benutzt Hillgruber den Begriff des "Tragischen" für den Konflikt zwischen dem "verzweifelten Abwehrkampf um die Bewahrung der Eigenständigkeit des deutschen Reiches" und dem gleichzeitigen Fortschreiten der Judenvernichtung, welche er aber - im Rückblick aus dem Jahre 1986 - billigend in Kauf nimmt.[4]

"Der Untergang"

Seit 2004 gibt es scheinbar nur noch einen "Untergang".[5] Anschließend an **Guido Knopp**, **Jörg Friedrich** und andere, welche systematisch die nazistische Vorgeschichte ausblendeten bei ihren Berichten über den Bombenkrieg gegen NS-Deutschland, die Vertreibung deutscher Kollaborateure aus Osteuropa und die Kriegsgefangenschaft deutscher Nazi-Soldaten in der Sowjetunion, handelt nun der Eichinger-Film alleine vom Ende der Nazi-Führung in den letzten Kriegstagen Berlins. Jetzt soll sogar aus den letzten Hirngespinsten und Handlungen Hitlers und seiner Paladine die Essenz des Dritten Reiches herausdestilliert werden.[6] Doch dies führt zwangsläufig zur Exkulpierung nicht nur des ganzen deutschen Volkes, sondern auch der verschiedensten Nazi-Helfer im Umkreis **Hitler**s (wie **Speer** oder die Sekretärin **Traudl Junge**). Es ist eine grenzenlose Verlogenheit, wenn die Sekretärin Adolf Hitlers, welche mit einem SS-Mann verheiratet war (was der Film verschweigt), aber von nichts gewusst haben will über NS-Ideologie und -Verbrechen, im Film "Der Untergang" große Augen bekommt, wenn der geliebte Führer ihr in seinem politischen Testament die "Ausrottung des Weltjudentums" diktiert, so als hätte sie davon noch nie etwas gehört.

Erinnerungsschlacht um den 8. Mai 2005

Für den Historiker **Norbert Frei** hat die "Erinnerungsschlacht um den 60. Jahrestag des Kriegsendes 1945 (...) begonnen". Seines Erachtens steht Deutschland dabei "vor einer Wende im Umgang mit seiner Vergangenheit". Er stellt die geschichtspolitischen Darstellungen des Jahres 2004 in einen Zusammenhang, wobei er anmerkt, dass sich die kulturindustriellen Medienprodukte im Wettbewerb um Verkaufszahlen schon lange nicht mehr um Chronologie oder zeitliche Nähe zu den unterschiedlichen Ereignissen kümmern. "So folgten, zu Anfang des vergangenen Sommers, die Fernsehbilder von den D-Day-Feiern in der Normandie auf die Spielfilme und Doku-Serien zum 20. Juli 1944; zwischen Schröders Rede am Bendlerblock und seinen Auftritt zum 60. Jahrestag des Warschauer Aufstands am 1. August schob sich ein Stückchen Debatte über Bombenkrieg, Flucht und Vertreibung, und die PR-Walze für Eichingers öden Untergang konkurrierte mit

jener für die **Friedrich Christian Flick** Collection in Berlin, die der Kanzler in den Rang einer Staatsaktion erhob. Herbst und Winter verheißen weitere kommerzielle Sensationen. Wenn der Erinnerungstrieb im nächsten Frühjahr zwangsläufig auf Parallelzeit erschwingt, ist nicht mehr auszuschließen, dass er mit den letzten Wochen des 'Dritten Reiches' die bisherigen Formen unseres Umgangs mit der Vergangenheit unter sich begräbt."[7] Im Zentrum der gegenwärtigen geschichtspolitischen Ereignisse steht für Frei die "Umkodierung" der "Deutsche(n) als Opfer". Infolge der Selbstentpflichtung aus dem "Erinnerungsdienst" von **Martin Walser**, der Empathie **Günter Grass'** mit den bislang vorgeblich unbeachteten deutschen Opfern sowie **Jörg Friedrich**s Tabubruch- und Opferinszenierung konnte sich eine Geschichtsbetrachtung durchsetzen, "in der sich die Differenz zwischen Tätern, Opfern und Mitläufern verwischt".

Zukünftige Generationen werden daher "wissen", dass der "Führer" unter Blähungen litt und seinen geliebten Hund vergiftete,[8] so, wie Frau Goebbels ihre Kinder. Es wird dann bekannt sein, wie schrecklich die letzten Tage im Führerbunker zu Berlin waren, dass 1945 ein "Untergang", eine "Katastrophe", eine "Tragödie" oder zumindest "der Zusammenbruch" war, nicht jedoch die Befreiung der Menschheit und damit auch der Deutschen von der verbrecherischsten Herrschaft des Massenmordes, welche die menschliche Zivilisation je gesehen hat.

Wie der Sozialpsychologe **Harald Welzer** festhält, stellt der Film "Der Untergang" über die letzten Tage des Dritten Reiches nicht nur deshalb einen paradigmatischen Film dar, weil er den Anspruch erhebt, noch wirklicher als die Wirklichkeit zu sein, sondern auch, weil er eben nur das Ende einer Geschichte erzählt, ganz wie es die mediale Geschichtsdidaktik von Guido Knopp über Günter Grass bis Jörg Friedrich vorbereitet hat. "Wenn nämlich nur das Ende des 'Dritten Reiches' erzählt wird und die Vorgeschichte des Untergangs, der Vertreibung, des Bombenkriegs nicht weiter von Interesse ist, rückt 'das Menschliche' der Akteure plötzlich in den Vordergrund - und nicht mehr das, was sie getan haben. Und dann finden wir uns als Betrachter vor einer Bühne, auf der 'die Menschen', wie Ganz-Hitler, in all ihrer Zerrissenheit, Zerquältheit, in ihrem Glauben, Hoffen und Scheitern auftreten, und wir denken das 'Dritte Reich' plötzlich noch einmal ganz neu."[9]

Geschichtspolitischer Paradigmenwechsel

Um auch für die breite Bevölkerung abermals klarzustellen, welcher geschichtspolitische Paradigmenwandel inzwischen eingetreten ist, beschäftigt sich das Boulevard-Blatt "BILD" vom 6. Oktober 2004 mit dem "eigentlichen" Totalitarismus auf deutschem Boden: der DDR. Die Faszinationen der Millionen Kinozuschauer/innen von des Führers "Untergang" aufnehmend, behandelt die Zeitung die Sicherheitsvorkehrungen der DDR-Führung im Falle eines Atom-Krieges unterhalb des Staatsratsgebäudes in Berlin. In gewohnt großen Lettern titelt das Blatt: "Honeckers Führerbunker entdeckt". Der solcherart suggestiv in die politisch-moralische Nähe von **Adolf Hitler** gebrachte SED-Generalsekretär hatte doch tatsächlich "im Bunker ein Zimmer mit roter Tapete" und "das WC im Bunker ist ein West-Produkt. Sogar der Spülkasten ist vom 'Klassenfeind'." Das Totalitarismuskonzept scheint mit solcherart Gossen-Journalismus buchstäblich an seinem Ziel angekommen zu sein: im Klosett bzw. dessen Inhalt.

Die extreme Rechte triumphiert

Demnach ist es wenig verwunderlich, wenn auch die extreme Rechte angesichts der neuen geschichtspolitischen Tendenzen triumphiert und einen "Gezeitenwechsel" diagnostiziert, welcher für sie "Horizonte öffnet", da der Zuschauerrekord für "Der Untergang" ein "Plebiszit" sei "gegen eine Vergangenheitsbewältigung, die von der Täter-Opfer-Pauschalierung lebt. Ohne ein großes Kunstwerk zu sein, ist der Film vorbildlich, weil er den Moralisierungs- und Rechtfertigungsdruck abschmettert, der das geistig-kulturelle Leben in Deutschland häufig provinziell und langweilig macht"[10]. Bislang konnte man in diesen Kreisen wenigstens davon ausgehen, dass zwar das deutsche Volk und die Wehrmacht in ihrem Glauben und Handeln selbstverständlich "sauber und rein" geblieben seien und nur der "Führer" und seine engste Entourage Verantwortung für die Verbrechen trägen. Doch, wenn auch der "Führer" nur Getriebener war, **Goebbels** nur das Beste wollte, **Albert Speer** ein freundlicher Sunnyboy war und der SS-Militärarzt **Dr. Schenk**, dessen Menschenversuche und Massenmorde durch Experimente im KZ Mauthausen, im Film ausgelassen werden, zum Identifikationsobjekt für den Zuschauer gerät,[11] wer war dann eigentlich für den NS-Faschismus verantwortlich? Laut "Junge Freiheit"-Autor **Thorsten Hinz** gibt es wichtigere Figuren im Film als den "bitterbösen Hitler oder den perfiden Goebbels. Beispielsweise den Militärarzt Dr. Schenk, der die Wahl hat, das von der Roten Armee fast eingeschlossene Berlin in Richtung Westen zu verlassen, der sich aber lieber um Verwundete kümmert." Suggestiv fragt der rechte Publizist: "Macht ihn das etwa zum Vollstrecker Hitlers?" und beantwortet seine Frage sofort mit einer Heldeneloge auf den Nazi-Arzt, was aber auch ein besonderes Bild auf die identifikative Darstellung des Films wirft: "Unwillkürlich ertappt der Zuschauer sich bei dem Gedanken, dass dieser Mann menschlich wertvoller ist als so mancher Maulheld unserer Tage", womit der Autor offenbar keinen Hehl aus seiner Identifizierung mit dem Massenmörder macht.

In durchsichtiger Weise resümiert Hinz die neuere NS-Täterforschung mit den Worten: "Goldhagen befiehl, wir folgen!" und macht damit abermals klar, dass der amerikanische Holocaust-Forscher seinem Bild vom "jüdischen Weltverschwörer" entspricht, welcher sogar heute noch Befehle erteilt über die Geschichtswissenschaft zum Nationalsozialismus. Darüber hinaus ist es selbstverständlich besonders vielsagend, wenn Goldhagen vom Autor mit dem "Führer" gleichgesetzt wird. Dagegen meint der neurechte Ideologe zum 8. Mai und gegen die "Priester einer Befreiungsmystifikation" gerichtet, "dass die 'bedin-

gungslose Kapitulation' die Zerstörung der NS-Herrschaft mit der Ausschaltung Deutschlands als 'einer souveränen Großmacht, ja der Rolle einer eigenständigen mittleren Macht' verbinden sollte", wie es schon Andreas Hillgruber im Historikerstreit behauptet hatte und stellt damit die Niederschlagung des Nazi-Faschismus in die Nähe eines bloßen Konkurrenzkampfes unter Großmächten, bei dem die Frage von Aggressor und Angegriffenen irrelevant erscheint.

Neue Rechte

Lehrreich an Hinz' Artikel ist zudem seine Wahrnehmung der gegenwärtigen geschichtspolitischen Debatten im Allgemeinen, weil dies deutlich macht, in welchem Maße die Neue Rechte sich vom Zeitgeist inzwischen strategisch bestätigt fühlt. Nachdem er als Alibi für seine Ansichten den Schriftsteller **Peter Esterhazy** heranführt, welcher behauptet, die Deutschen wie die Europäer würden immerzu über die deutschen Verbrechen sprechen, nicht aber über die deutschen Leiden, wobei der Hass auf die Deutschen angeblich das Fundament der europäischen Nachkriegszeit ausmache, kommt der "Junge Freiheit"-Autor auf die Regierungs-Geschichtspolitik in Deutschland zu spechen. "**Gerhard Schröder**, dessen geschichtspolitische Äußerungen und Gesten widersprüchlich sind, scheint das (die unbeachteten deutschen Leiden, den Hass auf Deutsche; M.K.) zu ahnen. Sein Entschluß, die Berliner Flick-Sammlung[12] persönlich zu eröffnen, ist nur mit Blick auf die Einweihung des Holocaust-Mahnmals am 10. Mai 2005 zu verstehen, an der er ebenfalls teilnehmen wird. Seine freundlichen Worte an den Flick-Erben sollen signalisieren, daß er mit dem Denkmal keine neue, gegen Deutschland gerichtete Schulddebatte mehr eröffnen, sondern diese abschließen will."

Die neue geschichtspolitische Situation erläutert Thorsten Hinz für das rechtsideologische Selbstverständigungsorgan: "Der Erfolg des 'Untergang' summiert sich mit den Diskussionen um das Zentrum gegen Vertreibungen, um Denkmäler, Gedenktage und den Bombenkrieg zu der Frage, ob dieses Land noch imstande ist, geistige Souveränität zu gewinnen." Als Ergebnis kann der Journalist die Schaffung der lang ersehnten und erarbeiteten "selbstbewussten Nation" konstatieren, da in Deutschland "die Zeiten vorbei (sind), in denen die Selbstbezichtigungen einen subtilen Genuss bereiteten, denn der Wohlstand, der die Grundlage für den moralischen Hedonismus bildete, geht gerade perdu"[13]. Somit scheint für den neurechten Ideologen die Zeit der kritischen NS-Bearbeitung mit dem Film "Der Untergang" und den verschiedenen geschichtspolitischen Begleiterscheinungen im Zeitalter sozioökonomischer Krisen beendet zu sein.

"Normalisierungen"

Inzwischen sind auch die verheerenden psychischen Folgen des Films "Der Untergang" nachweisbar. Dieser greift nicht nur - aus der Mitläuferperspektive - auf medienpsychologische Funktionsweisen der Dekontextualisierung zurück und bedient damit psychodynamische Abwehrmechanismen wie Abspaltung und Verleugnung, sondern setzt ebenso auf Mitleidseffekte und eine vorbewusste Mythisierung der Nazi-Eliten. Die Sektion Politische Psychologie im Berufsverband Deutscher Psycholog(inn)en (BDP) hält nach ihren Analysen die Empfehlungen einiger Politiker für psychologisch verantwortungslos, den Film an Schulen massenhaft als Unterrichtsmaterial einzusetzen. "Er schwächt durch seine scheinbar dokumentarische Aufmachung das kognitive Unterscheidungsvermögen zwischen Inszenierung und Realität und das soziomoralische Unterscheidungsvermögen zwischen Situation und Biographie. (...) Die Sektion appelliert an die Lehrkräfte, mehr demokratische Verantwortung als die Politik zu zeigen und Schüler(inne)n auch die Abwesenheit der Geschichte, die Erzählmuster und Inszenierungstechniken des Rattenfänger-Films 'Der Untergang' und die fehlende Verbrechensgeschichte der hier verklärten Mörderbande transparent zu machen."[14]

Schicksalisierung, Entkontextualisierung, Entkausalisierung, Segmentierung und Parzellierung von Geschichte in eine unzusammenhängende Folge von Geschichtsereignissen bzw. Geschichten machen es möglich, Rot und Braun, Wehrmacht und Partisanen, Deutsche, Juden und Alliierte, Täter und Opfer etc. in einen Grauschleier zu tauchen, wonach alle ein bisschen Opfer und ein bisschen Täter waren und mithin Erkenntnisse über die Entstehung und Entwicklung des Faschismus und des Zweiten Weltkrieges spärlich gesät sind. "Eines Tages werden die Nachgeborenen 'alles über den Krieg' wissen, ausgenommen, warum er geführt wurde." (Kurt Pätzold)

Da nun endlich die Parole "Deutschland, einig Opferland" eine kulturelle Hegemonie in der Republik genießt, findet auch die nachträgliche (Selbst-)Inszenierung von Massenmördern und Mitläufern zu Identifikationsobjekten des "guten Deutschen" kaum Widerspruch. Hierbei kann man von einer neuen Form deutscher Geschichtsbehandlung in der "Berliner Republik" sprechen, welche auf Normalisierung durch Geschichtsrevisionismus hinausläuft.

Zum Autor

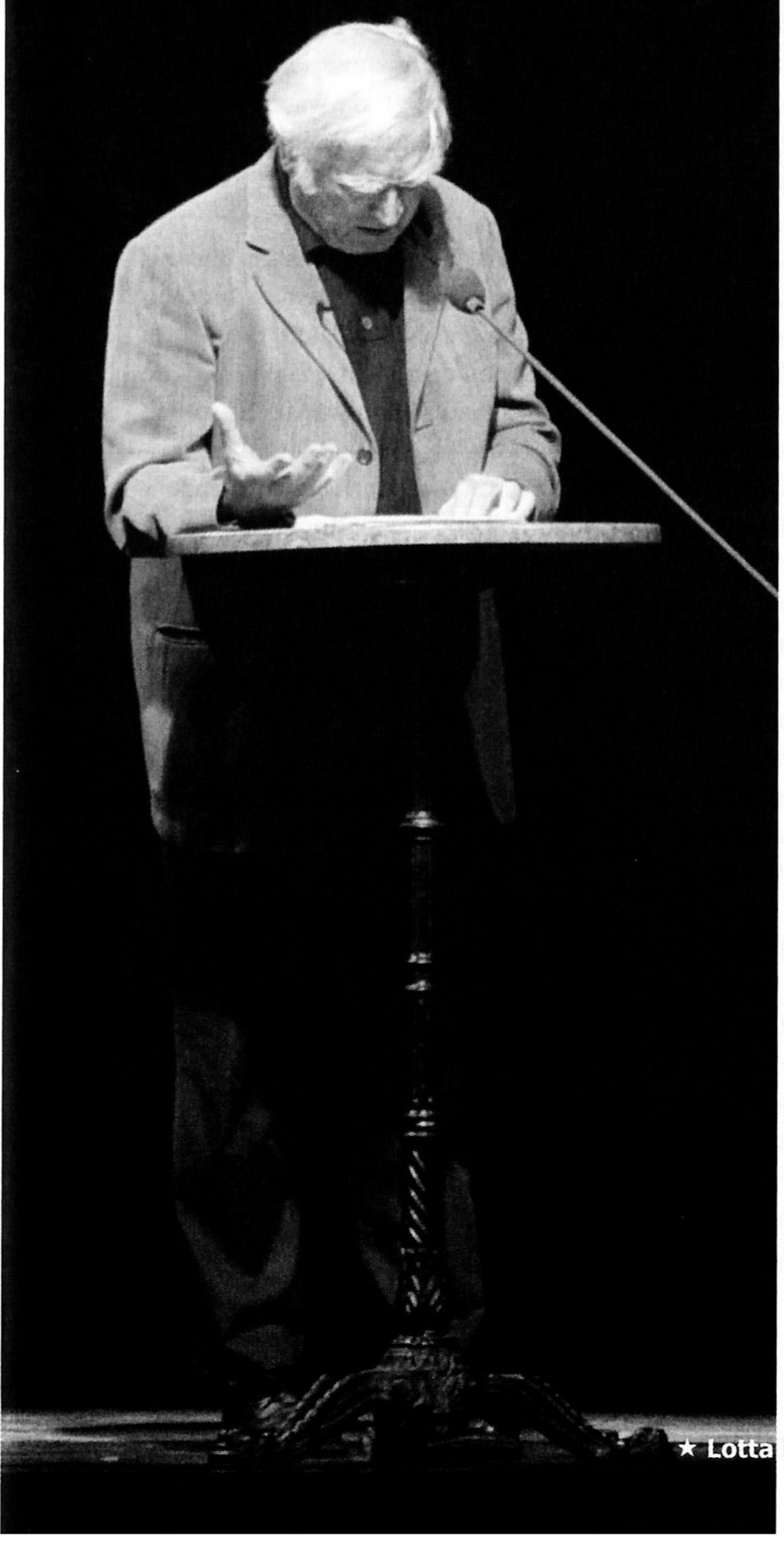
Michael Klundt, Politikwissenschaftler und Historiker, ist Unterrichtsbeauftragter an der Uni Köln.

[1] Im Frühjahr 2005 erscheint ein vom Autor herausgegebener Sammelband zum "8. Mai 1945" bei Papy Rossa in Köln.
[2] Vgl. Robert Erlinghagen, Die Diskussion um den Begriff des Antifaschismus 1989/90, Hamburg 1997, S. 54ff.
[3] Vgl. Gerd Wiegel, Die Zukunft der Vergangenheit. Konservativer Geschichtsdiskurs und kulturelle Hegemonie, Köln 2001, S. 85ff.
[4] Siehe Andreas Hillgruber, Zweierlei Untergang. Die Zerschlagung des Deutschen Reiches und das Ende des europäischen Judentums, in: Reinhard Kühnl (Hg.), Vergangenheit, die nicht vergeht. Die "Historiker-Debatte". Dokumentation, Darstellung und Kritik, Köln 1987, S. 19ff.; vgl. Gerd Wiegel, Die Zukunft der Vergangenheit, a.a.O., S. 88f.
[5] So lautet ein Werbetrailer für den Film "Der Untergang": "1945. Ein Volk wartet auf seinen Untergang."
[6] Vgl. Daher kommen wir. Der Regisseur Oliver Hirschbiegel über seinen Film "Der Untergang", in: Berliner Zeitung v. 11./12.9.2004 sowie Bert Rebhandl, Das Experiment. Der Schauspieler Bruno Ganz war festgelegt auf die Rolle des Sensiblen, Einsamen, Melancholischen. Jetzt spielt er Adolf Hitler, in: Berliner Zeitung v. 16.9.2004
[7] Norbert Frei, Gefühlte Geschichte, in: ZEIT v. 21.10.2004
[8] So die zentralen Informationen aus dem Interview-Film mit Traudl Junge ("Im toten Winkel", von André Heller). Verbunden mit der äußerst wichtigen Nachricht über des Führers Blähungen, entbehrt Junges Information darüber, dass es gegen Ende des Nazi-Regimes Gerüchte gab, Hitler wolle den Führerbunker "unter Gas setzen", nicht an Komik.
[9] Harald Welzer, Der erratische Führer. In "Der Untergang" wird Hitler zum tragischen Helden, in: Frankfurter Rundschau v. 18.9.2004
[10] Vgl. Thorsten Hinz, Gezeitenwechsel eröffnet Horizonte, in: Junge Freiheit v. 29.10.2004
[11] Vgl. Stefan Reinecke, Der Arzt von Berlin, in: taz v. 15.9.2004
[12] Das Geld für diese Kunstsammlung erhielt der Mäzen u.a. aus dem Erbe, welches durch NS-Verbrechen und Zwangsarbeit entstanden ist, während sich der Flick-Nachkomme zu keinerlei Entschädigungszahlung an die Opfer und Produzenten seines Vermögens veranlasst sieht.
[13] Vgl. Thorsten Hinz, Gezeitenwechsel eröffnet Horizonte, in: Junge Freiheit v. 29.10.2004
[14] Angewandte Techniken der Vertuschung, in: Junge Welt v. 11.11.2004; Nette Stehaufmännchen in Hitlers Bunker, in: Netzeitung v. 12.11.2004

Von Rainer Brahms

Gründungs-manifest der Berliner Republik

Zu Funktion und Bedeutung der Walser-Rede



Die Debatte um die Rede **Martin Walsers** anlässlich seiner Auszeichnung mit dem "Friedenspreis des deutschen Buchhandels" am 11. Oktober 1998 zählt zu den bekanntesten neueren geschichtspolitischen Diskursen. Schnell kam die Frage auf, ob es sich hierbei um eine "Zäsur" in der Erinnerungskultur Deutschlands handeln würde. Heute, nach den Debatten über das Buch "Holocaust-Industrie" und den "Bombenkrieg", nach **Martin Hohmann**s Rede vom "jüdischen Tätervolk" und Kriegseinsätzen der Bundeswehr kann festgehalten werden, dass Walsers Rede nicht nur einen Einschnitt in die Erinnerungskultur der BRD markiert; Sie ist zugleich eine Art Gründungsmanifest der Berliner Republik[1] und Startschuss für eine Intensivierung einer Geschichtspolitik gewesen, die die deutsche Opfermentalität hervorkehrt und historische Täterschaft relativiert. Und dies alles parallel zur Restauration des außenpolitischen Akteurs Deutschland.

Nationale Selbstversöhnung

Umreißt man Walsers Rede und seine Motive, steht eine Art "Nationale Selbstversöhnung" im Vordergrund. Dazu dient die Abwehr weiterer öffentlicher Beschäftigung mit den NS-Verbrechen, insbesondere die massive Absage an ein Mahnmal zur Erinnerung an die Ermordung der europäischen Juden und die Anklage von "maßgeblichen" Intellektuellen und Medien, die den Deutschen tagtäglich ihre "Schande" - gemeint ist der Holocaust - vor Augen halten und sie in den "Meinungsdienst nötigen" würden. Walser will einen Schlussstrich unter die Auseinandersetzung mit Holocaust und Nationalsozialismus ziehen. Sein Ziel ist die Aussöhnung des rekonstruierten deutschen Kollektivs mit seiner NS-Vergangenheit. Damit steht er nicht allein: Noch 1998 forderten 63% der Deutschen einen Schlussstrich unter die Auseinandersetzungen mit der deutschen Geschichte[2].

Deutscher Opfermythos

Der zweite wichtige Aspekt ist die Stilisierung der Deutschen als Opfergemeinschaft. Aus den Nachkommen der Täter werden Opfer. Walser: "Die [...] wollen uns weh tun, weil sie finden, wir haben das verdient." "Die", das sind die Anderen. Walser konstruierte ein Kollektiv beschuldigter Deutscher. Er hält nicht viel von "Schuld" oder gar "historischer Verantwortung". Der Holocaust ist für ihn eine *"Schande"*. Der Begriff ist zwar negativ besetzt, das heißt jedoch nicht, dass er auch von Verbrechen zeugt. "Schande" setzt keine Tat voraus, sie ist im Zweifelsfall nur üble Nachrede, die von außen auf eine Person oder Gruppe projiziert wird. Mit seinen Ausführungen über "Meinungssoldaten", die "mit vorgehaltener Moralpistole den Schriftsteller in den Meinungsdienst nötigen" offenbarte Walser einen selbst konstruierten und der Entlastung dienenden Schuldkomplex. Er - und mit ihm viele andere Deutsche - wird den Juden Auschwitz wohl nie verzeihen...

"Instrumentalisierung unserer Schande"

Nicht nur, dass Walser alle Deutschen als Opfer stilisiert, er bedient auch das antisemitische Ressentiment, die Juden würden aus allem Gewinn ziehen, sogar aus ihrer eigenen Vernich-

tung: "Wenn ich merke, dass sich in mir etwas dagegen wehrt, versuche ich, die Vorhaltung unserer Schande auf Motive hin abzuhören, und bin fast froh, wenn ich glaube, entdecken zu können, dass öfter nicht mehr das Gedenken, das Nichtvergessendürfen das Motiv ist, sondern die Instrumentalisierung unserer Schande zu gegenwärtigen Zwecken."[3] Wer droht den armen Deutschen überhaupt? Sind es New Yorker Anwälte, die Entschädigung für Zwangsarbeiter fordern? Natürlich wird dieser Zusammenhang von Walser bestritten, wenn auch nicht überzeugend. Immerhin war die Debatte um Entschädigungen von Zwangsarbeitern zum Zeitpunkt der Rede ein heiß diskutiertes Thema.

In Walsers Rede findet sich "keine Empathie mit den Opfern, keine Sensibilisierung gegenüber der NS-Vergangenheit, keine kritische Erkenntnis, sondern nur der Wunsch, die Erinnerung möge vergehen, Deutschland 'normal' sein und niemand mehr eine 'Moralkeule' schwingen, die die Erinnerung - und die Schuldproblematik - hervorholt"[4]. Dabei passt auch ins Bild, dass das Berliner Mahnmal für die ermordeten Juden Europas für Walser unerträglich war: "Die Betonierung des Zentrums der Hauptstadt mit einem fußballfeldgroßen Alptraum. Die Monumentalisierung der Schande".

Reaktionen

Bevor er von der "Moralkeule" Auschwitz sprach, behauptete Walser, vor "Kühnheit zu zittern". Dabei brauchte er sich vor den von ihm viel beschworenen "Meinungssoldaten" nicht zu fürchten: Er erntete nach seiner Rede sogar frenetischen Beifall. Der Einzige, der in der Paulskirche nicht applaudierte, war **Ignatz Bubis**, der damalige Vorsitzende des "Zentralrats der Juden in Deutschland".

Auch nachfolgend wurde die Rede bejubelt. Sowohl linksliberale als auch bürgerliche Zeitungen stimmten Walser zu. Und natürlich griff auch die extreme Rechte Walsers Rede als "nationalen Befreiungsschlag" begeistert auf.[5] Auch in **Gerhard Schröder**s "Neuer Mitte" fand sich fast ausnahmslos Zustimmung. So kommentierte der Bundeskanzler selbst Walsers Ausführungen mit den Worten: "Es wäre zudem falsch zu bestreiten, dass es ein Problem gibt, auf das Walser hingewiesen hat" und fügte hinzu: "Es gab in seiner Rede überspitzte Formulierungen. Ein Dichter darf so etwas. Ich dürfte es nicht."[6]

Walser vs. Bubis

Empörung regte sich erst, nachdem Bubis Walsers Rede als "geistige Brandstiftung" und den Schriftsteller selbst treffend als "rechtextremen Intellektuellen" bezeichnet hatte. An der anschließenden Debatte sind zwei Aspekte hervorzuheben: zum einen die antisemitischen Abwehraggressionen Walsers, zum anderen die breite Übereinstimmung der deutschen Bevölkerung mit dem Schriftsteller.

"Geistiger Brandstifter", das trifft auf Walser insofern zu, als dass er als einer der angesehensten lebenden deutschen Schriftsteller Begriffe benutzt und Behauptungen aufstellt, die eindeutig im extrem rechten Spektrum angesiedelt sind: "Mit der Position des angesehenen und respektierten Schriftstellers ermöglicht Walser eine Lesart dieser Anschauungen, die es dem 'normalen Deutschen' und 'guten Bürger' erlauben, sich hinter der Sprache und Ästhetik der Rede zu verstecken, um damit gefahrlos deren Inhalt und geschichtspolitischen Schlussstrich-Passagen zu übernehmen. Positionen und Ansichten werden so in der Öffentlichkeit akzeptabel, die bisher nur in den Gazetten der neuen und extremen Rechten Verbreitung fanden."[7]

Antisemitische Abwehraggressionen

Dass Bubis mit seiner Bewertung völlig richtig lag, offenbarte Walser in der Diskussion, als er sich ereiferte, Bubis vorzuwerfen: "Herr Bubis, das muss ich sagen, ich war schon in diesem Feld beschäftigt, da waren sie noch mit ganz andren Dingen beschäftigt." Welche "Dinge" mag er gemeint haben? Etwa Bubis berufliche Tätigkeit in der Immobilien-Branche?

Bubis zeigte sich ob der Diskussion mit Walser und der öffentlichen Parteinahme für diesen durch einen Großteil der politisch-kulturellen Elite geschockt. Hatte er doch in der Hoffnung gelebt, dass zumindest die heutige politische Elite für ein anderes Deutschland stehen würde. Er sprach von einer "sanften Walser-Tour" in der Politik und erkannte resigniert, dass die Erinnerung an den Holocaust zunehmend in den Hintergrund gedrängt wird: "Im öffentlichen Bewusstsein ist die Verantwortung für Auschwitz nicht verankert. Jeder in Deutschland fühlt sich verantwortlich für Schiller, für Goethe und für Beethoven, aber keiner für Himmler. Ein Großteil der Bevölkerung denkt wie Martin Walser."[8]

Dass der Antisemitismus Walsers in der Diskussion mit Bubis keine Ausnahme war, zeigte sich zuletzt 2002 mit Walsers Roman "Tod eines Kritikers", gemünzt auf des Autors Intimfeind **Marcel Reich-Ranicki**.

Funktion

Martin Walser inszenierte mit seiner Rede das restaurierte Ideal eines "normalen" Deutschlands, das er zu verteidigen sucht gegen jene, die "alle Deutschen" "nur verletzen" wollten. Hier zeigt sich nicht nur der Wunsch, die deutsche Geschichte politisch zu idealisieren, sondern auch das Bemühen, die Erinnerung an die Verbrechen zu verdrängen, weil sie die eigene Identität ankratzt. Aus die-

[1] Moshe Zuckermann zur Walser-Rede in "jungle world" 6/99, S. 29
[2] z.B. Emnid: "Der ewige Antisemit", in: "*Die Woche*", Weihnachten/Neujahr 1998
[3] alle Zitate von Walser aus: Martin Walser: "Die Banalität des Guten", FAZ, 12.10.1998
[4] Hajo Funke/Lars Rensmann: Friedensrede als Brandstiftung?, in: "Der Tagesspiegel", 13.12.1998
[5] Vgl. Dietzsch u.a. "Endlich ein normales Volk?"
[6] "Die Zeit", Nr. 6/99
[7] Klotz/Wiegel, "Geistige Brandstiftung?".
[8] "Frankfurter Rundschau", 18.08.1999.
[9] Lars Rensmann, 2000 a.a.O
[10] z.B. Emnid: "Der ewige Antisemit", in: "Die Woche", Weihnachten/Neujahr 1998
[11] Lars Rensmann: "Die Walserisierung der Berliner Republik. Geschichtsrevisionismus und antisemitische Projektion: Einwände gegen die These vom geläuterten Deutschland", in: Jürgen Elsässer/ Andrei S. Markovits: "Die Fratze der eigenen Geschichte- von der Goldhagen Debatte zum Jugoslawien-Krieg", Berlin 1999, S. 58
[12] Lars Rensmann: "Die Walserisierung der Berliner Republik, S. 49
[13] Funke/Brumlik/Rensmann 2000, S. 6
[14] Martin Dietzsch, Siegfried Jäger, Alfred Schobert (Hg.): "Endlich ein normales Volk? Vom rechten Verständnis der Friedenspreis-Rede Martin Walsers. Eine Dokumentation", Duisburg 1999, S. 7
[15] "Der Spiegel", Nr. 49/98

ser Verdrängung entsteht hier sekundärer Antisemitismus als eine Abwehraggression, als der nach außen gekehrte Hass auf alle, die an die eigene Vergangenheit erinnern.

Walser will die Deutschen mit sich selbst versöhnen. Im Weg stehen die "maßgeblichen Intellektuellen" mit ihrer "Dauerrepräsentation unserer Schande" und der "Moralkeule Auschwitz". Intellektuelle und Medien, "in der Pauschalität des negativen Codes traditionell antisemitische Chiffren für Juden, erscheinen hierbei als antinomisch konstruierte und projizierte Feinde deutscher Normalität; einer Normalität, welche die Gesellschaft der Täternachkommen als Opfer imaginiert, die als Deutsche, als Nation, als Volk entwürdigt werden"[9].

Bedeutung

Die zunächst fast nur positiven Reaktionen auf Walsers Rede haben gezeigt, dass antisemitische Ressentiments in der deutschen Öffentlichkeit wieder hoffähig geworden sind. Denn dass Walser nicht allein steht, zeigen Untersuchungen[10], denen zufolge 38% der Deutschen der Aussage zustimmen, Juden nutzen den Holocaust und ließen die Deutschen für ihre Vergangenheit zahlen.

Hatte Walser schon 1979 geäußert: "Wenn wir Auschwitz bewältigen könnten, könnten wir uns wieder nationalen Aufgaben zuwenden", so ist er nach seiner Rede quasi zur Ikone der neuen, selbstbewussten deutschen Schlussstrichmentalität[11] geworden. Kann man schon seit 1989 eine Renaissance des Nationalen in Politik und Gesellschaft[12], eine kollektive Selbstversöhnung der Nation mit ihrer Geschichte konstatieren, so zeigt sich zur Zeit eine erinnerungspolitische Verschiebung im Rahmen dieses sich transformierenden politisch-kulturellen Gefüges[13], in deren Verlauf die Exkulpierung der Deutschen als Opfer in den Vordergrund und die Erinnerung an den Holocaust in den Hintergrund gerückt wird.

Verortung

Die Reaktionen auf die Walserrede sind noch mehr als die Rede selbst ein wesentlicher Teil in der umkämpften Besetzung der öffentlichen Erinnerung an Holocaust und Nationalsozialismus. Walsers Rede stellt zusammen mit der anschließenden Debatte einen der eindruckvollsten Versuche der letzten Jahre dar, einen Schlussstrich unter die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit NS-Vergangenheit und Holocaust zu ziehen.

Seit der Wiedervereinigung lässt sich von einem wechselseitigen gesellschaftlichen Prozess sprechen, bei dem der Rechtsruck der politischen Mitte und der Rechtsdruck der Rechten in die Mitte einander zuarbeiten[14]. Die Walser-Debatte ist zentral für diese Entwicklung, deren Ziel eine neue deutsche Identität im Sinne einer "erwachsenen, selbstbewussten Nation" (Gerhard Schröder) ist. Sie besitzt somit einen besonderen Stellenwert und muss wie der Historikerstreit der 80er Jahre, die Diskussionen um die Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1939-1945" und **Daniel Jonah Goldhagens** Buch "Hitlers willige Vollstrecker - Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust" als ein Einschnitt in der Auseinandersetzung der Deutschen mit ihrer Vergangenheit gesehen werden.

Dass dieser Prozess auch ganz konkrete Bedeutung in der Politik erfährt, zeigte der Kriegseinsatz deutscher Soldaten im Jugoslawien-Krieg nicht *trotz* sondern *wegen* Auschwitz, ebenso die Stellungnahmen in Bezug auf die Entschädigung ehemaliger NS-Zwangsarbeiter. So wurde der damalige Regierungssprecher **Heye** im "Spiegel"[15] mit der Aussage zitiert, Deutschland lasse sich nicht mehr mit dem schlechten Gewissen traktieren. Angesichts der zeitgleich laufenden Entschädigungsverhandlungen für ehemalige ZwangsarbeiterInnen ist das eine Aussage, die an Deutlichkeit wohl kaum zu überbieten ist und die durch die lächerlich niedrigen Entschädigungsleistungen sowie der im Vordergrund stehenden Rechtssicherheit für deutsche Unternehmen vor weiteren Klagen von Opfern ihre traurige Bestätigung gefunden hat.

Literatur

Hajo Funke
Friedensrede als Brandstiftung
Zu Elementen und Wirkungen von Martin Walsers nationaler Selbstversöhnung im Kontext deutscher Gedenkpolitik, in: *Micha Brumlik/Hajo Funke/Lars Rensmann*: "Umkämpftes Vergessen: Walserdebatte, Holocaustdenkmal und neuere deutsche Geschichtspolitik", Berlin 2000, S. 13-27

Johannes Klotz/Gerd Wiegel (Hg.)
Geistige Brandstiftung?
Die Walser-Bubis-Debatte,
Köln 1999

Lars Rensmann
Enthauptung der Medusa
Zur diskurshistorischen Rekonstruktion der Walser-Debatte im Licht politischer Psychologie,
in: Brumlik/Funke/Rensmann (s.o.), S. 28-126

Joachim Rohloff
Ich bin das Volk
Martin Walser, Auschwitz und die Berliner Republik,
Hamburg 1999

Alfred Schobert
Von Walser zu Finkelstein.
Neue Etappen der Geschichtspolitik - Und die Rolle der Universitäten?
in: Studentischer Sprecherrat der Universität München (Hg.): Alte Herren - Neue Rechte: Rechte Normalität in Hochschule und Wissenschaft, Münster 2002, S. 33-54

Von Gerd Wiegel

Auschwitz

Leugnung und Missbrauch

Für die Erinnerung an den Faschismus in Deutschland gibt es kein bedeutenderes Signum als das, welches sich mit dem Namen "Auschwitz" und allem was damit verbunden ist verbindet. Das von vielen, insbesondere konservativen Historikern beklagte "nicht Vergehen der Vergangenheit" hängt hauptsächlich mit der Erinnerung an zwei im negativen Sinne herausragenden Ereignissen des deutschen Faschismus zusammen: der Ermordung der europäischen Juden und dem Vernichtungskrieg der Wehrmacht im Osten.

Diese beiden Punkte - mit einer stärkeren Bedeutung für die Ermordung der Juden - verhindern maßgeblich bis heute, dass die Erinnerung an den Nationalsozialismus auf ein "Normalmaß" negativer nationaler Erinnerung herabsinkt und machen die deutsche Spielart des Faschismus weltweit zum Beispiel einer bis heute einzigartigen verbrecherischen Politik eines politischen Regimes.

Kein Wunder also, dass für all diejenigen, die an einem ungebrochen deutsch-völkischem Nationalismus festhalten oder gar im Faschismus ein positives Politikmodell sehen, die mit dem Namen "Auschwitz" verbundene Ermordung der europäischen Juden und auch der Vernichtungskrieg der Wehrmacht im Osten eine besondere Herausforderung darstellen. "Der Weg zur Selbstfindung der Deutschen geht über die Trümmer der KZ-Gedenkstätten" - diese martialische Formulierung der "Deutschen Monatshefte" aus den achtziger Jahren verdeutlicht trefflich die geschichtspolitische Zielsetzung einer extremen Rechten bezüglich des Umgangs mit der faschistischen deutschen Vergangenheit.

Die Holocaustleugnung, also die Leugnung oder Relativierung dessen, was mit dem Wort Holocaust bezeichnet wird, spielt in der politischen Auseinandersetzung eine Rolle, seit die Verbrechen der Nazis der Welt bekannt wurden, also spätestens seit dem 8. Mai 1945. Es handelt sich hier nicht um einen berechtigten Streit um Umfang und Genese des schlimmsten Verbrechens der deutschen Faschisten, sondern um eine nicht-wissenschaftliche, sondern politische Argumentation mit dem Ziel, das NS-Regime und die deutsche Bevölkerung von diesen Taten freizusprechen.[1]

Klassische Holocaustleugnung

Keineswegs spielte die Holocaustleugnung nach 1945 nur in Deutschland eine Rolle, vielmehr waren es vor allem französische, britische und US-amerikanische Publizisten, die die Tatsachen des Holocaust leugneten, indem sie die Aussagen der überlebenden Zeugen bezweifelten und die vorhandenen Dokumente als Fälschungen abtaten. Mit dieser immunisierenden Strategie entziehen sich die Holocaustleugner bis heute jedem rationalen Diskurs, da es ihnen nicht um die historischen Tatsachen, sondern um die politische Absicht geht.

Verschiedene Tatsachen der NS-Vernichtungspolitik wurden von den Holocaustleugnern ins Visier genommen, um einen generellen Zweifel am historischen Geschehen zu untermauern:

» die Zahl der Ermordeten,
» die Technik der Ermordung,
» einzelne Dokumente und Abbildungen,
» die Orte der Vernichtungsstätten,
» die Existenz der Gaskammern.

Da das Wissen um die Mordpolitik der Nazis erst aus den Akten und durch Zeugenaussagen erarbeitet werden musste, gab es hier selbstverständlich Veränderungen. Diese stetige Präzisierung durch die Wissenschaft wurde von den Leugnern dazu genutzt, die Tatsache des Holocaust generell in Frage zu stellen. So gab es beispielsweise in Auschwitz bis 1990 eine Gedenktafel, auf der von vier Millionen Todesopfern die Rede war. Die Präzisierung, dass in Auschwitz zwischen 700.000 und 1.200.000 Menschen ermordet wurden, wurde als Anlass genommen, die Opferzahl weiter herunterzurechnen und die Planmäßigkeit des Vorgehens zu bestreiten.

Wilhelm Stäglich, **Germar Rudolf** oder **Paul Rassinier** sind Autoren, die vor allem über die Zahl der Opfer Zweifel am gesamten Vorgang wecken wollen. Mit dem "Leuchter-Report" präsentierte die extreme Rechte in den neunziger Jahren einen "Experten", **Fred Leuchter**, der behauptete, nachweisen zu können, dass es in Auschwitz nie Gaskammern gegeben habe. Prominentester Vertreter der Holocaustleugner ist der britische Historiker **David Irving**, der es zumindest zeitweilig geschafft hatte, auch von seriösen Historikern ernst genommen zu werden. Hier liegt, bezogen auf die Frage nach der Wirksamkeit der

rechtsextremen Holocaustleugnung, der entscheidende Punkt.

Leugnung oder Relativierung

Mit **Ernst Nolte** entdeckte in den neunziger Jahren ein zwar eindeutig konservativer und randständiger, aber dennoch zum etablierten Spektrum zählender Historiker sein Interesse für die Holocaustleugner. War Nolte schon im Historikerstreit darum bemüht, den Juden eine Mitschuld an ihrer Verfolgung zuzuweisen[2], so ging es ihm in den neunziger Jahren darum, die Argumente der Holocaustleugner als diskutable und wissenschaftlich redliche Ansichten zu erörtern. Zum "Leuchter-Report" antwortet Nolte auf die Frage im "Spiegel"-Interview, ob er Zweifel an der gezielten Massenvernichtung der Juden durch Gas habe: "Das ist ein besonders heikler Punkt. Ich kann nicht ausschließen, dass die meisten Opfer nicht in den Gaskammern gestorben sind, sondern dass die Zahl derer vergleichsweise größer ist, die durch Seuchen zugrunde gingen oder durch schlechte Behandlung und Massenerschießungen. Ich kann nicht ausschließen, dass die Untersuchung der Gaskammern auf Blausäurespuren, die der amerikanische Ingenieur Fred Leuchter als erster vorgenommen hat, wichtig ist."[3]

Hier zeigt sich eine reale Gefahr die von den Holocaustleugnern ausgehen kann: wenn es ihnen gelingt, ihre Ansichten zu akzeptablen, wissenschaftlichen Meinungen zu stilisieren. Demgegenüber kommt es darauf an, die politischen Implikationen dieser Leute zu entlarven, denen es bis heute um eine Rechtfertigung des Faschismus geht.

Lehre aus oder Missbrauch der Vergangenheit?

Für die extreme Rechte ist die hier beschriebene Form der Holocaustleugnung von einiger Bedeutung, gesamtgesellschaftlich hat sie jedoch eine nur geringe Bedeutung. Zu klar und verbreitet ist weltweit das Wissen um die Verbrechen des NS-Regimes.

Während man in Deutschland heute gerne auch die eigene Opferrolle (Stichworte: Bombenkrieg, Vertreibung) betont und sogar anerkannte Schriftsteller des Landes von Auschwitz als "Moralkeule"[4] sprechen, unter der man zu leiden habe, gibt es daneben eine neue Entwicklung.

Sehr viel umstrittener ist in den letzten Jahren die Frage, welche Lehren aus der Tatsache des Holocaust gezogen werden müssen. "Alles zu tun, damit Auschwitz nicht sich wiederhole", dieses Diktum von **Theodor W. Adorno** gilt bis heute, seine Ausfüllung dagegen kann ganz unterschiedlich aussehen. Während Holocaust und Vernichtungskrieg bis 1990 entscheidende Gründe für eine machtpolitische Zurückhaltung der alten Bundesrepublik waren, änderte sich dies in den folgenden Jahren. Ging es im Historikerstreit und den nachfolgenden Relativierungsversuchen konservativer Geschichtspolitiker immer auch um die Beseitigung der NS-Vergangenheit als Hemmnis einer neuen deutschen Machtpolitik, so bildete sich in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre eine Variante im Umgang mit der NS-Vergangenheit heraus, die die Verbrechen nicht länger zu relativieren, sondern für die eigenen Zwecke zu instrumentalisieren suchte.

Zum bekanntesten Beispiel dieses Missbrauchs oder auch Gebrauchs der Vergangenheit wurde der Jugoslawienkrieg, an dem die Bundesrepublik sich beteiligte. Hier wurde von der rot-grünen Bundesregierung explizit die Erinnerung an Auschwitz mobilisiert, um den Kriegseinsatz gegen Jugoslawien zu rechtfertigen. Die Vertreibung der Albaner durch die Serben wurde mit dem Geschehen des Genozids an den Juden gleichgesetzt und Deutschland habe, gerade aufgrund seiner Vergangenheit, hier eine besondere Pflicht des Eingreifens.[5]

Die mit dieser falschen Parallelisierung verbundene Verharmlosung von Auschwitz lag sicherlich nicht in der Absicht von Rot-Grün. Vielmehr schloss man sich einem internationalen Diskurs an, der Politik vor allem vor dem Hintergrund moralischer Maßstäbe beurteilen wollte und zur Legitimation der zahlreichen "humanitären Interventionen" im Namen der Menschenrechte wurde.[6]

Die Verbrechen des deutschen Faschismus und vor allem der Holocaust sind in diesem Diskurs zu einem weltweiten Negativmaßstab der Politik geworden, mit dem aktuelles politisches Handeln legitimiert wird. Hier könnte man eine gelungene Lehre aus der Vergangenheit sehen, ginge es nicht, allzu offensichtlich, um die moralische Legitimation westlicher Machtpolitik unter Rückgriff auf Auschwitz. Dennoch bleibt das Dilemma, wer begründen und entscheiden kann, wann eine Berufung auf die Lehren der Vergangenheit legitim ist und wann nicht. Es kann schließlich nicht darum gehen, jede Form der Nutzung der Erinnerung als Missbrauch abzutun. Politik mit der Geschichte wird von allen Seiten betrieben, hier liegt nicht das Problem. Wenn jedoch Auschwitz zu einer leeren und entkonkretisierten moralischen Worthülse wird, dann verändert sich die Erinnerung daran auch qualitativ.

Der Historiker **Ulrich Herbert** äußerte in einem Interview die Befürchtung, dass die Erinnerung "an den Holocaust, an Auschwitz und an die Judenvernichtung zur kleinen Münze geworden ist, zum jederzeit und von jedermann einsetzbaren Gebrauchsartikel"[7]. Dieser Art des Missbrauchs gilt es sich entgegen zu stellen.

Zum Autor

Dr. Gerd Wiegel ist Politikwissenschaftler an der Uni Marburg. Der Artikel erschien in der Ausgabe Dezember 2004 / Januar 2005 von "antifa - Magazin für antifaschistische Politik und Kultur".

[1] Vgl. zum Thema generell: Deborah E.Lipstadt, Betrifft: Leugnung des Holocaust, Zürich 1994, Brigitte Bailer-Galanda/Wolfgang Benz/Wolfgang Neugebauer (Hg.), Wahrheit und "Auschwitzlüge", Wien 1995

[2] So durch den Verweis auf die angebliche "Kriegserklärung" der Juden gegenüber dem NS-Regime; vgl. Gerd Wiegel, Die Zukunft der Vergangeheit. Konservativer Geschichtsdiskurs und kulturelle Hegemonie, Köln 2001, S. 80 f.

[3] Der Spiegel, Nr. 40/1994, S. 85. Hilberg: Vernichtung, S. 1299, kommt in seiner Studie dagegen zu folgendem Ergebnis: Von der als niedrigster Zahl auszugehenden 5,1 Mio Todesfällen, entfallen 2,75 Mio. auf die Vernichtungslager Auschwitz, Treblinka, Belzec, Sobibor, Kulmhof und Lublin. Den Erschießungen, vor allem durch die Einsatzgruppen, fielen demnach 1,3 Mio Juden zum Opfer. Der Rest entfällt auf die Getthos und andern Lager. Nolte nennt kein Argument, mit dem er diese Berechnung von Hilberg in Frage stellen kann

[4] Vgl. dazu Johannes Klotz/Gerd Wiegel (Hg.), Geistige Brandstiftung. Die neue Sprache der Berliner Republik, Berlin 2001, sowie den Eintrag zum Stichwort "Moralkeule Auschwitz" in: Kurt Pätzold/Manfred Weißbecker (Hg.), Schlagwörter und Schlachtrufe, Bd. 2, Leipzig 2002

[5] Vgl. Jürgen Elsässer/Andrei S. Markovits (Hg.), "Die Fratze der eigenen Geschichte". Von der Goldhagen-Debatte zum Jugoslawien-Krieg, Berlin 1999

[6] Vgl. zu diesem Komplex Gerd Wiegel, Globalisierte Erinnerung? Die Universalisierung der NS-Erinnerung und ihre geschichtspolitische Funktion, in: Michael Klundt/Samuel Salzborn/Marc Schwietring/Gerd Wiegel, Erinnern, verdrängen, vergessen. Geschichtspolitische Wege ins 21. Jahrhundert, Gießen 2003

[7] Ulrich Herbert: "Ein Element der Verunsicherung, der Irritation, des Erschreckens." Der Umgang mit der NS-Vergangenheit und die Entschädigung von Zwangsarbeitern, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 5/00, S. 565

Von Günter Born

Ästhetischer Revisionismus

Guido Knopps Fernsehdokumentationen über den Nationalsozialismus

Seit Jahren erhitzt das Phänomen **Guido Knopp** die Gemüter. Während zahlreiche Fachhistoriker und Feuilletonisten dem Fernsehhistoriker revisionistische Tendenzen attestieren, erzielen seine Produktionen regelmäßig hervorragende Einschaltquoten, die bisweilen über 20 Prozent liegen. Diese Beobachtungen müssen sich nicht unbedingt widersprechen - im Gegenteil. Sie bedürfen aber einer eingehenden Betrachtung. Seit ungefähr 15 Jahren verfügt Knopp im ZDF faktisch über das Deutungsmonopol für die Zeit des Nationalsozialismus. Zugleich haben die unter dem Label "Knopp" produzierten Geschichtsdokumentationen in ästhetischer Hinsicht ein neues Genre im Bereich des deutschsprachigen Fernsehens geschaffen. Diese spezifische Form des Docutainment, hebt sich von der Ästhetik der klassischen Fernsehdokumentation ab und zielt, so die These des amerikanischen Historikers Wulf Kansteiner, auf eine "Radikalisierung des deutschen Gedächtnisses".

Knopp - Eine Bilanz

Guido Knopp begann seine Karriere beim ZDF im Jahr 1978. Dort fungiert er seit 1984 als Leiter der Redaktion Zeitgeschichte, die während der 1980er Jahre sukzessive zu Knopps eigenem "Königreich" (Lutz Kinkel) heranwuchs. In der Redaktion sind ständig bis zu 20 Mitarbeiter beschäftigt. Diese treten jedoch nach außen hin kaum mit eigenständigen Arbeiten in Erscheinung, sondern produzieren fast ausschließlich unter dem Label "Guido Knopp". Im Laufe der letzten 20 Jahre entstanden auf diese Weise Dutzende (zeit)geschichtlicher Dokumentationen, die sich unterschiedlichen Thematiken widmeten. Der Schwerpunkt der Knoppschen Produktionen lag von Beginn an auf der Zeit des Nationalsozialismus. Nach einigen Dokumentationen in den 1980er Jahren, wie etwa über den "Verführer" **Josef Goebbels** (1987), gelang ihm mit zwei aufeinander folgenden Staffeln, die sich mit dem Krieg gegen die Sowjetunion befassten ("Der verdammte Krieg" 1991/1993) der Durchbruch. Seit Mitte der 1990er Jahre folgten Knopps berüchtigte "**Hitler**"-Reihen, "Hitler: Eine Bilanz" (1995), "Hitlers Helfer" (1997), "Hitlers Krieger" (1998), "Hitlers Kinder" (2000) und "Hitlers Frauen" (2001). Zudem produzierte das "Label Knopp" eine Serie über den "Holokaust" (2000) und die SS ("Eine Warnung der Geschichte"; 2002). In den letzten beiden Jahren rückte Knopp verstärkt die deutschen Opfer des Zweiten Weltkrieges ins Zentrum seines Schaffens. Im Jahr 2001 sendete das ZDF Serien über die Vertreibungen der Deutschen ("Die große Flucht"), den Bombenkrieg über Deutschland (2003) sowie das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen (2003). Alle der hier genannten Reihen wurden im Abendprogramm des ZDF zur besten

Sendezeit ausgestrahlt, erzielten im Durchschnitt bemerkenswerte Einschaltquoten und avancierten teilweise sogar zum Exportschlager. Produktionen aus dem Hause Knopp wurden bislang in 42 Länder verkauft.

Überzeugungstäter und "Verstrickte" - Guido Knopps Geschichtsbild

Geschichte ist für Knopp in erster Linie die Geschichte großer Männer. Im Zentrum des Knoppschen Blicks auf das "Dritte Reich" stehen Hitler, seine engste Führungsclique sowie einige weitere hochrangige Funktionseliten. Der Nationalsozialismus und seine beispiellosen Verbrechen erscheinen somit im Wesentlichen als das Werk einer eingrenzbaren Gruppe ideologisch fanatischer Überzeugungstäter.

Statt die Motive für das "Hinnehmen und Mitmachen" (Alf Lüdtke) der "ganz normalen" Deutschen zu benennen und nach deren Verantwortung für ihr Handeln zu fragen, ist bei Knopp oftmals nur diffus von "Verstrickung", "Blendung" bzw. "Instrumentalisierung" die Rede. Beispielhaft zeigt sich diese Sichtweise in der Reihe "Hitlers Krieger", die sich schwerpunktmäßig mit den Biografien von sechs Wehrmachtsgenerälen beschäftigte. Zwar wird in den jeweiligen Beiträgen der im Juni 1941 begonnene Krieg gegen die Sowjetunion eindeutig als "Vernichtungskrieg" bezeichnet, das konkrete Verhalten und die Handlungsmuster der "einfachen" Wehrmachtssoldaten steht jedoch nicht zur Diskussion. Aber auch die Verantwortung der militärischen Eliten für Kriegsverbrechen und Massenmordaktionen verschwindet bei Knopp hinter floskelhaften Formulierungen.

In ihrer Gesamtheit erscheinen die Deutschen somit als getäuschte Opfer eines mit allen demagogischen Mitteln arbeitenden Regimes. Die Kritik, die der Freiburger Historiker **Ulrich Herbert** im Hinblick auf die Reihe "Hitlers Helfer" äußerte, hier würde "der Forschungsstand der 60er Jahre in neue Stiefel gegossen", trifft für nahezu alle Knopp-Produktionen zu. Diese fast schon notorisch erhobenen Vorwürfe, scheinen Knopp jedoch kaum zu tangieren: Er tut sie, im Bewusstsein der hohen Einschaltquoten, als Äußerungen einiger "weniger Feuilletons" ab. Stattdessen hält er bis heute unbeirrt an seinen, die deutsche Bevölkerung tendenziell exkulpierenden Deutungen des Nationalsozialismus fest.

Patriotismus ohne Trauma

Eine wesentliche Aufgabe seiner Produktionen sieht Knopp nämlich darin, den Deutschen zu einem "aufgeklärten" Patriotismus zu verhelfen. Bereits 1988 konstatierte der ZDF-Mann "in der Bundesrepublik ein neues Bedürfnis nach Identität", das sich jedoch an historischen "Orientierungspunkten" ausrichten müsse: "Denn in der Bundesrepublik gibt es nach wie vor ein Defizit an 'Wir-Bewusstsein'. Doch unsere Chance liegt hier nur in einer eigenständigen, historisch und moralisch geläuterten Form des 'Common Sense'. Nach Canossa müssen wir nicht gehen. Doch Patriotismus ohne Trauma ist nur denkbar, wenn er Auschwitz einbezieht."

Dieser vor 16 Jahren formulierte "Common Sense" gehört heute im Zeichen neuer deutscher weltpolitischer Ambitionen zu den Grundpfeilern rot-grüner Vergangenheitspolitik. Anders als noch in der Ära **Kohl** ist das Bekenntnis zur deutschen Verantwortung für Holocaust und Kriegsverbrechen zum festen Bestandteil der offiziellen Erinnerungskultur geworden. Der Umgang mit der jahrzehntelang relativierten oder geleugneten Vergangenheit hat sich gewandelt und erfährt sogar eine - im deutschen Sinne - positive Umdeutung. Die Metapher "Auschwitz" mutiert nun vom Inbegriff deutscher Schuld zum Kernbestandteil eines neuen "geläuterten" Nationalbewusstseins. Der Anteil, den Knopps Produktionen an diesen Wandlungsprozessen haben, ist freilich schwer zu bestimmen. Fest steht jedoch, dass die Deutungen der NS-Vergangenheit, die Knopp in seinen Serien anbietet, Möglichkeiten zur positiven Identifizierung mit der deutschen Geschichte bewusst offen lassen.

Die Macht der Bilder

Wesentlich problematischer als die über die Texte seiner Beiträge transportierten Interpretationen ist jedoch die Art und Weise wie Knopp sein Filmmaterial montiert und ästhetisch bearbeitet. Die von ihm produzierten Dokumentationen sind eindeutig vom Primat der Bilder bestimmt. Den von Knopp bzw. dessen Redakteuren verfassten und meist von **Christian Brückner** (der deutschen Synchronstimme von **Robert de Niro**) gesprochenen Kommentaren kommt im Gesamtkonzept der Produktionen nur untergeordnete Bedeutung zu.

Entscheidend ist vielmehr die spektakuläre Inszenierung der Bilder. Knopp bedient sich hier der gesamten Palette ästhetischer und dramaturgischer Möglichkeiten der modernen Film- und Fernsehtechnik. Kennzeichnend für alle gesendeten Reihen beginnend mit "Der verdammte Krieg" sind teilweise rasante Schnitte, dramatisierende Musik, der schnelle Wechsel zwischen Fotos, kurzen Zeitzeugenstatements, Schwarz-Weiß- und Farbfilmaufnahmen. Zusätzlich kommen akustische und visuelle Verfremdungseffekte zur Anwendung: Filmsequenzen werden je nach Bedarf in Zeitlupe gezeigt, beschleunigt oder neu vertont. Propagandareden Adolf Hitlers bekommt der Zuschauer verlangsamt, in grotesken Verzerrungen präsentiert, die offenkundig den "dämonischen" Charakter des Diktators noch stärker unterstreichen sollen. Gängige Praxis ist es weiterhin, einerseits zeitgenössische Filmaufnahmen digital zu bearbeiten, andererseits historische Ereignisse nachzustellen und diese mit Handkameras aufzunehmen, um dadurch Authentizität zu suggerieren. Knopp manipuliert hier sein Material bis an die Grenze zur Fälschung.

Der Versuch, Fotos und Filme quellenkritisch zu interpretieren und historisch zu kontextualisieren, wird meistens gar nicht erst unternommen. Mehrfach schon griff Knopp auf nationalsozialistische Propagandaaufnahmen

zurück, die er jedoch nicht als solche kennzeichnete. "In den ZDF-Dokumentationen", resümiert die Filmwissenschaftlerin **Judith Keilbach**, stellt sich somit "die derart als Realität konstruierte nationalsozialistische Weltsicht auch heute als authentisches Bild der Zeit dar - womit die Sendungen im Netz der nationalsozialistischen Ideologie gefangen bleiben." Ebenso wenig kann es verwundern, dass identische Filmsequenzen, die in einer Knopp-Reihe einem bestimmten historischen Ereignis zugeordnet wurden, in einer der folgenden Staffeln wieder auftauchen, dort freilich in einem vollkommen anderen inhaltlichen und thematischen Kontext. Die Geschichte des Nationalsozialismus mutiert so zu einer Aneinanderreihung beliebig zusammengeschnittener Videoclips, in denen die Grenzen zwischen Wirklichkeit und Fiktion verschwimmen.

Ehre - Mythos - Heldentum

Diese Clips allerdings sind keinesfalls belanglos, sondern transportieren einen "ästhetischen Revisionismus" (Wulf Kantsteiner), der eine heimliche Identifizierung mit den in jeweiligen Produktionen vorgestellten Protagonisten des Nationalsozialismus ermöglicht.

Ein besonders markantes Beispiel hierfür lieferte "Der verdammte Krieg". Die Darstellung des Vernichtungskrieges in der Sowjetunion folgte der Dramaturgie eines Sportereignisses: Zunächst werden die "Teams" und deren Anführer (Hitler und Stalin) miteinander verglichen, danach kann es losgehen: Während die Knopp-Redaktion die Wehrmacht von links nach rechts vorrücken lässt, marschiert die Rote Armee von rechts nach links über den Bildschirm. Begleitet werden die Sequenzen von Off-Kommentaren im Präsensstil einer Sportreportage. Der hier angewandten Inszenierungspraxis liegt nicht die Absicht zu Grunde, eine kritische Auseinandersetzung mit dem Vernichtungskrieg der Wehmacht in der Sowjetunion zu ermöglichen. Vielmehr erhält der Zuschauer die Chance, vor dem Fernseher um "sein" Team - das deutsche - mitzufiebern.

So entsteht ein auffälliger Widerspruch zwischen der in der offiziellen politischen Kultur der Bundesrepublik mehrheitlich akzeptierten und auch von Knopp hervorgehobenen Auffassung, der Überfall auf die Sowjetunion sei verbrecherisch gewesen, und den im visuellen Text der Reihe enthaltenen Angeboten, sich gewissermaßen "privat" mit der Wehrmacht zu identifizieren und den in der Wirklichkeit verlorenen Krieg noch einmal aus der Perspektive der damaligen Täter durchzuspielen. In "Der verdammte Krieg" geht es demnach nicht um "historische Analyse", sondern, so folgert **Kantsteiner**, "um Ehre, Mythos, Heldentum und nicht zuletzt um unterdrückten militärischen Stolz". Ähnliche Identifikationsangebote finden sich in zahlreichen anderen Knopp-Produktionen.

Die Machart der Dokumentationen bleibt dabei immer die gleiche: Spektakulär in Szene gesetzte Bilderfluten konterkarieren die oftmals fragwürdigen, in der Gesamtheit ihrer Aussagen aber eindeutig NS-kritischen Off-Kommentare. Der Reiz für den Zuschauer besteht genau darin, das diskursiv gesetzte vordergründige Tabu zu brechen und - geleitet durch die Bilder - temporär in die Rolle des fanatischen Nazis, des Mitläufers oder des Wehrmachtsgenerals zu schlüpfen. Diese Rollenspiele könnten theoretisch, das zeigen Erfahrungen aus der Gedenkstättenpädagogik, durchaus kritische Denkprozesse auslösen. Hierfür müssten jedoch die Identifikationsangebote diskursiv und visuell durch die Entwicklung gegenläufiger Perspektiven gebrochen werden. Aber genau das geschieht in den Knoppschen Produktionen nicht. Seine Inszenierungen von Geschichte folgen ausschließlich einem dramaturgischen und ästhetischen Repertoire, das sich nicht

Literatur

Frank Bösch
Das "Dritte Reich" ferngesehen
Geschichtsvermittlung in der historischen Dokumentation,
in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 50 (1999), S. 204-220.

Wulf Kantsteiner
Ein Völkermord ohne Täter?
Die Darstellung der "Endlösung" in den Sendungen des Zweiten Deutschen Fernsehens,
in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte XXXI (2003), S. 253-286.

Wulf Kantsteiner
Die Radikalisierung des deutschen Gedächtnisses im Zeitalter seiner kommerziellen Reproduktion: Hitler und das "Dritte Reich" in den Fernsehdokumentationen von Guido Knopp,
in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 51 (2003), S. 626-648.

Judith Keilbach
Mit dokumentarischen Bildern effektvoll Geschichte erzählen
Die historischen Aufnahmen in Guido Knopps Geschichtsdokumentationen,
in: medien + erziehung 42 (1998), S. 355-361.

Lutz Kinkel
Viele Taten, wenig Täter
Die Wehrmacht als Sujet neuerer Dokumentationsserien des öffentlich-rechtlichen Rundfunks,
in: Michael Th. Greven/Oliver von Wrochem (Hg.): Der Krieg in der Nachkriegszeit. Der Zweite Weltkrieg in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik, Opladen 2000, S. 113-130.

Guido Knopp
Geschichte im Fernsehen
Perspektiven der Praxis,
in: Guido Knopp/Siegfried Quandt (Hg.): Geschichte im Fernsehen. Ein Handbuch, Darmstadt 1988, S. 1-9

um den Aufbau visueller Spannungen und Brüche schert. Knopps Reihen über den Nationalsozialismus weisen demnach eindeutig NS-apologetische und geschichtsrevisionistische Tendenzen auf.

Welche tatsächlichen Auswirkungen die "Radikalisierung des deutschen Gedächtnisses" durch den "Knoppismus" haben wird, ist bislang nicht zu beantworten. Entsprechende Untersuchungen zur Frage, wie, ob und in welchem Maße Knopp das Geschichtsbewusstsein in Deutschland mit prägt oder verändert, liegen noch nicht vor. Der potenziell immense Wirkungsgrad seiner Produktionen lässt sich allenfalls erahnen. So haben empirische Erhebungen des Geschichtsdidaktikers **Bodo von Borries** ergeben, dass SchülerInnen historischen Fernsehdokumentationen, im Vergleich zu anderen Quellengattungen am stärksten vertrauen. Auch bei GeschichtslehrerInnen erfreuen sich die Knopp-Serien immer größerer Beliebtheit, entsprechen die 45-minütigen Sendungen doch exakt der Länge einer Unterrichtsstunde.

Aber wie dem auch sei: In jedem Fall ist davor zu warnen, die Kritik ausschließlich auf Knopp zu fokussieren. Zum einen verfügen mittlerweile nahezu alle deutschen (privaten wie öffentlich-rechtlichen) Fernsehsender über ähnliche Geschichtsformate, von denen einige das inhaltliche Niveau der ZDF-Produktionen weiter unterschreiten. Ästhetischer Revisionismus ist also nicht mehr nur eine Spezialität der ZDF-Redaktion Zeitgeschichte, auch wenn diese hier stilbildend gewirkt haben mag. Zum anderen würde eine Fokussierung auf Knopp letztendlich nur dessen personalisiertes Geschichtsverständnis unter umgekehrten Vorzeichen reproduzieren. Das deutsche Fernsehpublikum ist von Knopp weder "geblendet", noch wird es von ihm "instrumentalisiert" oder "getäuscht". Die Deutschen bekommen von Knopp nur das Geschichtsbild, das sie haben wollen. Und das zur besten Sendezeit.

Von Dr. Ulrich Schneider

Die CDU und die KZ-Gedenkstätten

Eine Zwischenbilanz deutscher Erinnerungspolitik

Geschichtsrevision ist ein politisches Dauerthema der Christlich-Demokratischen Union. Wer das Thema "Patriotismus" auf die Wahlkampffahnen 2006 schreiben will, muss dabei alle Fragen, die sich als störend erweisen könnten, entweder aus der öffentlichen Debatte verbannen oder in eigener ideologischer Perspektive umdeuten.

Da es gesellschaftlich gegenwärtig offenkundig nicht möglich ist, die Gedenkorte an NS-Verbrechen aus der öffentlichen Aufmerksamkeit zu verdrängen, sie sich im Gegenteil einer ungebrochenen Akzeptanz erfreuen, wie die jährlichen Besucherzahlen belegen, gibt es nur die Möglichkeit einer ideologischen und geschichtspolitischen Umorientierung - und daran arbeitet die CDU auf Bundes- und Länderebene.

Ideologische Grundlage dieser Bestrebungen ist das Konzept der "zwei Diktaturen in Deutschland" bzw. der "doppelten Diktaturengeschichte". Unter Reaktivierung der Ideologie des Kalten Krieges, der Totalitarismus-Doktrin, werden NS-Zeit und DDR-Geschichte nicht nur verglichen, sondern faktisch gleichgesetzt, auch wenn **Günter Nooke**, einer der christdemokratischen Wortführer, in einem Gespräch mit der "Jüdischen Allgemeinen" im Juni 2004 behauptet: "Es geht lediglich darum, an die Opfer von Diktaturen des vergangenen Jahrhunderts zu erinnern. Dass beides in einem Antrag zusammengefasst ist, liegt einfach daran, dass die Regime historisch nicht einfach voneinander zutrennen sind. Und vergessen sie nicht: Manche Lager wurden nach 1945 von der sowjetischen Besatzungsmacht weiter genutzt." Trotz des Wortgeklingels unterstellt diese Aussage, dass Konzentrations- und Vernichtungslager und andere faschistische Terroreinrichtungen von gleicher Qualität gewesen seien wie Einrichtungen der Alliierten zur Entnazifizierung oder Haftstätten der DDR. Bei aller kritischen Betrachtung zur DDR-Geschichte ist

jedoch jedem historisch ernsthaft Denkenden klar, dass es zwar Verstöße gegen Menschen- und Freiheitsrechte gegeben hat, jedoch keine Massenverbrechen, geschweige denn eine auf Rassismus basierende Vernichtungspolitik, so dass jeder Vergleich, der diesen qualitativen Unterschied vernachlässigt, deutlich macht, dass es nicht um historische Erkenntnis, sondern einzig um Denunziation eines gesellschaftspolitischen Ansatzes geht.

CDU-Konzept für eine Gedenkstättenstiftung in Sachsen

Von solchen Erkenntnissen vollkommen unbelastet, hatte die sächsische Landesregierung im Februar 2003 die Satzung für eine Gedenkstättenstiftung mit der absoluten Mehrheit der CDU verabschieden lassen, die genau auf diesem totalitaristischem Konzept beruht. Zwar hatte es eine Anhörung im sächsischen Landtag gegeben, auf der unter anderem der Widerstandskämpfer und Landesvorsitzende der VVN-BdA Sachsen **Prof. Dr. Hans Lauter** seine Kritik an dem CDU-Konzept ausführlich begründete und dessen Haltlosigkeit nachwies, die Mehrheit der Abgeordneten war davon jedoch unbeeindruckt. Das Ergebnis dieser Debatte ist bekannt: Die Stiftung "unterhält" sieben Einrichtungen, die zumeist mit "doppelter" Vergangenheit verbunden sind, wie z.B. das Zuchthaus Bautzen, und sie fördert "insbesondere" zwei, mit denen an die DDR-Thematik erinnert wird. Dass damit eine ideologische Ausrichtung zementiert wurde, die eine Entsorgung der faschistischen Verbrechen projiziert, ist selbst einem **Michael Wolffsohn** von der Bundeswehrhochschule München aufgefallen, der ansonsten eher der reaktionären Geschichtsperspektive zugeneigt ist. Auf dieser Basis wurde ein Beirat installiert, in dem sowohl die Repräsentanten der Täter (denn für solche setzen sich fast alle "DDR-Opfer"-Verbände auch ein) wie auch der NS-Opfer zusammensitzen sollen, zum Vorsitzenden wurde bezeichnenderweise **Tobias Hollitzer**, Mitglied im Koordinierungsausschuss der AG "Gedenkstätten zur Diktatur in SBZ und DDR" gewählt. Die Vertreter der NS-Verfolgtenverbände unter Einschluss des "Zentralrates der Juden in Deutschland" verweigerten daraufhin im Januar 2004 öffentlich begründet ihre Mitarbeit. **Salomon Korn**, Vizepräsident und Gedenkstättenbeauftragter des "Zentralrates der Juden in Deutschland", begründete den Austritt in einem Interview mit der "Süddeutschen Zeitung" das Gesetz, mit dem die Landesregierung einen "Neustart" der Stiftung Sächsische Gedenkstätten einleiten wollte, berge die "Gefahr einer schleichenden Angleichung von NS-Terror und SED-Regime". Schon in der Konzeption zeige sich die Tendenz zur relativierenden Gleichsetzung. Anders als die Enquete-Kommission des Bundestages zur Überwindung der Folgen der SED-Diktatur empfehle, betone Sachsen nicht die Unterschiede zwischen NS-Terror und SED-Diktatur, sondern stelle jeweils auf "Staatsterror und staatlich organisierte Morde" ab. Praktisch zeige sich das im Zuschnitt der Stiftungsorgane.

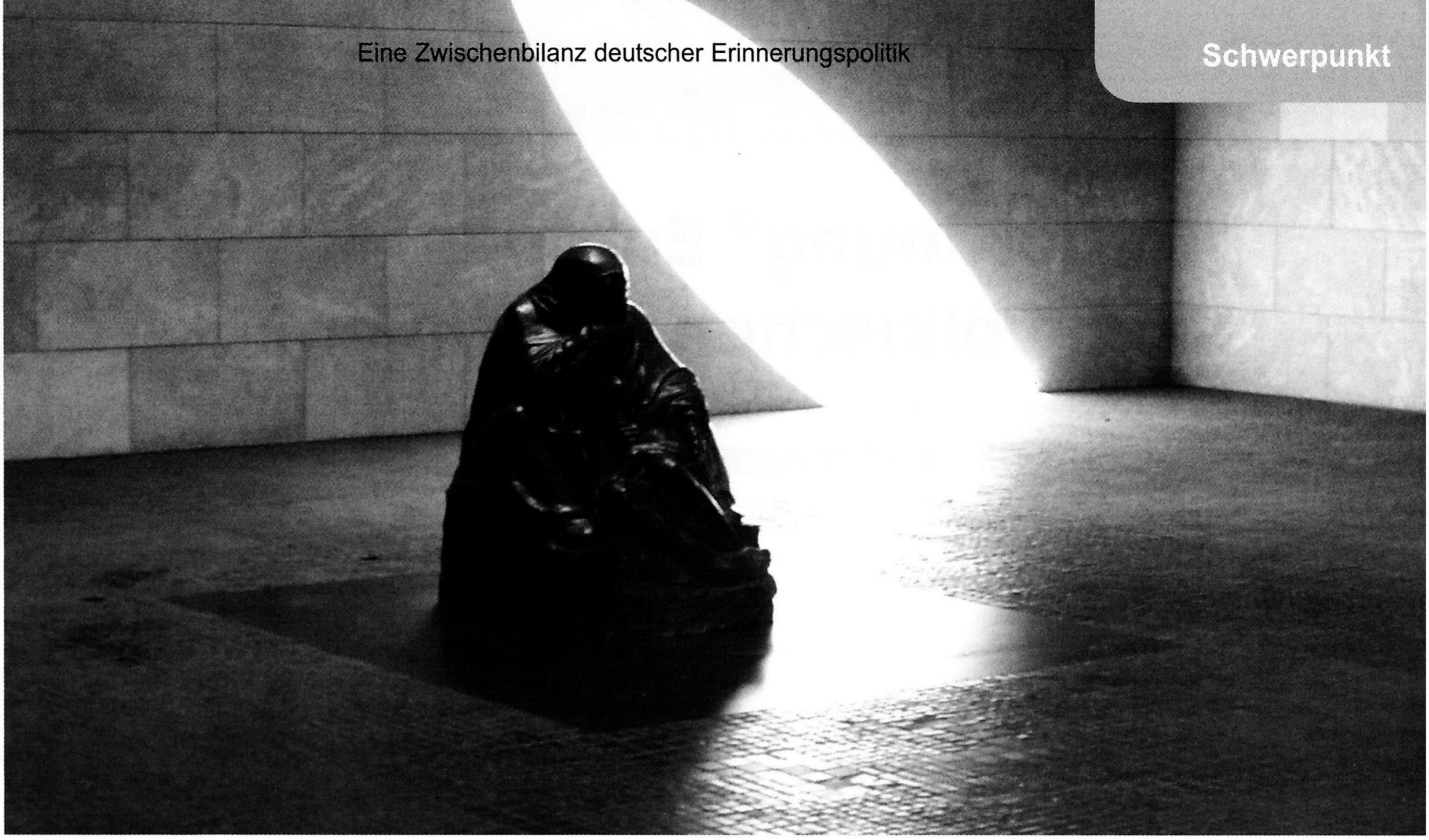
Die Reaktion der Landesregierung war nun nicht, das Stiftungskonzept zu überdenken und möglicherweise zwei getrennte Beiräte einzurichten, sondern der Versuch, die Gedenkstätten und ihre Trägerinstitutionen zu erpressen, indem die Mittelvergabe für die Gedenkorte an eine Mitarbeit und Beschlussfassung im Beirat gekoppelt wurde. Die praktische Konsequenz dieser sächsischen Gedenkstättenpolitik ist, dass Gedenkorte ohne "doppelte Vergangenheit", wie beispielsweise die Gedenkstätte der Feste Hohenstein, ein frühes Konzentrationslager, die Gedenkstätte in Dresden für die ermordeten Studenten der Universität oder die einzige Gedenkstätte für Zwangsarbeiter in Leipzig an den Rand gedrängt werden und in ihren finanziellen Möglichkeiten massiv eingeschränkt werden. Nachdem es - gerade im Kontext der Debatte um die Zwangsarbeiterentschädigung - politisch opportun war, den Aufbau einer solchen Einrichtung zu fördern, fällt nun, nachdem das Thema aus den Schlagzeilen verschwunden zu sein scheint, die öffentliche Förderung weitgehend fort. Schon im Frühjahr warnte die Initiatorin dieser Gedenkstätte, ohne die öffentliche Förderung sei eine dauerhafte personelle Betreuung nicht gesichert. Einrichtungen wie die Haftstätten in Bautzen und Torgau legen den eigenen Fokus auf die DDR-Zeit, so dass die Erinnerung an die NS-Opfer, unter ihnen solch prominente Häftlinge wie **Julius Fucik**, bevor er nach Plötzensee überführt wurde, schlicht "vergessen" werden.

Mit Unterstützung der Landesregierung können selbst diejenigen rechnen, die Gedenktafeln und Kreuze für NS-Verbrecher, die zu DDR-Zeiten hier inhaftiert waren, errichteten. Die Antifaschisten standen hier in der Nachweispflicht aufzuzeigen, dass die genannten Personen tatsächlich an Massenverbrechen beteiligt waren, in der Legendenbildung der rechten Verbände galten sie nur als bemitleidenswerte "Opfer der DDR-Justiz".

Bundesebene

Parallel zu diesem "sächsischen Provinztheater" versucht seit Ende 2003 nun eine Gruppe von CDU/CSU-Abgeordneten im Namen ihrer Fraktion, dieses ideologische Konzept auch auf Bundesebene durchzusetzen. Unter dem Titel. "Förderung von Gedenkstätten zur Diktaturgeschichte in Deutschland - Gesamtkonzept für ein würdiges Gedenken aller Opfer der beiden deutschen Diktaturen" sollte sinnigerweise am 30. Januar im Deutschen Bundestag eine Debatte über dieses Geschichtskonzept stattfinden. Gedenkorte sollten dabei sein (CDU-Antrag): "Zentrale Orte der Erinnerung an Repression und Widerstand während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft ..., Authentische Orte der Erinnerung und des Gedenkens an die Verbrechen der NS-Diktatur und der kommunistischen Gewaltherrschaft [...], Orte der Erinnerung an Repression und Widerstand in der SED-Diktatur [...], Authentische Orte zur Geschichte der deutschen Teilung [...]."

Verbunden werden könne dieses Gedenken mit der Erinnerung an "Opfer von Krieg und Vertreibung" und "Zivile Opfer der alliierten Luftangriffe des zweiten Weltkrieges". Konsequenterweise heißt es in der Begründung: "Hier



sollte an die Diskussion um ein Zentrum gegen Vertreibungen sowie ein Mahnmal für die Bombenopfer des alliierten Luftkrieges angeknüpft werden."

Mit diesen Stichworten ist eigentlich der komplette ideologische Hintergrund des Antrages ausgeleuchtet: Es geht um Aufrechnung, Gleichsetzung, Umgewichtung zulasten der Erinnerung an die menschenvernichtende faschistische Politik und gleichzeitig um Einbindung des ideologischen Diskurses "Deutsche als Opfer" in die staatlich gestützte Erinnerungskultur.

Streit um Stiftung

Wegen des Streits um die Sächsische Gedenkstätten-Stiftung und breiter Kritik von NS-Opferverbänden wurde das Vorhaben im Januar 2004 jedoch kurzfristig auf Eis gelegt. Für den 17. Juni 2004 wurde eine "Neuauflage" geplant. Doch auch die wurde aus politischen Erwägungen abgesagt, wobei nun als neuer Termin die Sitzungswoche vor dem 8. Mai 2005 von den Initiatoren ins Auge gefasst wurde. Man kann also Nooke und seinen Mitstreitern nicht absprechen, dass sie Sinn für historische Brisanz besitzen.

Für die Bundesregierung steht dabei das Problem, dass sie diesen Antrag ablehnen muss, selbst wenn sie - wie aus den Reihen der Regierungsparteien erkennbar - inhaltlich bereit wäre, auf manche Forderungen der CDU/CSU einzugehen. Der erste Grund ist dabei die internationale Wirkung einer solchen Beschlussfassung. Ein Bundeskanzler, der eingeladen wird zu den Befreiungsfeiern in Frankreich, zur Gedenkfeier an den Warschauer Aufstand und der am 9. Mai 2005 Gast bei den Feierlichkeiten zum "Tag des Sieges" in Moskau sein soll, würde international politisches Kapital verspielen, wenn er bereit wäre, öffentlich diesen Forderungen der CDU nachzugeben. International wird sehr aufmerksam registriert, in welcher Form in der Bundesrepublik mit dem historischen Gedenken umgegangen wird. Gleichsetzungen und Aufrechnungen werden - auch von den heutigen Generationen der Regierenden - nicht akzeptiert.

Neben dieser internationalen Dimension stehen auch finanzielle Gründe einer Zustimmung des CDU-Antrages im Wege. Die Forderungen des Antrages bedeuten, dass entweder die bestehenden Gedenkorte, die auf der Grundlage des Gedenkstättengesetzes aus den 90er Jahren bereits in der finanziellen Mitverantwortung des Bundes sind, in ihren Mitteln beschnitten würden oder die Mittel für diesen Bereich deutlich aufgestockt werden müssten. Beides ist nicht im Interesse dieser Bundesregierung.

Beide Ebenen machen deutlich, dass der Widerstand von Seiten der Bundesregierung weniger einen Dissens auf ideologischer Ebene erkennen lässt, als allein auf taktischer Ebene. Einen längerfristigen Erfolg gegen die ideologischen Bestrebungen der CDU/CSU-Vertreter verspricht nur eine gesellschaftlich getragene Geschichtsdebatte, die jeglichen Bestrebungen der geschichtsrevisionistischen Umdeutungen der Erinnerung entgegentritt. Und dazu können antifaschistische Kräfte und Initiativen auf vielen Ebenen - auch lokal und regional - etwas beitragen.

Zum Autor

Dr. Ulrich Schneider ist Historiker und Bundessprecher der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten (VVN-BdA).

Von Jörg Kronauer

"Neuordnung" Europas nach völkischen Prinzipien?

Zur Neubewertung der "Vertriebenenfrage"

Immer breiter ist in den vergangenen Jahren die öffentliche Debatte über die Umsiedlung der Deutschen in Folge des Zweiten Weltkriegs ("Vertreibung") geworden. Zeitschriften-Sondernummern, Buchpublikationen, Fernsehbeiträge - die Umsiedlung wurde in den Medien breit thematisiert, von Schriftstellern literarisch bearbeitet, von Politikerinnen und Politikern auch international ins Gespräch gebracht. Die "Vertriebenen"-Verbände gingen mit ihren Plänen für ein "Zentrum gegen Vertreibungen" in die Offensive, die Auseinandersetzung um die tschechoslowakischen Benes-Dekrete machte Furore. Die Umsiedlung der Deutschen ist wieder zum aktuellen Thema geworden, und vor allem: Ihre Neubewertung (als angebliches "Unrecht") gewinnt an Raum. Woher kommt das neue Interesse an der Umsiedlung? So eindeutig der Befund auch ist - über die Ursachen wird selten diskutiert. Die Deutschen wollten endlich auch einmal Opfer sein, sagen manche: Der Mythos von den angeblich unschuldigen, zu Unrecht malträtierten "Vertriebenen" komme da gerade recht. Doch bleibt die Frage, wieso sozialpsychologische Befindlichkeiten ausgerechnet seit den 1990er Jahren zum Durchbruch kommen. Es bleibt zugleich die Frage nach den machtpolitischen Motiven der sich gegenwärtig durchsetzenden Neubewertung. Wer sich dieser Frage nähern will, stößt unweigerlich auf den harten Kern des Themas: auf die internationalen Rechtsnormen, die nach dem Zweiten Weltkrieg das von Nazideutschland verwüstete Europa neu ordneten. Vor allem das Potsdamer Abkommen ist dabei von Bedeutung. Darin finden sich auch Beschlüsse über die Umsiedlung der Deutschen, mit denen eine aggressive deutsche Ostpolitik für die Zukunft verhindert werden sollte. Die Rolle der deutschsprachigen Minderheit ("Sudetendeutsche") bei der Zerschlagung der Tschechoslowakei war damals noch in frischer Erinnerung; die Alliierten zogen in Potsdam die Konsequenzen aus der völkischen Subversion der Deutschen.

Umsiedlung als "Unrecht"

Welche Haltung die bundesrepublikanischen Staatsapparate gegenüber dem Potsdamer Abkommen von Anfang an einnahmen, zeigt am deutlichsten die Remilitarisierung der 1950er Jahre: In Potsdam war die vollständige Entmilitarisierung Deutschlands beschlossen worden, bereits ein Jahr nach Staatsgründung arbeitete die Bundesregierung an Plänen zur Gründung der Bundeswehr. Auch die Potsdamer Beschlüsse über die Umsiedlung der Deutschen hat die BRD nie wirklich anerkannt. Dass die Umsiedlung nicht rechtmäßig erfolgt, sondern "Vertreibung" und "Unrecht" sei, gehörte von Anfang an zu den Rechtspositionen der Bonner Regierung. Die Staatsapparate zogen von Anfang an die juristischen Konsequenzen daraus: "Sowohl das Lastenausgleichsgesetz von 1952 als auch das Vertriebenenzuwendungsgesetz von 1994 halten die Vermögensrechte und das Entschädigungsrecht der Vertriebenen ausdrücklich aufrecht", rief der Bund der Vertriebenen kürzlich in Erinnerung. Die Motive dafür, dass die Bundesregierung von Beginn an die Potsdamer Beschlüsse nicht sonderlich ernst nahm, liegen auf der Hand. Grundlage des Abkommens waren die Kräfteverhältnisse nach dem Sieg über Deutschland, Ziel der Alliierten war es, ein erneutes deutsches Großmachtstreben ein für allemal zu verhindern. Spätestens seit der Verkündung des "European Recovery Program" ("Marshallplan") am 5. Juni 1947 war jedoch klar, dass der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft einem zukünftigen deutschen Staat wieder neue Macht verleihen würde. Die deutschen Eliten waren daher nicht bereit, ihren politischen Spielraum dauerhaft auf einer Basis von 1945 festschreiben zu lassen.

Die "Vertriebenen"-Verbände waren entsprechend von Nutzen, um die Regierungsauffassung vom "Unrechts"-Charakter der Umsiedlung zu manifestieren. Ein Wendepunkt erfolgte im Jahr 1990. Mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag erhielt das vereinigte Deutschland die volle Souveränität und damit auch die uneingeschränkte außenpolitische Handlungsfreiheit. Die Bundesregierung nutzte dies sofort und begann ein langfristig angelegtes Vorhaben, das die internationalen Kräfteverhältnisse von 1945 bis 1990 nicht zugelassen hatten: die "Neuordnung" Europas nach deutschen Prämissen.

"Neuordnung" Europas

Im Rahmen der "Neuordnung" Europas spielen auch die "Vertriebenen"-Verbände ihre Rolle. Der gesamte Vorgang ist komplex, ein wichtiger Aspekt der "Neuordnung" besteht darin, völkische Prinzipien europaweit durchzusetzen. "Volksgruppen" sollen kollektive Sonderrechte bekommen ("Volksgruppenrechte"), die ihnen eigenständiges Handeln ermöglichen. Den Kampf für diesen Grundsatz begann Deutschland 1991 mit einem Paukenschlag: mit der Anerkennung Sloweniens und Kroatiens. "Völker" und "Volksgruppen", so lautete eine Schlussfolgerung aus

der Zerschlagung Jugoslawiens, können sogar aus "Völkergefängnissen" ausbrechen, dürfen die staatliche Unabhängigkeit erlangen.

Zeitgleich mit der Zerschlagung des "Völkergefängnisses" Jugoslawien begann die Bundesrepublik, die Herkunftsgebiete der deutschen Umgesiedelten zu bearbeiten. Dort leben, da die Umsiedlung nirgends komplett durchgeführt wurde, noch heute Deutschsprachige, im völkischen Jargon: "deutsche Volksgruppen". Ihnen verschaffte die Bundesregierung umfassende "Volksgruppenrechte". Im Deutsch-Polnischen Vertrag von 1991 etwa gelang es Bonn, der Regierung in Warszawa weit reichende politische Zugeständnisse an die "deutsche Volksgruppe" in Polen aufzuzwingen. Organisationen der "deutschen Volksgruppe" in Polen werden darüber hinaus, wie auch "deutsche Volksgruppen" in anderen osteuropäischen Staaten, seit 1989/90 offiziell aus Deutschland unterstützt - von der Bundesregierung, aber nicht zuletzt auch von den "Vertriebenen"-Verbänden.

"Volksgruppen"

Denn die Umgesiedelten sind ihrem Selbstverständnis nach nicht als Individuen umgesiedelt worden, sondern kollektiv als "Volksgruppe"; die Sudetendeutsche Landsmannschaft etwa begreift sich als Vertretung der "sudetendeutschen Volksgruppe" im Exil. Dass der exilierte Teil der "Volksgruppe" mit dem in der "Heimat" verbliebenen Teil kooperiert, ist vor dem Hintergrund völkischen Denkens nur logisch. Hier aber ergeben sich für die Umgesiedelten neue politische Forderungen: Müssen sie nicht in der "Heimat", aus der sie "vertrieben" wurden, dieselben Rechte genießen dürfen wie die dort verbliebenen Deutschsprachigen? Stehen ihnen nicht besondere "Heimatrechte" zu?

An dieser Stelle gewinnt die neue Debatte über die Umsiedlung der Deutschen an Brisanz. Denn war die Umsiedlung wirklich "Unrecht", wie es die deutschen Staatsapparate behaupten, dann gewinnt die Forderung der "Vertriebenen"-Verbände nach einem besonderen "Heimatrecht" an Legitimität. Es entstehen neue Chancen, den deutschen Einfluss in den Herkunftsgebieten der Umgesiedelten zu vergrößern. Wie das genau vonstatten gehen soll, ist offen; derzeit gilt die direkte Einmischung in die Kommunalpolitik in den Herkunftsgebieten, wie sie die Landsmannschaft Ostpreußen seit Jahren praktiziert, als erfolgversprechendstes Modell.

Geschichtspolitik

Voraussetzung für derlei Bestrebungen ist freilich, dass die Umsiedlung als "Unrecht" zu gelten hat. Hier ist Geschichtspolitik gefragt. Ob die Benes-Dekrete weiter gelten oder als "Unrecht" annulliert werden müssen, das hat Auswirkungen auf die Spielräume etwa der "Sudetendeutschen" in der Tschechischen Republik. Um den Opferstatus der Deutschen, die auch einmal nicht Täter gewesen sein wollen, mag es bei der Auseinandersetzung ebenfalls gehen. Der Nutzen einer Neubewertung der Geschichte betrifft zunächst jedoch konkrete politische Handlungsmöglichkeiten.

Das macht die Sache auch für die deutschen Staatsapparate und ihre Vorfeldorganisationen interessant. In Polen etwa kann man beobachten, wie sie Mitte der 1990er Jahre am Beginn einer Debatte über die Umsiedlung der Deutschen beteiligt waren. Den Startschuss gab die polnische Robert-Schuman-Stiftung, die sich in spürbarem Umfang mit deutschen Stiftungsgeldern finanziert. Sie löste mit Hilfe einer wissenschaftlichen Studie eine öffentliche Auseinandersetzung über das Thema aus. Koautor der Studie: **Wlodzimierz Borodziej**, Geschichtsprofessor aus Warszawa. Borodziej, der sich inzwischen vielfach für eine Neubewertung der Umsiedlung eingesetzt hat, bekam im Juni 2002 das Verdienstkreuz I. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

Wer die Spielräume der "deutschen Volksgruppen" in Osteuropa erweitern will und dafür mit geschichtspolitischen Mitteln nach Legitimation sucht, findet europaweit Bündnispartner. Das sind vor allem Österreich und Ungarn, Verliererstaaten des Ersten Weltkriegs, die damals weite Gebiete ihres Territoriums abgeben mussten. In Ungarn sind die Revisionsbestrebungen wohl am weitesten fortgeschritten, dort wurde kürzlich mit Plakaten für ein Referendum geworben, auf denen Ungarn in den Grenzen von 1919 zu sehen war - also vor der aus dem Ersten Weltkrieg resultierenden Gebietsabtretung. Die Geschichtspolitik betrifft hier nicht mehr den Zweiten, sondern den Ersten Weltkrieg und ist damit an einer Stelle angelangt, von der aus in den 1920er Jahren die Entwicklung hin zum Zweiten Weltkrieg begann. Das ist offenbar die Richtung, in die sich die geschichtspolitisch legitimierte "Neuordnung" Europas unter deutschen Prämissen bewegt.

Von Jan Raabe

"Bombenkrieg"

Die Deutschen, Opfer der Geschichte?

Die anstehenden 60. Jahrestage der Bombardierungen deutscher Städte durch die Alliierten verhelfen dem deutschen Opferdiskurs zu erneuter Hochkonjunktur. Es fehlt nicht an Fernsehdokumentationen mit Zeitzeugen, an Zeitungsserien zum Bombenkrieg und an Gedenkfeiern. Dabei erscheint die Relativierung deutscher Verbrechen nicht mal mehr als Tabubruch, sondern als nationales Narrativ der Deutschen liebster Rolle: als Opfer der Geschichte.

Bei "strahlendem Sonnenschein" habe die "2nd Air Division" und ein "gemischter" Verband von B-24- und B-17-Bombern am 30. September 1944 bei einem geplanten Flächenbombardement ihre Bombenlast über Bielefeld ausgeklinkt. So steht es in **Hans-Jörg Kühne**s Buch "Der Tag, an dem Bielefeld unterging. 30. September 1944". Eine Beschreibung, die **Ralf Blank** vom Historischen Zentrum in Hagen teils widerlegt, teils bezweifelt. Es waren 266 B-17 der "3. Bomb Division", die einen Einsatz gegen den Verschiebebahnhof Bielefeld flogen. Der Bomberpilot **William Mulholland** schreibt in seinem Kriegstagebuch, dass es bewölkt war, alliierte Quellen sprechen von einer nahezu geschlossenen Wolkendecke. Erbsenzählerei? Ein Hinweis auf schlampige Arbeit? Oder findet sich hier, vermutlich unbeabsichtigt, ein Rekurs auf die von **Jörg Friedrich**s Buch "Der Brand" 2002 ausgelöste Debatte um deutsche Opfer und die angeblichen Verbrechen des alliierten Bombenkriegs?

"Der Brand" beginnt mit der Schilderung eines Bombenangriffs auf Wuppertal. Kinder, die auf Puppengröße geschrumpfte Brandleichen finden, Frauen, die verzweifelt versuchen, ihre Säuglinge zu retten. Diese suggestiv-emotionalisierte Einleitung ist charakteristisch für das Gesamtwerk. Gewiss, alliierte Bomberverbände vernichteten planmäßig deutsche Großstädte, um die Kriegswirtschaft lahm zu legen und die volksgemeinschaftlich formierte Bevölkerung zu demoralisieren, um dadurch den Nationalsozialismus militärisch und politisch niederzuschlagen.

Was in Friedrichs Szenario jedoch fehlt und sich auch auf den übrigen fast 600 Seiten kaum findet, ist der historische Kontext des von Deutschland ausgehenden Krieges und der hier gefertigten Waffen. Dieser Zusammenhang wird zwar nicht gänzlich ausgeblendet, jedoch verschwindet er hinter Friedrichs Inszenierung individuellen deutschen Leids.

Geschichtsrevisionismus

Der Revisionismus geht in "Der Brand" auf leisen Sohlen. Während die bombardierten deutschen Städte mit ihren kulturellen Schätzen, Bauwerken und ihrer Geschichte geschildert werden, fehlen derartige Beschreibungen englischer Städte. Friedrich lässt ein lebendiges, leidendes Deutschland entstehen, dem ein charakterloser Feind gegenüber steht. So entsteht ein gesichtsloses England und ein bildhaftes Deutschland, mit dem sich die Leser identifizieren können. Mit Beispielen, wie dem einer durch die alliierte Bombardierung getöteten Engländerin, erzeugt er das Bild einer rücksichtslosen und unsinnigen Kriegshandlung, bei der sogar die eigenen Leute umgebracht werden. Immer wieder werden Zahlen bei Angriffen getöteter (Kriegs-)Gefangener gesondert ausgewiesen, Zahlen über die gleichzeitig von Deutschen getöteten Gefangenen fehlen. Diese Aufzählungen haben keinen anderen Zweck, als die Bombardierungen zu delegitimieren. Friedrich verschweigt, dass die meisten der Getöteten von den Deutschen zur "Vernichtung" vorgesehen waren. Zudem schildert Friedrich die Bombardierungen in einer Sprache, welche diese in die Nähe des Holocaust rückt. Keller, in denen die Menschen Schutz suchten und

verbrannten, nennt Friedrich "Krematorien", Erstickende erlitten den "Gastod" und britische Bomberstaffeln seien "Einsatzgruppen", wie das NS-Regime seine massenmörderischen Einheiten nannte.

Indem Friedrich den Mythos der "ehrlichen Kugel", des "ehrlichen" militärischen Kampfes als Gegensatz zum schmutzigen Bombenkrieg aufbaut, nährt er den Mythos von den "besten Soldaten der Welt", der sauberen deutschen Kriegsführung. Berichte über die deutschen Truppen, welche planmäßig mordend und brandschatzend durch Europa zogen, verbrannte Erde hinterließen und Großstädte in Schutt und Asche legten, fehlen in "Der Brand" gänzlich.

"Schuld gab es auf beiden Seiten"

Friedrich erklärt die Bombardierungen für "militärisch sinnlos", entzieht ihnen die Legitimität und lässt sie zu Verbrechen werden. Er wird nicht müde, vom alliierten "Schlachten" zu schreiben. Die Wehrmacht, SS und die deutsche Kriegsindustrie beschreibt er mit fast verherrlichenden Worten: Deutsche Flieger fochten "mit erbitterter Bravour", die "robusten deutschen Werkzeugmaschinen" trotzten dem "Einsturz der Werkhallen" und die Deutschen führten "ein unerbitterliches Rückzugsgefecht in Russland mit einem in viereinhalb Jahren zerschundenen ausgebluteten Heer". Der englischen Militärführung hingegen attestiert er: "Der Vernichtungswille eilte den militärischen Notwendigkeiten meist vorweg." Neben dem Fehlen des historischen Kontextes, ist es hier die direkte Schuldverschiebung bzw. Schulderzeugung zum Zweck der Aufrechnung und Relativierung, die eine Veränderung des historischen Bewusstseins ermöglicht, welche dem Opfermythos Wirkungsmacht verleiht.

Das Verschwinden der Täter

Auch bei den Gedenkveranstaltungen in NRW war Friedrich omnipräsent, so zum Beispiel in Bielefeld und Bochum. Und auch wenn sich die Lokalpresse Friedrich nicht ohne Vorbehalt anschließen wollte, so wurde seine Deutung breit diskutiert und teils auch aufgenommen, wie z.B. in Berichten über die Bombardierung von Städten in NRW.

Die Inhalte der individuellen Erinnerung der Erlebnisgeneration als Opfer des Krieges sind inzwischen in der Mitte der Gesellschaft, in der populären Geschichtsdarstellung und teilweise in der offiziellen Erinnerungspolitik angekommen. Auch wenn in der bürgerlichen Presse der historische Kontext der Bombardierungen zumeist berücksichtigt wird, so sind die Stimmen jener deutlich zu vernehmen, die "deutsche Opfer" in den Vordergrund stellen. Es findet eine Verschiebung statt. Gedenktage wie der 9. November und das Gedenken an den Holocaust treten zurück. Die "erlebte Geschichte" der Deutschen als Opfer tritt in den Vordergrund. Die Größe der Veranstaltungen anlässlich der Jahrestage der Bombardierungen belegt dies.

Geschichtsbewusstsein formt sich hauptsächlich über die Wahrnehmung der in der Gesellschaft verankerten Rituale und Narrative und nur zu einem geringen Teil über Geschichtsunterricht und Faktenwissen. Derzeit findet ein relativierender Diskurs statt, der zum Ziel hat, Deutschland an erster Stelle als Opfer des Faschismus erscheinen zu lassen. **Hannes Heer** spricht in diesem Zusammenhang vom "Verschwinden der Täter". Und dreisterweise fordern gerade die Vertreter bzw. Nachfolger der Täter die Opfer zur Versöhnung auf.

Neonazi-Aufmarsch in Mönchengladbach-Rheydt am 1. November 2003

Von Bob Andrews (Antifaschistische Recherchegruppe MG)

Militanz und Parlamentarismus

Neonazismus im Raum Mönchengladbach

Sommer 2000, Altstadt und Kneipenmeile der "Vitusstadt" Mönchengladbach am linken Niederrhein, unweit der niederländischen Grenze: Rund 20 neonazistische Skinheads überwiegend in jugendlichem Alter marschieren, den Hitlergruß zeigend, über das Kopfsteinpflaster. Das rhythmische Stampfen ihrer Stiefel, das Grölen ihrer menschenverachtenden Parolen und ihre gezielten Flaschenwürfe auf MigrantInnen und alternative Jugendliche, schafften eine bedrohliche Atmosphäre. Das Schauspiel wiederholt sich an den folgenden Wochenenden. Nach dem unfreiwilligen Ende der regelmäßigen "Heldengedenken" im Rheydter Schmölderpark (1987-1991) stellten diese Wochenend-Szenarien den vorläufigen Höhepunkt der seit einigen Jahren wieder häufiger zu beobachtenden neonazistischen Aktivitäten dar.

In der nunmehr elften Folge der Regional- und Lokalberichte über neonazistische Szenen in NRW, richtet sich der Blick in dieser LOTTA-Ausgabe auf die Stadt Mönchengladbach (MG) und den nördlichen Teil des angrenzenden Kreises Heinsberg (HS). Genau rechtzeitig, denn allerspätestens nach den dortigen Kommunalwahlerfolgen der NPD (*vgl. LOTTA Nr. 18, S. 25 ff*) und zwei Aufmärschen in Rheydt und Erkelenz, verdient es diese Region, eingehender unter die Lupe genommen zu werden. Im Folgenden soll versucht werden, einen ersten Einblick in die regionale Szene zu geben.

Die NPD: Reaktiviert von DVU-Überläufern und Nazi-Skins

1999, also im Jahr vor den eingangs beschriebenen Vorgängen, hatte sich der Kreisverband (KV) der NPD MG neu gegründet. Nach anfänglichen Startschwierigkeiten und einer erneuten Reaktivierung Ende 2002 gehen seit zirka zwei Jahren von den regionalen NPD-Strukturen wieder verstärkt Aktivitäten aus. Eine wichtige Rolle dürfte hierbei der heutige NPD-Mandatsträger im Kreistag Heinsberg (HS), **Helmut Gudat** (47) aus Hückelhoven-Horst, gespielt haben. Der in Düsseldorf geborene Kaufmann war politisch zuerst bei der CDU in Neuss tätig, wechselte dann zur DVU, die er aber wegen - wie er betont - "mangelnder Aktivität" wieder verließ.

Ebenso wie Gudat federführend mitgewirkt haben dürfte **Frank Pfennings** (44) aus MG-Holt, der schon 1987 Kreisschatzmeister der NPD war. Und so wurde Gudat zum Kreisvorsitzenden und Pfennings einmal mehr zum Kreisschatzmeister gewählt. Stellvertretende Kreisvorsitzende wurde die 34-jährige **Jasmin Wirtz** aus MG-Hardt, Beisitzer der 36-jährige **Holger Wilke** aus Dalheim-Rödgen (Kreis HS). Mittlerweile ist aus dem NPD-KV MG der NPD-KV MG/HS geworden, der ebenso wie die Kreisverbände Köln, Erftkreis und Aachen/Düren dem "Bezirksverband Aachen-Mittelrhein" angehört. Geleitet wird dieser Bezirksverband von **Willibert Kunkel** (54) aus Stolberg, NPD-Kreisvorsitzender Aachen/Düren, Ratsherr in Stolberg und Mitglied des NPD-Landesvorstandes (*siehe S. 27*). Der ehemalige DVUler dürfte die

dritte zentrale Figur beim Auf- und Ausbau der heutigen NPD MG/HS sein. Und so trifft man ihn folgerichtig auch auf Versammlungen der NPD MG an, teilweise auch als Versammlungsleiter, so z.B. auf der Jahreshauptversammlung im Juni 2003.

Ebenfalls aus dem Aachener Raum kommt **René Rosenbaum** aus Herzogenrath, der im Vorfeld der Kommunalwahl seine Meldeadresse zu Gudat verlegte, um so im Kreis Heinsberg für die NPD kandidieren zu können. Rosenbaum zählt zu den fleißigsten Demogängern der regionalen Szene. Kaum ein landesweiter und bundesweiter Aufmarsch, den sich der 31-Jährige entgehen lässt.

Während Gudat, Pfennings und Kunkel eher die Altherrenfraktion der regionalen NPD verkörpern und sich - wenn auch nicht unbedingt erfolgreich - zumindest noch um einen Anschein von Seriösität bemühen, so trifft man regional in weitaus höherer Anzahl auf NPD-Aktivisten, die der neonazistischen Skinheadszene angehören und eher dem typischen Bild neonazistischer Schläger entsprechen. Zu diesen zählen auch die beiden Mönchengladbacher Stadtratsabgeordneten der NPD.

"Meine Ehre heißt Treue", der Leitspruch der SS, sowie ein Hakenkreuz waren an eine Wand an der Bushaltestelle auf der Bahnstraße im Mönchengladbacher Stadtteil Holt gekritzelt, direkt gegenüber einer neonazistischen Wohngemeinschaft, auf deren Adresse auch die Internetseite der NPD-MG eingetragen ist. Hier lebte - wenn er nicht gerade inhaftiert war - der 34-jährige arbeitslose Maurer **Wolfgang "Wotan" Geilenkirchen**, der kürzlich für die NPD für das Amt des Oberbürgermeisters kandidierte und nun stolzer Ratsherr ist. Den Kühlschrank teilte er sich mit dem arbeitslosen Maler und Lackierer **Pascal Geyer** (21), der ebenfalls für die NPD im Stadtrat sowie in der Bezirksvertretung Rheindahlen sitzt, und mit der NPD-Kommunalwahlkandidatin **Stephanie Regina Meurer** (20).

Die Holter Neonazis um ihre Ratsherren machen keinerlei Hehl aus ihrer nationalsozialistsichen Gesinnung. MG-Holt kann auch getrost als lokaler Schwerpunkt der neonazistischen Szene bezeichnet werden, auch diverse rechte Hooligans wie beispielsweise **Thorsten Funk** von den "Patrioten MG" leben hier im Stadtteil. Funk ließ sich in jüngster Vergangenheit auch gerne mit seinen gleichgesinnten Nachbarn als von Hartz IV betroffener Arbeitsloser auf den Montagsdemos in MG blicken.

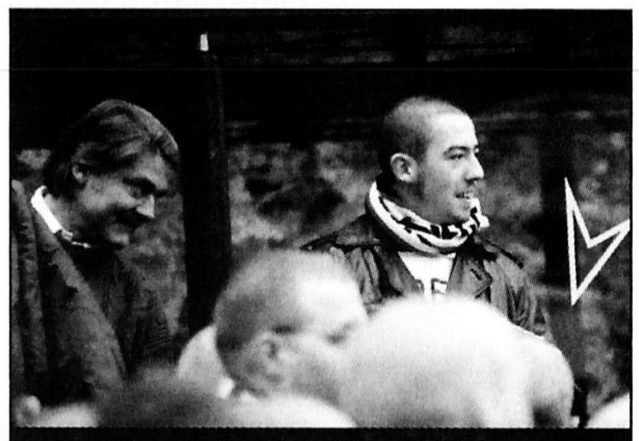
Aufmarschiert!

Bis in den Herbst 2003 hinein mussten sich die regionalen "Kameraden" damit zufrieden geben, einigermaßen regelmäßig an auswärtigen Aufmärschen teilzunehmen und die eine oder andere "Mahnwache" für "Arbeitsplätze zuerst für Deutsche" vor Ort abzuhalten. Ein für den Beginn des Angriffskrieges der USA gegen den Irak geplanter Aufmarsch in Mönchengladbach musste am 20. März 2003 mangels Masse vor Ort abgesagt werden. Man entschied sich stattdessen, gemeinsam zum wenige Stunden später angesetzten Aufmarsch gegen "one-world-Terrorismus" nach Essen zu fahren. Am 1. November 2003 aber war es dann so weit, man demonstrierte erstmalig auch 'zu Hause'. Zirka 90 Personen beteiligten sich an einem Aufmarsch unter dem Motto "Todesstrafe für Kinderschänder", der wegen angekündigter antifaschistischer Gegenwehr aus der Mönchengladbacher Innenstadt in den Stadtteil Rheydt verlegt worden war. Als Veranstalter traten die "Freien Kameraden der Widerstandskämpfer Mönchengladbach mit Unterstützung des örtlichen NPD Kreisverbandes" in Erscheinung (*vgl. LOTTA Nr. 15, S. 38*).

Die Szene wurde selbstbewusster, was sich auch dadurch bemerkbar machte, dass zur Zeit des Europawahlkampfes 2004 Infostände in nahezu allen Stadtteilen MGs und größeren Orten des Kreises Heinsberg durchgeführt wurden, an relevanten Plätzen und mehr oder weniger ungestört. Noch gesteigert wurde dies zur Zeit des Kommunalwahlkampfes, als sich regelmäßig bis zu 25 Neonazis an den Montagsdemos in Mönchengladbach beteiligten.

Ratsherr "Wotan" Geilenkirchen und seine Krieger...

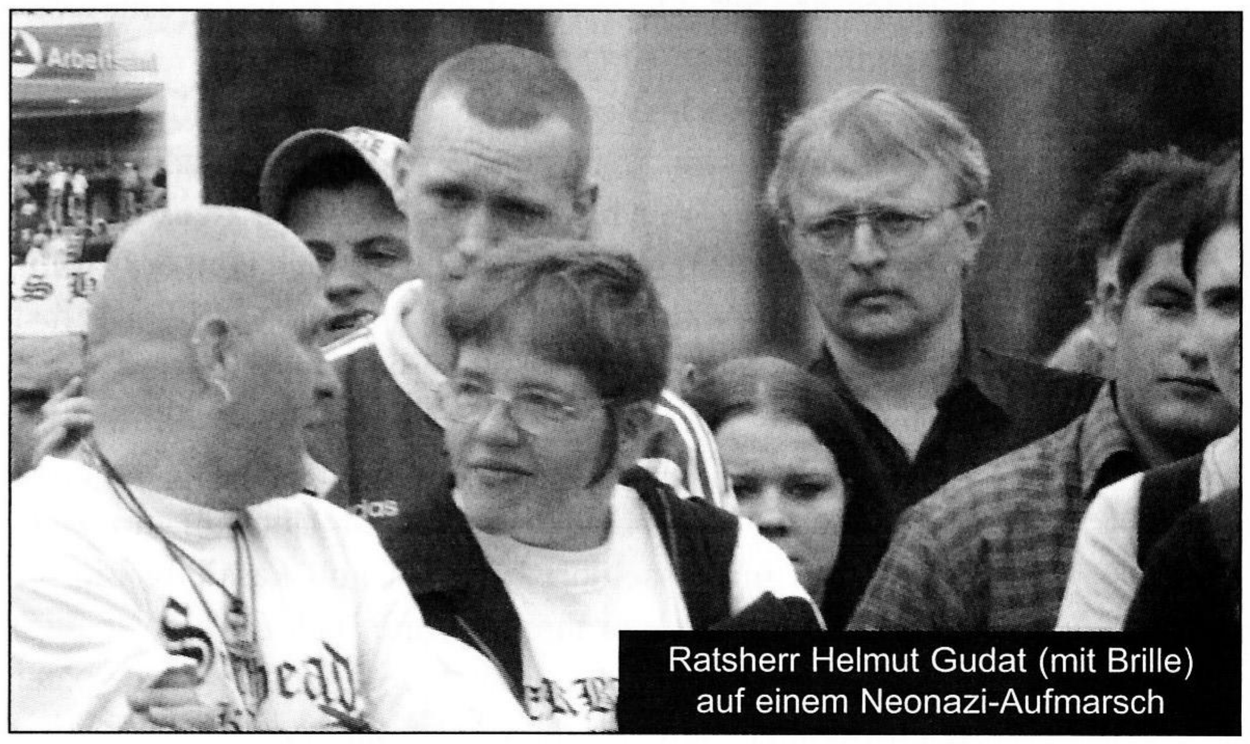
Der zweite Aufmarsch folgte dann am 6. November 2004 im südwestlich von Mönchengladbach gelegenen Erkelenz, Kreis Heinsberg, mit einem zirka 100-köpfigen "Heldengedenkmarsch". Gefordert wurde einmal mehr "Ruhm und Ehre dem deutschen Soldaten". Zu Ehren gefallener Wehrmachtssoldaten und vor allem gefallener Mitglieder der Waffen-SS wurden auf dem Erkelenzer Zentralfriedhof Kränze niedergelegt.



Ratsherr Willibert Kunkel, Ratsherr Pascal Geyer als Redner

Neonazis treten in letzter Zeit in Erkelenz wieder offener und selbstbewusster auf. Auch hier möchte die Szene Angebote außerhalb von NPD-Strukturen schaffen. Anmelder des Aufmarsches und presserechtlich Verantwortlicher für den Aufruf war der

Häufig auf Demos anzutreffen: der NPD-Schatzmeister Frank Pfennings (mitte)



Ratsherr Helmut Gudat (mit Brille) auf einem Neonazi-Aufmarsch

24-jährige Erkelenzer NPD-Kommunalwahlkandidat **Andreas Mertens**, der gemeinsam mit anderen unter der Bezeichnung "Offensive Grenzland" auftritt. Ähnlich wie der "Widerstand MG" möchte auch die "Offensive Grenzland" eine "Freie Kameradschaft" sein. Vorbild scheint die "Kameradschaft Aachener Land" (KAL, *vgl. LOTTA Nr.8, S. 35 ff*) um **René Laube** zu sein, zu der die regionale Szene beste Kontakte pflegt.

One-Man-Division

Auch eine überregional immer bekannter werdende RechtsRock-Band wirkt von MG-Holt aus. Gerade einmal fünf Hauseingänge von der Bahnstrassen-WG entfernt, wohnt der NPD-Kommunalwahlkandidat **Andreas Koroschetz** (21), einziges Mitglied seiner Formation "Division Germania". Immerhin hat er es schon in kurzer Zeit auf mehrere CD-Produktionen gebracht. Die aktuelle Veröffentlichung von "Division Germania" mit dem Titel "Hass schürender Lärm" ist ein Split-Album mit der Berliner Neonazi-Combo "Macht und Ehre", deren bisherige Alben allesamt indiziert wurden. Veröffentlicht wurde diese CD, wie alle "Division Germania"-Tonträger, vom sächsischen RechtsRock-Label "Backstreetnoise/pc-records" aus Chemnitz.

Koroschetz, der sich trotz seiner NPD-Kandidatur als "freier Nationalist" versteht, spielt im Studio alle Instrumente selber ein und will dies auch in Zukunft beibehalten. Für zukünftige Live-Auftritte schart er Gastmusiker um sich. Auf dem ersten Album ("Antagonist") von "Division Germania" ist der Meppener **Daniel "Gigi" Giese** von der Kultband "Saccara" als Gastsänger vertreten, auf dem zweiten ("...und ewig lebt das Reich") darf **Stephan Jones**, Sänger von "Macht & Ehre", beim Refrain des Titelsongs aushelfen. Koroschetz revanchiert sich, indem er seinerseits bei "Macht & Ehre" aushilft und ebenso bei der RechtsRock-Band "Sleipnir" um **Marco Laszcz** aus Verl bei Gütersloh, der natürlich auch auf der aktuellen "Division Germania"-CD mitsingen durfte. Mit Laszcz hat er nach eigener Aussage auch ein gemeinsames NS-Black-Metal-Projekt in Planung.

Koroschetz und sein engeres Umfeld sind die Protagonisten der Möchtegern-Kameradschaft "Widerstand MG". Unklar ist, ob es sich hierbei tatsächlich um eine feste Gruppe handelt oder wahrscheinlicher um ein recht loses Zusammenwirken einiger weniger Aktivisten.

In Sachen RechtsRock war Mönchengladbach auch vor der Gründung von "Division Germania" kein unbeschriebenes Blatt. So lebte bis zum Sommer 2003 **Dennis Heinrich Jörißen** (23) im Stadtteil Lürrip, nach Holt der zweitbeliebteste Stadtteil der hiesigen Szene. Jörißen selbst trommelte mehrere Jahre für die Düsseldorfer Band "Reichswehr", bevor er sich von "Oidoxie" abwerben ließ. Im Sommer 2000 war er gemeinsam mit seinen damaligen "Reichswehr"-Kameraden an einem Überfall auf zwei Migranten in Düsseldorf beteiligt und kassierte hierfür eine 18-monatige Bewährungsstrafe (*vgl. LOTTA Nr. 5, S. 32 und Nr. 13, S. 30*). In seiner Wohnung wurden später auch Booklet-Fotos für die CD "Antagonist" von "Division Germania" aufgenommen. Man kennt sich eben... Und so liest sich die Grußliste auf der aktuellen "Division Germania"-CD auch wie eine Übersicht über die regionalen Neonazi-Strukturen: "Gruß und Dank: Widerstand Mönchengladbach, Patrioten MG, [...] Pascal & Helmut & NPD KV M´gladbach, [...] Kameradschaft Aachener Land, Rene L., [...]".

Fazit und kurzer Ausblick

Die Erfolge und die nahezu flächendeckende Kandidatur bei den Kommunalwahlen in Mönchengladbach und dem Kreis Heinsberg sowie zwei Aufmärsche und andere öffentliche Auftritte lassen für die Zukunft einen weiteren Ausbau von neonazistischen Aktivitäten und regionalen Strukturen befürchten. Das Zusammenspiel von sich mehr oder weniger als "Freie Kameradschaften" bezeichnenden Boneheads und NPD-Biedermännern ist nicht nur auf den Kommunalwahlzetteln, sondern auch bei sämtlichen Aktionen zu erkennen gewesen.

Außerhalb der Region zählt die regionale Szene schon seit Jahren zum festen Bestandteil bei Aufmärschen und sonstigen Veranstaltungen. Sei es beim "Rudolf-Hess-Marsch" im bayerischen Wunsiedel, auf dem "Deutsche-Stimme-Pressefest" im sächsischen Mücka oder sei es in Duisburg, Köln, Dortmund oder wo auch immer.

Für organisierte Neonazis ansprechbares Potenzial jedenfalls scheint es in der Region reichlich zu geben, ob es jedoch gelingen kann, dieses zu politisieren und längerfristig für eine politische Arbeit zu gewinnen und einzubinden, bleibt abzuwarten. Für ein immer selbstbewussteres und militanteres Auftreten aber wird es reichen. Und so wird es wohl nur eine Frage der Zeit sein, bis sich Situationen wie die eingangs dieses Artikels aus der Mönchengladbacher Altstadt geschilderten häufiger wiederholen werden.

Leserbrief zum Artikel "Neonazismus im Raum Duisburg/Oberhausen" in der LOTTA 18

Hallo LOTTA!
Vorweg erst einmal ein dickes Lob für eure Arbeit und auch für den interessanten Artikel über Neonazismus im Raum Duisburg/Oberhausen in der letzten Ausgabe.
Eine Kleinigkeit möchte ich zu diesem Beitrag aber anmerken: Es stimmt nicht - wie auf Seite 20 geschrieben steht -, dass sich **Sandy Schlotmann** nicht mehr auf öffentlichen Aktionen blicken lässt. Das Gegenteil ist der Fall, sie ist sogar häufig auf Aufmärschen anzutreffen, zumeist in den Reihen der "Autonomen Nationalisten". Sie zieht es nach dem Ärger vor zwei, drei Jahren vor, möglichst unerkannt zu bleiben und (teil)vermummt sich deshalb stets.
Ansonsten: Weiter so!

K. aus Moers

Anmerkung der LOTTA-Redaktion:
Wir danken für den Hinweis!

NPD-Funktionär Willibert Kunkel (rechts)

Von Mats Fogemann

Der Würger von Stolberg

Willibert Kunkel: Ein NPD-Funktionär unter der Lupe

Stolberg im August 2002. Rund 70 Neonazis aus verschiedenen Teilen NRWs demonstrieren unter dem Motto "Arbeit zuerst für Deutsche" durch die Kupferstadt im Kreis Aachen. Mitten im Geschehen steht der Demoanmelder: der 1950 geborene **Willibert Kunkel**. "Kameraden - Trillerpfeifen raus!", kommandiert er in zackigmilitärischem Ton seine Gefolgschaft. Der Habitus des gelernten technischen Zeichners ist so peinlich, dass sich selbst Kunkels "Kamerad" **Claus Cremer**, zuständig für die "außerparteiliche Koordination" der nordrhein-westfälischen NPD und eigens aus Bochum-Wattenscheid angereist, an den Kopf fasst.

Von der DVU zur NPD

Doch der erste Eindruck täuscht: Kunkel ist nicht irgendein Provinzfunktionär, sondern zählt zur ersten Garde der NPD in NRW. Der Mann, der sich dem WDR-Fernsehen gegenüber selbst als "Neonazi" bezeichnete, übte sich jahrelang in der DVU. Bei der Bundestagswahl 1998 kandidierte er auf Platz fünf der Landesliste, die vom DVU-Vorsitzenden Gerhard Frey angeführt wurde. Mit 2,2 Prozent der Stimmen gelang ihm bei der Kommunalwahl 1999 der Einzug in den Stolberger Stadtrat. Im Laufe der Legislaturperiode überwarf er sich jedoch mit Frey. Der Streit entzündete sich an einem vom Münchener Parteichef ausgesprochenen Teilnahmeverbot für DVU-Mitglieder an einer Demonstration gegen die Wehrmachtsausstellung in Bielefeld. Kunkel konvertierte Anfang 2002 zur NPD, sein Ratsmandat und Teile der örtlichen DVU nahm er gleich mit.

Seine neue politische Heimat bot ihm eine steile "Karriere". Bereits im April 2002 übernahm Kunkel den Vorsitz des Aachener NPD-Kreisverbandes. Für die im September des gleichen Jahres zeitgleich zur Bundestagwahl stattfindende Landratswahl im Ennepe-Ruhr-Kreis stellte die örtliche NPD den Stolberger als Kandidaten auf. In der Folgezeit wurde er zunehmend in die Koordination größerer Aktivitäten eingebunden. So steuerte Kunkel die Anreise zum zentralen NPD-Aufmarsch am 1. Mai 2003 in Berlin für die gesamte Region Aachen-Köln. Sein umtriebiges Engagement in der Partei machte sich bezahlt: Auf dem Landesparteitag am 18. April 2004 wurde er erneut in den Landesvorstand gewählt, in dem er als "kommunalpolitischer Sprecher" fungiert. Eine zentrale Rolle dürfte Kunkel auch im Bezirksverband Aachen-Mittelrhein spielen, der die Kreisverbände Aachen, Köln, Mönchengladbach/Heinsberg sowie Erftkreis umfasst.

Mittlerweile ist Kunkel NRW-weit als Redner bei neonazistischen Demonstrationen anzutreffen. So zum Beispiel bei einem antisemitischen Aufmarsch in Bochum am 26. Juni 2004, wo neben ihm u.a. **Constant Kusters** (NVU, Niederlande) und **Axel Reitz** (KDS, Bergheim) sprachen. Die regionale Szene im Grenzland zu den Niederlanden verliert er dabei nicht aus dem Blick: Zuletzt trat Kunkel dort als Abschlussredner eines "Heldengedenkmarsches" neonazistischer Gruppen am 6. November 2004 in Erkelenz (Kreis Heinsberg) in Erscheinung. Die Demonstration war von **Andreas Mertens** für die "Offensive Grenzland" organisiert worden (*vgl. S. 26 und S. 45*).

Im Bündnis mit militanten Gruppen

Um den "Kampf um die Straße" bemüht sich Kunkel auch an seinem Wohnort. Zwischen Februar 2002 und November 2003 meldete der Stolberger drei Demonstrationen in der Region Aachen an: "Die Rechten gegen Schächten" (Stolberg, 16. Februar 2002, ca. 30 Teilnehmer, *vgl. LOTTA Nr. 8, S. 49*), "Arbeit zuerst für Deutsche" (Stolberg, 24. August 2002, ca. 70 Teilnehmer, *vgl. LOTTA Nr. 10, S. 25*) und "Todesstrafe für Kinderschänder" (Aachen, 5. November 2003, ca. 30 Teilnehmer, *vgl. LOT-*

TA Nr. 15, S. 38). Zu einer städtischen "Kehraus"-Aktion in Stolberg im September 2004, mitten im Kommunalwahlkampf, mobilisierten Kunkel und Anhang rund 40 "Kameraden". Neben den lokalen Neonazis setzte sich die überwiegend glatzköpfige Gruppe von Müllsammlern vor allem aus Mitgliedern des benachbarten NPD-Kreisverbandes Mönchengladbach/Heinsberg und der militanten "Kameradschaft Aachener Land" (KAL) zusammen. Zu beiden Gruppen hält Kunkel intensive Kontakte. Die KAL um **Rene Laube** (Langerwehe, Kreis Düren) ist durch Aktivisten mit Doppelmitgliedschaft besonders eng mit der Aachener NPD verbandelt.

Im Gegenzug für deren Hilfe in Stolberg unterstützt Kunkel die Mönchengladbacher NPD beim Aufbau von Strukturen: Am 11. Juni 2003 leitete er ihre Jahreshauptversammlung (*vgl. S. 24-26*).

Bei seiner politischen Tätigkeit kann Kunkel auch auf Unterstützung aus seinem unmittelbaren Umfeld bauen: Seine Ehefrau **Brigitte Kunkel** fehlt bei kaum einer Aktion der Aachener NPD. Bei der Kommunalwahl im September 2004 kandidierte die kaufmännische Angestellte auf Platz 3 der Reserveliste für den Stolberger Stadtrat. Dies reichte zwar nicht für ein Mandat, mittlerweile ist aber auch sie mit einem Pöstchen versorgt: Sie vertritt die NPD im Sozialausschuss der Stadt.

Der Würger von Stolberg...

Kunkel kooperiert nicht nur mit gewaltbereiten Neonazi-Gruppen - er selbst tritt vermeintlichen oder tatsächlichen politischen Gegnern aggressiv gegenüber auf. Betrunken versuchte er im September 2004, Besucher eines antifaschistischen Jugendkonzertes in Stolberg zu provozieren. Am Morgen des gleichen Tages hatte er bereits einem Antifaschisten Gewalt angedroht. Doch bei verbalen Drohungen belässt er es nicht, was ihn auch schon mit der Justiz in Konflikt brachte. Das Amtsgericht Eschweiler (Kreis Aachen) verhängte eine Geldstrafe von 2.100 □ wegen vorsätzlicher Körperverletzung. Kunkel war am 20. September 2003 alkoholisiert von einer Demonstration in Dortmund gegen die Wehrmachtsausstellung zurückgekehrt, an der er gemeinsam mit Mitgliedern der KAL teilgenommen hatte. Vor seiner Haustür traf er auf eine Gruppe Jugendlicher, die er einem Pressebericht zufolge für demonstrierende Antifaschisten hielt. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass der NPD-Mann einen zur Tatzeit 13-Jährigen aus der Gruppe würgte.

Fraktionsvorsitzender mit Ambitionen auf Bundes- und Landesebene

Im September 2003 meldete das Parteiblatt "Deutsche Stimme", dass Kunkel im hessischen Wölfersheim als Beisitzer in den Vorstand einer neu gegründeten "Kommunalpolitischen Vereinigung" gewählt wurde. Dieses Votum kann jedoch kaum als Indiz für kommunalpolitische Kompetenz des Stolbergers gewertet werden. Insider der lokalen politischen Szene beschreiben sein Auftreten im Stadtrat eher als unauffällig und zurückhaltend. Dennoch gaben drei Prozent der Stolberger Wähler bei der Kommunalwahl im September 2004 der NPD ihre Stimme. Das reichte für zwei Mandate. Kunkel sitzt nun gemeinsam mit **Oliver Harf**, Mitglied der Aachener Burschenschaft "Libertas Brünn" und Landesvorsitzender des "Nationaldemokratischen Hochschulbundes" (NHB), im Stadtrat und darf sich "Fraktionsvorsitzender" nennen. Dieser relative Erfolg ist ihm wohl zu Kopf gestiegen und hat zu einem völligen politischen Realitätsverlust geführt. In der konstituierenden Ratssitzung kandidierte der NPD-Mann für das Amt des stellvertretenden Bürgermeisters und wurde - was leicht abzusehen war - natürlich nicht gewählt. Obwohl mit **Rudolf Motter** (DVU) und den zwei NPD-Leuten 'nur' drei ausgewiesene Faschisten im Rat sitzen, erhielt der Rechtsaußen-Kandidat vier Stimmen. Unterstützung für die NPD kommt also noch von anderer Seite. Örtliche Antifaschisten vermuten **Hans Emonds**, Ratsherr der "Unabhängigen Wählergemeinschaft" (UWG), hinter der vierten Stimme. Emonds hatte in der vergangenen Legislaturperiode einen freundschaftlichen Umgang mit dem NPD-Kreisvorsitzenden gepflegt. Mit seiner Niederlage wollte sich Kunkel indes nicht abfinden. Vollmundig kündigte er an, das Votum anfechten zu wollen.

Aktuell hofft der Stolberger auf eine Karriere in Düsseldorf. Sollte der NPD wider Erwarten bei der Landtagswahl im Mai der Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde gelingen, würde Kunkel in das Parlament einziehen. Die Partei platzierte ihn auf dem "sicheren" sechsten Platz der Landesliste.

Auch innerhalb seiner Partei sieht er sich zu höheren Aufgaben berufen, scheint sich und die Bedeutung der Stolberger NPD auf Bundesebene dabei aber einmal mehr zu überschätzen. Im Oktober 2004 scheiterte er beim Bundesparteitag im thüringischen Leinefelde mit seiner Kandidatur zum NPD-Bundesvorstand. Während sein Landesvorsitzender **Stephan Haase** mit den zweitwenigsten Stimmen der gewählten Vorstandsmitglieder gerade eben noch im zweiten Wahlgang in den Vorstand rutschte, reichte es für Kunkel ebenso wenig wie für seinen ebenfalls antretenden Ratskollegen Oliver Harf.

Fazit

Für die Aktivitäten der NPD in der Region Aachen spielt Kunkel eine zentrale Rolle. Als Organisator von Demonstrationen und durch seine Tätigkeit im Stolberger Stadtrat trägt er erheblich zur Öffentlichkeitsarbeit der regionalen Nazi-Szene bei. Dem aktionistischen Multifunktionär gelingt es über seine persönlichen Kontakte sowohl innerhalb der NPD als auch in die parteiungebundene Szene hinein, regelmäßig ein Potenzial von ca. 40 Neonazis für Aktivitäten in und um Stolberg zu mobilisieren. Darüber hinaus wird Kunkel wohl auch künftig bei Demonstrationen in NRW anzutreffen sein. Seine Kooperation mit gewaltbereiten Gruppen und seine eigene Bereitschaft, Gewalt auszuüben, machen den Stolberger zu einer konkreten Gefahr - nicht nur für politische Gegner.

Von Robert Andreasch

Auf "Volksfront"-Kurs

Landesüberblick Bayern, Teil 1: München/Oberbayern, Niederbayern, Schwaben und Oberpfalz

Im "Freistaat" Bayern, wo es nach dem von **Franz-Josef Strauß** vorgegebenen und von **Edmund Stoiber** wiederholten Dekret "keine Partei rechts von der CSU" geben darf, machen neofaschistische Aktivitäten seit Jahrzehnten bundesweit und international Schlagzeilen. Sei es die "Wehrsportgruppe Hoffmann" unter **Karl-Heinz Hoffmann**, deren Mitglied **Gundolf Köhler** 1980 zwei Bomben am Eingang des Münchner Oktoberfests zur Explosion brachte (13 Tote, 200 Schwerverletzte), sei es der 5.000-köpfige Großaufmarsch gegen die Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht" am 1. März 1997 in München, oder seien es die Planungen der Neonazis um **Martin Wiese**, die Grundsteinlegung für das neue jüdische Gemeindezentrum in München am 9. November 2003 mit einem Sprengstoff- oder Handgranatenattentat zu verhindern. Die Entwicklung und Aktivitäten neonazistischer Strukturen in der Landeshauptstadt München, den bayrischen Bezirken Oberbayern, Niederbayern, Schwaben und Oberpfalz sind jedoch weder im Fokus des bayerischen Innenministeriums unter **Günther Beckstein** (CSU), noch sind sie oft selbst aktiven AntifaschistInnen mehr als bruchstückhaft bekannt.

Denkbar wäre es, dass der NPD-Bundesvorsitzende **Udo Voigt** das Konzept der "Volksfront von rechts" aus den bayerischen Verhältnissen gewonnen hat. Schließlich war Voigt (Moosburg an der Isar) ab 1992 mehrere Jahre lang Landesvorsitzender der NPD in Bayern. Zahlreiche kleinere neofaschistische Gruppen sind in Bayern nur durch ihre unbekümmerte Zusammenarbeit über alle vorhandenen Differenzen hinweg handlungs- und aktionsfähig. Einzelpersonen können sich fast problemlos zwischen den verschiedenen Parteien und Strukturen hin und her bewegen oder gleichzeitig in verschiedenen Spektren aktiv sein.

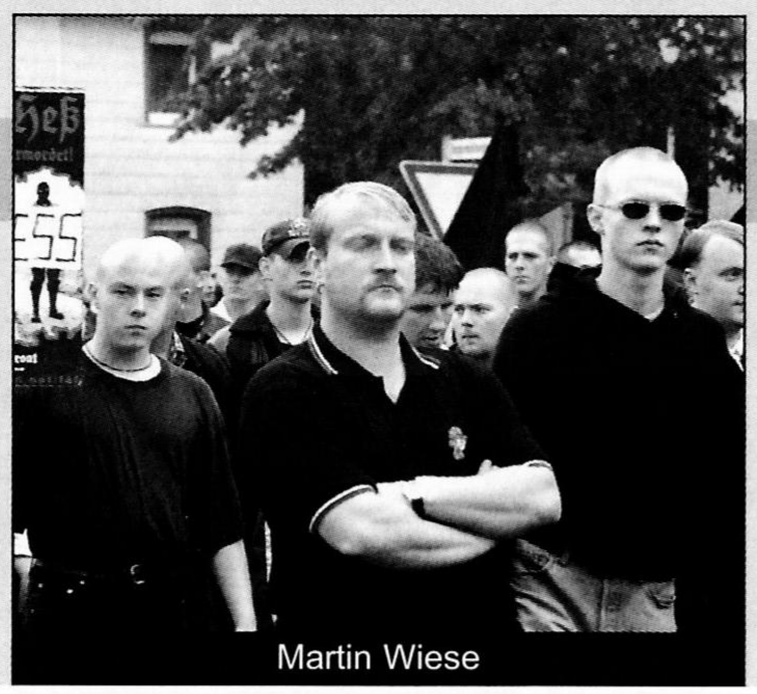
Kristallisationspunkt NPD

Nicht zuletzt durch seinen Wohnort Nürnberg ist der derzeitige NPD-Landesvorsitzende **Ralf Ollert** ("Bürgerinitiative Ausländerstopp") eher wenig in den Bezirken aktiv, die in diesem Artikel beleuchtet werden. Dafür stehen hier andere AktivistInnen bereit: Nach dem erfolglosen Versuch, mit dem "Elmsteiner Hof" in Rheinland-Pfalz für die Neonaziszene eine Immobilie zu erwerben, zog der aus Herzogenrath bei Aachen stammende **Sascha Wagner,** der Mitte der 90er Jahren die JN-Bundesgeschäftsstelle in Stolberg bei Aachen leitete, ins niederbayerische Salching bei Straubing, von wo aus er als NPD-Bezirksvorsitzender Oberbayern Parteiaktivitäten in Ober- und Niederbayern steuerte. Zahlreiche "politische Gesprächskreise", "Stammtische", Vortragsveranstaltungen und Wahlkampfaktivitäten wurden von ihm organisiert und geleitet. Nach dem Europawahlkampf im Sommer 2004 kümmerte er sich ab Herbst als "Landeswahlkampfleiter" jedoch mehr um den Landtagswahlkampf in Sachsen, wo er im Dezember

NPD-Bezirksvorsitzenden Niederbayern
Gisela Böhmer

Foto: a&p München

NPD Ingolstadt



Martin Wiese

auch als Veranstalter eines Nazi-Konzertes in Mücka auftrat. Einen Job als "Berater" der NPD-Fraktion im sächsischen Landtag holte sich der Münchner **Karl Richter** ("Nation & Europa"-Autor), der für die "Verlagsgesellschaft Berg" von **Gerd Sudholt** am Ammersee tätig war - und übrigens im Film "Der Untergang" (*siehe S. 61*) einen Nazi-General mimen durfte. Wichtige NPD-AktivistInnen der für die besprochenen Bezirke 13 NPD-Kreisverbände sind u.a. **Renate Werlberger** (München) und **Fabian Wetter** (Berchtesgaden) sowie die Bezirksvorsitzende Niederbayern, **Gisela Böhmer** (Salching). Bis Anfang 2004 hatte sie in Salching das "Gasthaus Oberer Wirt" gepachtet und mit allerlei NS-Devotionalien dekoriert, ein beliebter Ort für Parteiveranstaltungen und Nazi-Konzerte. Die beiden stellvertretenden NPD-Landesvorsitzenden **Sascha Roßmüller** (Deggendorf) und **Alexander Feyen** (Friedberg) eifern derweil mit dem bundesweit bekannten "Schwarze Sonne-Versand" (Rain am Lech) wohl dem Ex-Niederbayern **Jens Pühse** nach, der seinen CD-Handel "Pühses Liste" in den "Deutsche Stimme"-Verlag der NPD integrierte und beim Bundesvorstand der NPD das "Referat Organisation" leitet. Auch der Ex-JN-Bundesvorsitzende Roßmüller ist mit dem "Referat Tages- und Wirtschaftspolitik" im NPD-Bundesvorstand vertreten. Bevor die NPD mit ihrem Verlagskomplex nach Riesa umzog, war sie auf dem Gelände von **Anton Pfahler** (Ex-Wehrsportgruppe Hoffmann, Ende 2004 Entlassung aus der wegen Verstößen gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz verhängten Haft) in Sinning bei Ingolstadt untergebracht. Der dort für die Auslandsvertretung der "Nationalen Initiative Schweiz" (NIS) tätige **Stefan Göbeke-Teichert** fungiert mittlerweile als bayerischer JN-Landesvorsitzender. Zuletzt traten auch die Anführer der "Kameradschaft München / Aktionsbüro Süddeutschland" (Ex-"Kameradschaft Süd"), **Norman Bordin** (Ottobrunn) und **Hayo Klettenhofer** (München), in die NPD ein. Dies war auch das Anliegen des Altkaders **Friedhelm Busse** (Ex-FAP-Bundesvorsitzender, München, noch bis zirka August 2005 in Haft), der 2004 alters-, haft- und krankheitsbedingt seinen "Platz in der Führung des Nationalen Widerstandes" an Bordin übergeben hatte - mit dem Befehl, mit der "Phalanx des Nationalen Widerstandes" - gemeint war die NPD - eng zusammenzuarbeiten.

Die Mitglieder bayerischer "Kameradschaften" haben im Wesentlichen ohnehin kein Problem mit der NPD und arbeiten bereits seit Jahren eng mit dieser zusammen, längst gibt es personelle Schnittmengen bei der Organisierung. Aus den Aktivitäten der NPD in Sinning beispielsweise entwickelte sich ein JN-Stützpunkt Ingolstadt, der ab 2002 unter **Hans-Peter Herrmann** (Ingolstadt) als "Kameradschaft Donaufront" auftrat und heute weitgehend personenidentisch als "NPD Ingolstadt" firmiert. Auch die "freien Nationalisten" aus dem "Aktionsbüro Süddeutschland" bzw. dem "Nationalen Widerstand Bayern" um Martin Wiese, Norman Bordin und **Rainer Mehr** (Ex-Lüdenscheid, zuletzt als Arbeiter in Russland) halfen immer schon bei der Durchführung der Infostände und anderer Aktivitäten der NPD. Dies hat sich aktuell unter Führung von Bordin, Klettenhofer und dem erst 16-jährigen Münchener **Thomas Wittke** noch gesteigert. Und selbst NPD-Mitglieder, wie **Karl Lang** (Unterschleissheim), der für die NPD schon 1966 bis 1970 im bayerischen Landtag saß, schließen sich bei soviel Unterstützung wieder an. Der NPD-Landespressesprecher **Günther Kursawe** (Kronach), der dem 1993 verbotenen "Nationalen Block" (NB) angehörte, beteiligt sich umgekehrt, wie andere NPDler auch, an Kundgebungen und Demonstrationen der "Kameradschaft München", z.B. an einer Mahnwache zum Gedenken an Hitler-Stellvertreter **Rudolf Heß** am 17. August 2004 in der Münchner Innenstadt.

Bis Frühjahr 2004 versuchte die bayerische NPD schwerpunktmäßig, in Senden (Landkreis Neu-Ulm) ein "Nationales Zentrum" zu schaffen, und führte zahlreiche Veranstaltungen unter Leitung des Kreisverbandsvorsitzenden **Stefan Winkler** (Senden) durch. Unter anderem traten **Horst Mahler**, Udo Voigt, der Schweizer Holocaustleugner **Bernhard Schaub** (Kreuzlingen) und die braunen "Liedermacher" **Frank Rennicke**, **Annett Moeck** und **Michael Müller** auf. AntifaschistInnen scheint es gelungen zu sein, diese Entwicklung, die die Stadt Senden durch kostenloses Überlassen von Plätzen und Hallen gefördert hatte, zumindest vorerst zu stoppen.

Michael Müller (Amberg) vereint als Einzelperson verschiedene Spektren der extremen Rechten: Als Liedermacher tritt er vor allem für die NPD auf. Bei zwei bayerischen Parteiabenden soll er laut NPD-Verbotsantrag der Bundesregierung das Lied "Mit sechs Millionen Juden, da fängt der Spaß erst an...der Ofen ist noch an...bei sechs Millionen Juden ist noch lange nicht Schluß..." vorgetragen haben. Gleichzeitig fungierte er unter Martin Wiese im "Aktionsbüro Süddeutschland" als Kontaktperson für

Foto: a&p München
Neonazistische Mahnwache (Mitte: Norman Bordin)

die "Kameradschaft Regensburg" und gehört dazu der ultravölkischen "Burschenschaft Teutonia Prag zu Regensburg" an.

Kristallisationspunkt "Aktionsbüro Süddeutschland"

Das "Aktionsbüro Süddeutschland" wurde außer von Michael Müller, **Constantin Schuldt** ("Kameradschaft Traunstein"), dem ehemaligen Bundesgeschäftsstellenleiter des "Kampfbund Deutscher Sozialisten" (KDS) **Peter Habermann** ("Kameradschaft Garmisch-Partenkirchen") vor allem auf Initiative des ehemaligen Lüdenscheiders Rainer Mehr, von Norman Bordin (vormals Geldern und Velbert) und von Martin Wiese (vormals Pasewalk, "Kameradschaftsbund Anklam", KBA) gegründet. Bordin war 1999 vom nordrhein-westfälischen Velbert aus zuerst nach Freilassing gezogen und lebt heute in Ottobrunn bei München. Martin Wiese zog im Jahr 2000 von Mecklenburg-Vorpommern nach Gräfelfing, später dann nach München. Schnell kristallisierte sich heraus, dass der ursprüngliche Plan, in ganz "Süddeutschland" den Aufbau von "Kameradschaften" zu unterstützen bzw. bestehende unter ihrer Führung zu organisieren, nicht funktionierte. Allerdings gelang und gelingt es bis heute, in München und Oberbayern zahlreiche Cliquen und Einzelpersonen zu sammeln. Die "Führer" der "Kameradschaft München", Bordin und Klettenhofer, leiten gleichzeitig den "Stützpunkt München" des "Kampfbundes Deutscher Sozialisten" (KDS), bei dem auch **Fred Eichner** (München), ehemals Bundesvorsitzender des "Nationalen Blocks" (NB) mitmischt. "Kameradschaft Süd" und "Kameradschaft München" führten und führen zahlreiche Aufmärsche und Kundgebungen durch. Saalveranstaltungen und "Liederabende" gehören genauso zum Programm wie Busfahrten zu Großaufmärschen, beispielsweise am 1. Mai 2004 nach Berlin oder zu den "Rudolf-Heß-Gedenkmärschen" ins nordbayerische Wunsiedel. Als Referent wurde auch der bundesweit bekannte Szene-Anwalt **Günther Herzogenrath-Amelung** (Regensburg) für eine so genannte Rechtsschulung eingeladen. Herzogenrath-Amelung, ehemals für die "Nationalistische Front" (NF) aktiv, war zuletzt in den Prozessen gegen die "Skinheads Sächsische Schweiz" in Erscheinung getreten.

Zur besseren Koordination gründeten die in Franken tätige "Fränkische Aktionsfront (FAF)" unter **Matthias Fischer** (heute im NPD-Landesvorstand) und das "Aktionsbüro" im Jahr 2003 die gemeinsame "Dachorganisation" "AG Bayern". Im Grundsatzpapier heißt es, man wolle "bayernweit regional aktive Gruppen und Einzelpersonen vereinen und gemeinsam eine Art Maßnahmenkatalog erarbeiten, der den Umgang mit elementaren Themen, z.B. Gespräche mit Staats- und Verfassungsschutz, Antifa usw. regeln soll". Außerdem solle es gegenseitige Hilfestellung bei Aktionen geben. Schwerpunkt der FAF war die "Anti-Antifa"-Arbeit, nicht zuletzt praktiziert von **Norman Kempken** aus Nürnberg, Macher der 1993 erschienenen bundesweiten "Anti-Antifa"-Broschüre "Der Einblick". Diese Vorliebe deckte sich mit den Interessen der Rechtsterroristen um Martin Wiese, die zu diesem Zeitpunkt ebenfalls eine eigene "Anti-Antifa"-Struktur aufgebaut hatten, unter Leitung von **Kathrin Quaißer**, **Monika Stillger** und des V-Mannes **Didier Magnien** (bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz). In der "AG Bayern" waren, Aussagen im derzeit laufenden Strafprozess gegen die Wiese-Gruppe zufolge, auch die NPD Ober- und Niederbayern sowie **Roland Wuttke** (Mering) mit seiner Initiative "Demokratie direkt" vertreten. Die "AG Bayern" plante für November 2003 in ganz Bayern einen "Aktionstag gegen Sozialabbau", in dessen Organisation u.a. auch **Uwe Meenen** ("Deutsches Kolleg", Würzburg), die "Kameradschaft Donaufront" und das "Bündnis Nationale Opposition Augsburg" (NO) eingebunden waren. Und ebenso die "Deutsche Partei" (DP). Im Gegensatz zu der DP-Bundesführung um **Heiner Kappel** sucht der bayerische Landesverband um seinen Landesvorsitzenden **Ulrich Pätzold** offensichtlich die aktive Zusammenarbeit nicht nur mit den REPs, sondern auch mit der NPD und den lokalen "Kameradschaften". Ihr Hauptaktivist ist **Willi Wiener** aus Regensburg, der auf einem NPD-Aufmarsch gegen die "Wehrmachtsausstellung" im württembergischen Schwäbisch-Hall im Juni 2003 neben Martin Wiese sogar als Redner auftrat. Zuletzt demonstrierte er in den Reihen des "Aktionsbüro Süddeutschland" am 12. Dezember 2004 gegen ein alternatives Jugendzentrum in Dorfen. In Regensburg führt er dazu die "Kameradschaft Ratisbona Asgard" an.

Durch die Inhaftierungen im September 2003 im Zusammenhang mit den Ermittlungen gegen die "Kameradschaft Süd" und durch das Verbot der FAF im Januar 2004 sind diese Kontakte nur oberflächlich betrachtet abgerissen. Die Bildung einer "nationalen Volksfront" setzt sich mit den gleichen Strukturen und Personen fort, und genau wie unter Wiese versucht die bayerische Neonazi-Szene derzeit verstärkt, "soziale Themen" zu besetzen und bei Aktionen, z.B. den Montagsdemonstrationen in München, zu provozieren oder sich einzureihen.

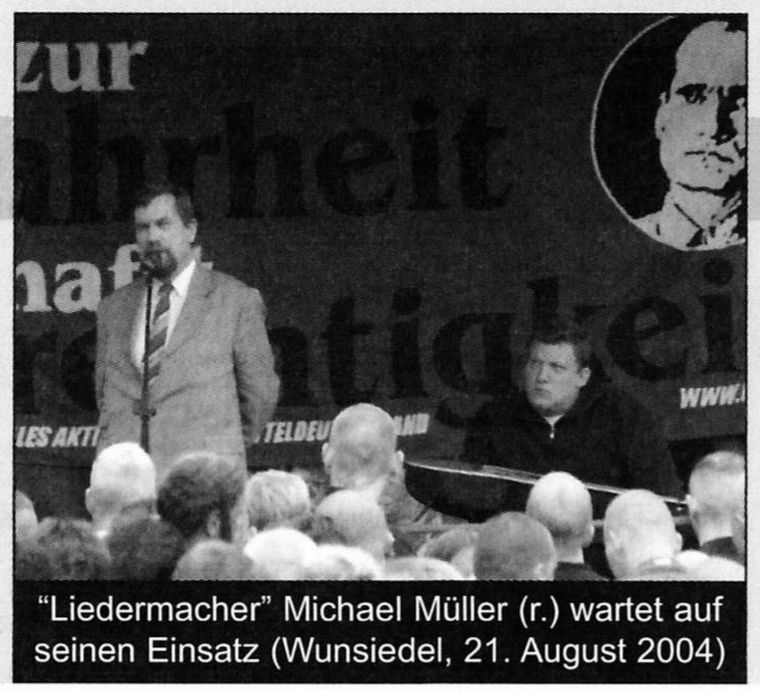
Die Sammlungsbewegungen des Roland Wuttke

Zu einer zentralen Figur der oberbayerischen Neonazis entwickelte sich in letzter Zeit der "Deutsche-Stimme"-Autor Roland Wuttke (Mering), der in München eine Computerhandels-GmbH betreibt. Vernetzte er sich 1997 noch in der "Deutschland-Bewegung" von **Alfred Mech-**

Roland Wuttke (mit Mütze) neben Hayo Klettenhofer (rechts) auf einem Aufmarsch am 11. Dezember 2004 in Dorfen

Foto: a&p München

Kameradschaft Augsburg



"Liedermacher" Michael Müller (r.) wartet auf seinen Einsatz (Wunsiedel, 21. August 2004)

tersheimer (Starnberg) und betrieb eine Kampagne gegen die damalige US-Kontrollstation in Bad Aibling, ist er heute bei fast jedem NPD-Infostand und den meisten Aufmärschen der "Freien Kameradschaften" zugegen. Zusammen mit **Manfred Saur** (Bezirksvorsitzender Schwaben der DP), **Wolfgang Teufel** (NPD, Augsburg) und anderen, vereinte er in Augsburg die Reste lokaler Organisationen von NPD, DVU, REP sowie Naziskins zum "Bündnis Nationale Opposition Augsburg". Sein politisches "Credo" veröffentlichte er 2002 in "Nation & Europa". Unter dem Motto "Bewegung statt Partei" warb er für die Zusammenarbeit aller rechten Kräfte von Nationalkonservativen der CSU über die REP bis zu den "Freien Kameradschaften". Er hätte da keine "Kontaktallergien", schrieb er, wobei hier anzumerken wäre, dass ihm vermutlich ideologische Unterschiede und diverse politische Differenzen innerhalb des rechten Spektrums schlichtweg unbekannt sind. Sein lokales "Volksfront"-Konzept stellte er auch anlässlich der Gründung des "Nationalen Bündnis Dresden" und in vielen anderen Städten der Bundesrepublik vor. "Zellenbildung auf lokaler Ebene" schlägt er darin vor, d.h. es seien zuerst parteiübergreifende Stammtische, später zumindest Infostände und Mahnwachen gemeinsam durchzuführen. Mit dem damaligen REP-Stadtrat **Johann Pius Weinfurtner**, **Thomas S. Fischer** vom Münchner CSU-Kreisverband und **Gerhard Winterling** (alle München) gründete er 2002 die "Bürgerinitiative" "Demokratie direkt e. V.". Mit diesem "neutralen Namen" sollten auch "bisherige Wähler von rot-grün angesprochen werden". Die "Demokratie direkt"-Infostände und -Mahnwachen (Themen u.a.: Irak-Krieg und Dresden-Bombardierung) wurden von vielen Neonazis unterstützt und durchgeführt, u.a. auch durch Sascha Wagner.

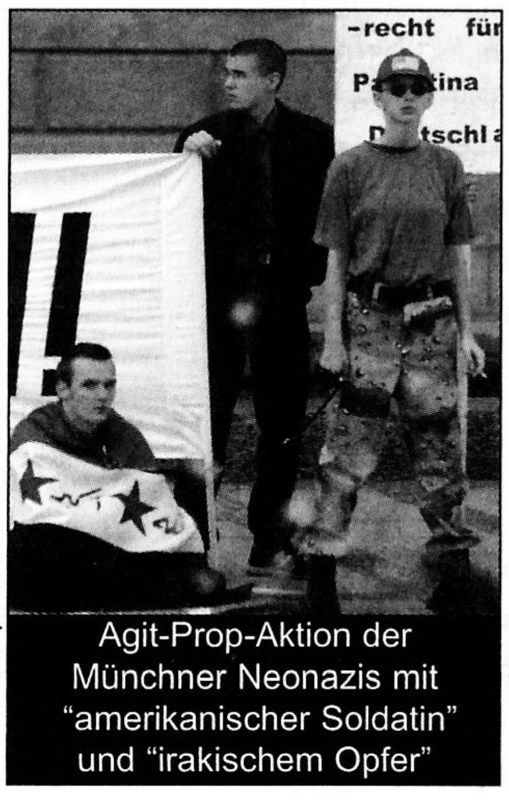


Foto: a&p München

Agit-Prop-Aktion der Münchner Neonazis mit "amerikanischer Soldatin" und "irakischem Opfer"

Wuttke schickte Martin Wiese gleich mehrfach als Stellvertreter zu den Behörden, **Alexander Maetzing** (bei dem der Sprengstoff TNT der Wiese-Gruppe gefunden wurde) bestimmte er offiziell als Versammlungsleiter. Stand in Augsburg anfangs eine antiislamische Hetze im Vordergrund ("Moscheebau"), bei der auch mit dem bundesweit aktiven und ultrarechten "Bundesverband der Bürgerbewegungen für die Bewahrung von Demokratie, Heimat und Menschenrechten" (BDB) von **Wolfgang Schrauth** (Thannhausen) kooperiert wurde, verlegte sich Wuttke in München auf die inhaltliche Klammer des Antisemitismus, sogar auf eine Zusammenarbeit mit arabischen Gruppen, z.B. dem "Deutsch-Arabischen Friedenswerk". Hauptanliegen war nun der "Kampf" gegen "den Terror der USA" ("Stoppt den usraelischen Terror") und das neue Gemeindezentrum der Israelitischen Kultusgemeinde. Als "Bürger in Bewegung" veröffentlicht er auch Texte auf einer von Bordin betriebenen gleichnamigen Internetseite. Über die Publikation von "München direkt" und verschiedener Flugblätter versuchte sich Wuttke auch an der "Anti-Antifa"-Arbeit und veröffentlichte "Steckbriefe" prominenter Münchner Politiker und Linker. Derzeit versucht Wuttke verstärkt, die Neonazi-Szene in Regensburg mittels gemeinsamer Veranstaltungen und Mahnwachen zu sammeln. In seinem fanatischen Aktivismus verstrickt er sich (mal als "Freundeskreis von Demokratie Direkt", mal als "Initiative Erinnern statt Heuchelei" oder als "AK Medien" etc.) allerdings immer mehr in seinen eigenen Verschwörungstheorien. Mahnwachenthemen waren beispielsweise "Stoppt den Terror durch Antifa!" (womit auch der Münchner Staatsanwalt **August Stern** gemeint war) und "Stoppt den Terror der Medien!". Bei letzterer Aktion durften Bordin, Werlberger und Klettenhofer vor dem Gebäude der "Süddeutschen Zeitung" Schilder und Fackeln empor halten. Sein Versuch, am 9. November eine antisemitisch ausgerichtete Mahnwache in München durchzuführen, endete für ihn und Bordin allerdings im Polizeigewahrsam.

Gemeinsam mit dem aus Wien zugezogenen **Lukas Frank** (NPD Oberbayern), unterstützt Wuttke den insbesondere ältere "Kameraden" ansprechenden "Politischen Informationsclub (PIC)" bei der Organisation von Veranstaltungen. Altnazis treffen sich in München aber auch bei der "Stillen Hilfe" um **Gudrun Burwitz**, im "Münchner Bürger Verein", im revanchistischen "Witikobund", der hier seine Bundeszentrale hat und in der "Kameradschaft Freikorps- und Bund Oberland" mit Verbindungen zur "Landsmannschaft Ostpreußen" und zur "Burschenschaft Danubia". Gerd Sudholt lädt zudem zu Veranstaltungen eines "Patriotischen Arbeitskreises Murnau" an den Staffelsee ein.

Weitere "Kameradschaften" und Sub/Jugend-Kultur

Für die Jüngeren haben sich in Ober-, Niederbayern, Schwaben und der Oberpfalz neben der dominierenden "Kameradschaft München" noch viele weitere Gruppen entwickelt: Im bayerischen Wald haust der "Bavaria Sturm", in Niederbayern die "Kameradschaft Niederbayern" und die "Kameradschaften" aus Landshut, Passau und Straubing, der "Widerstand Erding" und die "nationale Poinger Jugend" bei München, in der Oberpfalz "Ratisbona Asgard" in Regensburg und die "Weissen Wölfe" aus Roding und Cham. Im Schwäbischen treten zur Zeit die "Kameradschaft Härtsfeld" im Gebiet um Nördlingen, die "hatecrew Donauwörth", die "Kameradschaft Augsburg", "Voice of anger" in Memmingen und die "Kameradschaft Neu-Ulm" um **Achim Kast** (Roggenburg) auf. Die "Kameradschaft White Power Schwaben" aus Krumbach und Mindelheim, die auf den verbotenen Verein "Skinheads Allgäu 88 e.V." und dessen Nachfolgeorganisation "Skinheads Schwaben" zurückgeht, verfügt in Mindelzell über eine größere Immobilie, in der es zu regelmäßigen Konzertveranstaltungen kommt. Größere unorganisiertere Szenen gibt es daneben im Raum Weilheim/Obb. und in Dillingen, wo auch der dreifache Mörder **Leonhard Schmidt** (Heidenheim) Ende 2003 unterkriechen konnte.

Diese Entwicklung wirkt sich auch auf die Subkultur und Infrastruktur der neofaschistischen Szene aus, und so gibt es in Schwaben, Ober- und Niederbayern heute zahlreiche Konzerte, eine ganze Reihe von Versänden, allerdings relativ wenige Bands. Ständige Konzertveranstalter sind die "Weissen Wölfe" aus Roding, die mehrere Konzerte in Etzenricht organisierten. Konzertorte waren mehrfach auch die ehemalige Diskothek "Point" in Plattling und ein privates "Kulturhaus" in Wackersdorf. Zu den wenigen aktiven RechtsRock-Formationen gehören neben der Band "Faustrecht" um **Norbert "Nogge" Lecheler** (Mindelheim), "Edelweiss"/"Sturmflagge"/"Blutweihe" (alles Projekte um **Christian Gross**, Riemerling), der "Liedermacher" Michael Müller, sowie **Josef Klumb** ("Von Thronstahl", München). Bei den Versänden dominiert neben dem schon erwähnten "Schwarze Sonne-Versand" der in Geiselhöring bei Straubing mit Ladengeschäft und großem Gelände ansässige "Wikinger-Versand" von **Siegfried Birl**. Insbesondere die Frequentierung des dem Online-Shop angeschlossenen Forums durch Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet führte zu dessen heute hohen Bekanntheitsgrad - aber auch die Patentierung und der Vertrieb szenespezifischer Marken, z.B. von "masterrace". **Franz Glasauer** aus Landshut ("Patria-Versand"), der bereits sowohl bei der NPD, als auch bei den REPs und der "Deutschen Liga für Volk und Heimat" aktiv war, verdient sein Geld durch die Markenrechte an "CoNSDA-Ple"-Bekleidung. Daneben werben zahlreiche Kleinversände um Kundschaft, z.B. "Streetfight records" von **Stefan Bloemen** aus Kissing, "Rebel Records" von **Martin Seidel** aus Haag, der "Nationalversand" von **Matthias Polt** (Murnau) und der "Balmung-Versand" im schwäbischen Wertingen. Aus Wertingen kommt auch ein Unikum der deutschen Nazi-Merchandising-Szene: Mit "88 girls wear" verkauft der "womansresist"-Versand (Fehler im Original) einer "**Elisabeth Müller**" speziell Bekleidung für die Nationalistin. Das "The fight goes on till the bloody end - 88!"-T-Hemd gibt es hier sogar wahlweise mit 3/4-Arm oder als "Spaghetti Träger Top"...

"Voice of anger"

"Kameradschaft Weisse Wölfe"

Für Jugendliche, die es konservativer wollen, stehen in Bayern diverse Orts- und Regionalgliederungen der völkisch-bündischen "Heimattreuen Deutschen Jugend" zur Verfügung. Reaktionäre Studenten zieht es zu der Münchner Burschenschaft "Danubia", die dieses Jahr dem "Institut für Staatspolitik" Räumlichkeiten bot, zur ebenfalls in München ansässigen "Stauffia" mit besten Beziehungen zur "Kameradschaft München" oder zur schon erwähnten "Teutonia Prag zu Regensburg". Auch die "Jungen Deutschen", Jugendorganisation der "Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft" (BDVG), die in letzter Zeit mit Flugblattverteilungen in Erscheinung traten, böten sich an.

Fortführung des "Volksfront-Konzeptes"

Wie weit das "Volksfront-Konzept" bereits gediehen ist, zeigt nicht zuletzt der Auftritt des BDVG-Bundesvorsitzenden **Lars Käppler** als Redner auf einem NPD-Aufmarsch am 9. Oktober in Augsburg. Für 2. April 2005 ist er als Redner auf einem von Christian Worch und Norman Bordin geplanten Aufmarsch in München angekündigt. Hayo Klettenhofer nahm für die "Kameradschaft München" offiziell Kontakt zur von **Gerhard Frey** (Gräfelfing) geführten DVU auf, die in München-Pasing ihre Bundeszentrale hat. Und auch der greise Ex-REP-Bundesvorsitzende **Franz Schönhuber** (Weissach) will die rechte Zusammenarbeit noch einmal anschieben und initiierte dazu bereits ein Vortreffen für einen Anfang 2005 in Süddeutschland geplanten "Kongress deutscher Patrioten". Wie hieß es doch im Wuttke-Text in der extrem rechten Monatszeitung "Nation & Europa": "Patrioten sollen sich vernetzen."

Zum Autor

Der Autor Robert Andreasch ist freier Journalist und lebt und arbeitet in München. Ein Interview mit ihm über den geplanten Sprengstoffanschlag von Neonazis bei der Grundsteinlegung des neuen jüdischen Gemeindezentrums am 9. November 2003 in München findet sich in LOTTA, 14, Herbst 2003, Seite 32

Der NPD-Bundesparteitag 2004

NPD-Bundesvorstandsmitglieder: Holger Apfel, Udo Voigt, Klaus Beier, Sascha Roßmüller

Von Tomas Sager

"Es wächst zusammen, was zusammengehört"

Der NPD-Bundesparteitag 2004

Udo Voigt war einst Zeitsoldat bei der Bundeswehr, verrät das Kurzportrait, das den Journalisten mit anderen Presseunterlagen in die Hand gedrückt wird. So etwas prägt den NPD-Vorsitzenden auch noch 20 Jahre nach dem Abgang vom Bund. So steht er nun an jenem 30. Oktober vor den Delegierten des NPD-Parteitags und hebt die Stimme: "Ich melde der Partei zum heutigen Tage: Nach 36 Jahren ist es uns gelungen mit gewaltiger gemeinsamer Kraftanstrengung und kluger Bündnispolitik, mit über neun Prozent in ein Landesparlament einzuziehen."

"Wir sind wieder da!", ruft Voigt. Diese Botschaft zu vermitteln, dazu dient der Parteitag, zu dem rund 180 Delegierte und - nach deutlich übertriebenen Angaben der NPD - 300 Gäste ins thüringische Leinefelde gekommen sind. Anfangs und zur abschließenden Pressekonferenz sind auch Medienvertreter zugelassen, damit diese Botschaft entsprechende Verbreitung finde. Den Einzug von Vorstand und Fahnenträgern zu pompösen Klängen vom Band lässt die Partei gerne filmen. Doch mit der Offenheit ist es nicht weit her. Eine in die falsche Richtung gehaltene Kamera kann dazu führen, dass kräftige Ordner - mit schwarzen Hosen und weißen Hemden uniformiert - einschreiten und der herbei gefunkte Ordnungsdienstleiter **Manfred Börm** persönlich das unliebsame Fernsehteam von der Pressetribüne drängt. Und gleich zu Beginn wird die Tagesordnung umgekrempelt, der Rechenschaftsbericht Voigts in zwei Teile gesplittet: in einen, der als Erfolgsstory für die Öffentlichkeit bestimmt ist, und einen, von dem die Bürger tunlichst nichts erfahren sollen und den Voigt erst verliest, als man wieder unter sich ist.

Die Vorstandswahlen

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit wird bei der NPD auch gewählt. Und das wohl mit Grund: Trotz der Erfolge der letzten Monate scheint Voigt, der wohl auf ein triumphales Ergebnis beim "Wir sind wieder da"-Parteitag gehofft hatte, nicht so ganz unumstritten. Zwar hatte er - anders als beim Parteitag vor zwei Jahren in Königslutter - keinen Gegenkandidaten, doch bei der Wahl versagen ihm am Ende 24 von 182 Delegierten der doch eigentlich um ein einheitliches Bild bemühten Partei ihre Stimme. Noch schwächer schneiden einem Bericht des "Störtebeker"-Netzes zufolge seine Stellvertreter **Holger Apfel** und **Peter Marx** ab, die sich trotz ihrer zuvor gefeierten Wahlerfolge in Sachsen und an der Saar mit 146 bzw. 145 Stimmen bescheiden müssen. Der dritte Parteivize **Ulrich Eigenfeld**, der gleichzeitig bisher auch als Generalsekretär fungierte, kommt demnach gar nur auf 118 Stimmen - und das obwohl Ex-Parteichef **Günter Deckert** seine Gegenkandidatur zurückgezogen hatte.

Deckerts Comeback-Versuch scheitert - muss wohl scheitern bei einem Parteitag, der auf "Friede, Freude, Eierkuchen" angelegt ist, wie der Ex-Vorsitzende später kritisiert. Zwar hatte sich der frühere Parteichef mit der Ankündigung, gegen Eigenfeld (Deckert: "Blass, farblos,

Anmerkung der LOTTA-Redaktion

Kandidaturen zum Parteivorstand aus NRW

Erneut in den Bundesvorstand gewählt wurde Schatzmeister **Erich Kemna** aus Ladbergen, Kreis Steinfurt. Er erzielte das beste Ergebnis aller Vorstandskandidaten. Erst im zweiten Wahlgang und mit dem zweitschlechtesten Ergebnis aller Gewählten gelang NPD-Landeschef **Stephan Haase** aus Lüdenscheid (Märkischer Kreis) der Sprung in die Parteispitze. Mit ihren Kandidaturen scheiterten **Stefan Lux** (Heiligenhaus/Kreis Mettmann), **Willibert Kunkel** und **Oliver Harf** (beide Stolberg/Kreis Aachen).

charakterlich wenig einwandfrei") kandidieren zu wollen, ein schwaches Glied in der NPD-Führungsspitze ausgeguckt. Doch Deckert, der zu den Kritikern der Einigungsbemühungen mit bislang parteifreien Neonazis zählt, muss rasch einsehen, dass er keine Chance haben würde - spätestens als auch sein Fünf-Minuten-Beitrag in der Aussprache nicht auf die gewünschte Resonanz stößt. Er zieht seine Kandidatur zurück und verlässt den Parteitag schon am Abend des ersten Tages. **Thomas Wulff** wird einige Tage später resümieren, der "traurige und dümmliche Auftritt" Deckerts, den Wulff im Übrigen als "Frontmann der reaktionären und rückwärtsgewandten Kräfte innerhalb der Partei" bezeichnet, sei der einzige Versuch gewesen, den aktuellen Kurs der Führungsmannschaft um Voigt anzugreifen.

Bei der Integration von bislang parteifreien Neonazis in den Bundesvorstand kommt es etwas anders als vor dem Parteitag vermutet. **Ralph Tegethoff** - neben Wulff und **Thorsten Heise** einer der drei im Vorfeld gehandelten Kandidaten - reist erst gar nicht an. Wulff zieht seine Kandidatur zurück: offenbar um wenigstens einem der "Freien" den Weg in die Parteispitze problemlos frei zu machen, meinen manche. Wulff selbst sieht das anders: Gerade weil der Integrationskurs "eindrucksvolle Unterstützung in der großen Mehrheit der Partei" gefunden habe, sei seine Kandidatur gar nicht mehr erforderlich gewesen. Wulff: "Das Klima des Vertrauens sollte durch diese Geste der Zurückhaltung unsererseits noch vertieft werden." Heise zieht bereits im ersten Wahlgang mit - laut "Störtebeker" - 121 Stimmen in den Vorstand ein. Dass ein unter anderem wegen gefährlicher Körperverletzung und Nötigung vorbestrafter Neonazi in das höchste Gremium der Partei gewählt wurde, ficht Voigt nicht an. Im Gegenteil: "Es wächst zusammen, was zusammengehört."

Wer spitzelt, soll zukünftig zahlen...

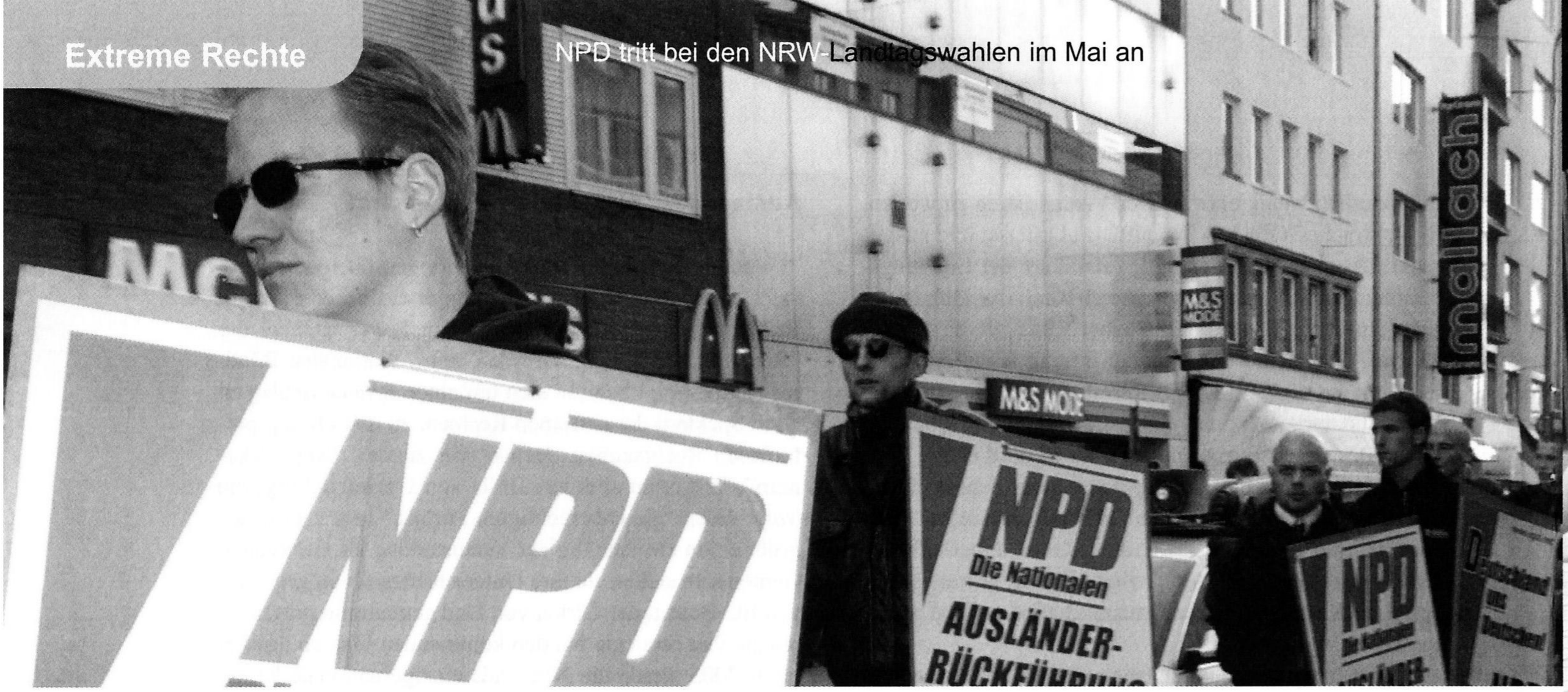
Im ausgedruckten und im Internet zu findenden Redetext Voigts nicht enthalten ist ein Passus, den er dem öffentlichen Teil seines Rechenschaftsberichts voranstellt und der als vertrauensbildende Maßnahme gegenüber den "Freien" verstanden werden kann: Die NPD will V-Leute des Verfassungsschutzes künftig zur Kasse bitten. Anwälte würden einen Entwurf für eine Erklärung ausarbeiten, die von Funktionsträgern der NPD auf Bundes- und Landesebene zu unterschreiben sei, kündigt Voigt an. Diese Erklärung sehe für den Fall einer V-Mann-Tätigkeit eine Vertragsstrafe vor. Voigt: "Wer einen Vertrauensbruch begeht, verpflichtet sich, eine Vertragsstrafe von - sagen wir - 5000 Euro zu zahlen." Wenn sich jemand weigert, den Revers zu unterzeichnen, sollen die Parteitage darüber informiert werden. Auf die Abgabe eidesstattlicher Versicherungen zu bauen habe nichts genutzt: **Udo Holtmann** und **Wolfgang Frenz** hätten, ohne mit der Wimper zu zucken, unterschrieben, meinte Voigt.

Ausbau der "Nationalen Volksfront"

Während Heise mit Interviewanfragen überhäuft wird, steht ein anderer Vorstandsneuling etwas abseits: **Frank Rohleder**, einst stellvertretender Bundesvorsitzender der "Republikaner" und in Dresden beim "Nationalen Bündnis" aktiv. Voigt bemüht sich um einen Brückenschlag zu allen Spektren der extremen Rechten, zu den bislang parteifreien Rechtsaußen ebenso wie zu den "Republikanern". Erst recht aber zur DVU von **Gerhard Frey**, die Voigt einen "gleichberechtigten Partner" nennt. Frey begrüßt er am zweiten Tag der Veranstaltung als Gastredner. Gemeinsam stellen sie ihre Unterschriftenaktion gegen einen EU-Beitritt der Türkei vor. Und gemeinsam präsentieren sie ihre Strategie bei den kommenden Wahlen. Im Februar 2005 werde die NPD "als einzige nationale Kraft" bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein antreten und dabei die Annahme widerlegen, dass der Erfolg in Sachsen ein einmaliges Phänomen sei, sagt Voigt. Bei der Bundestagswahl 2006 ist ebenfalls die NPD am Zuge. Voigt: "Dr. Frey und weiter zu benennende Führungskräfte der DVU sind dann bereit, auf den NPD-Listen zu kandidieren." Umgekehrt werde dann die DVU bei der Europawahl 2009 "der Listenführer mit Kandidaten der NPD auf der DVU-Liste sein". Welche der beiden Parteien bei den weiteren Landtagswahlen bis dahin den Vortritt haben solle, sagt Voigt im öffentlichen Teil seines Rechenschaftsberichts nicht. Dafür werde eine ähnliche Übereinkunft angestrebt, verriet Voigt den Delegierten nur. Über die Köpfe der Landesverbände hinweg werde nicht entschieden, versichert er jenen regionalen Parteigrößen, die fürchten, zugunsten der Phantompartei DVU auf eine eigene Kandidatur verzichten zu müssen.

Das so genannte Drei-Säulen-Modell mit dem "Kampf um die Straße" (allerdings künftig mit weniger "Minidemonstrationen", wie Voigt ankündigte), dem "Kampf um die Parlamente" und dem "Kampf um die Köpfe" wird um eine vierte Säule ergänzt. Voigt nennt sie den "Kampf um den organisierten Willen". Auch um die Unterstützung durch die "Republikaner" wirbt er dabei noch. "Wir hoffen, dass die Republikaner nach ihrem Bundesparteitag im November unsere ausgestreckte Hand nicht länger zurückschlagen werden." Dass sie das dann einen Monat später dann doch tun - noch dazu mit deftigen Formulierungen aus dem Mund des REP-Vorsitzenden **Rolf Schlierer**, der die NPDler als "Lumpen" titulierte - überrascht jedoch nicht. Aber wenn schon nicht die "Republikaner" als Ganzes zur Zusammenarbeit bereit sind, so hofft die Voigt-Truppe doch, dass zumindest einzelne Mitglieder bei der rechten "Volksfront" Unterschlupf suchen.

Ob die Voigtsche "Volksfront" mit "Freien", DVU und Einzelkämpfern von REP und kleinen Rechtsparteien hält, muss abgewartet werden. Die Bruchstellen sind schon angelegt. Während der NPD-Chef die "Integration nationaler Sozialisten" beschwört, warnt Frey: "Wir müssen einen größtmöglichen Abstand zum Nazismus und Neonazismus halten." Freunde sind Voigt und Frey auch nach ihren Absprachen und nach diesem Parteitag nicht geworden. Immerhin verbindet sie jetzt ein "rotes Telefon".



Von Tomas Sager und Jan Spreuk

Auf "Freie" angewiesen

NPD tritt bei den NRW-Landtagswahlen im Mai an

Eigentlich, so hatte es Parteichef **Udo Voigt** beim NPD-Parteitag Ende Oktober in Leinefelde angekündigt, sollte ein "Führungstreffen" mit den Landesvorsitzenden im Dezember in Berlin entscheiden, wo die Partei bei den nächsten Landtagswahlen antreten würde. Doch dann ging alles viel schneller als gedacht. Gerade einmal eine Woche nach dem Parteitag, am 7. November, meldete die NPD Minden-Lübbecke schon Vollzug: Der NRW-Landesvorstand habe auf seiner letzten Sitzung den Wahlantritt der NPD zur Landtagswahl am 22. Mai 2005 beschlossen. Der "Parteivorstand" - gemeint sein dürfte in diesem Fall der Bundesvorstand - habe dafür "Grünes Licht" gegeben, berichtete der Kreisverband Minden-Lübecke des Landesvorstandsmitglieds **Manfred Gutsche**. Besonders fix war die NPD des Märkischen Kreises. Sie teilte noch am selben Tag mit, ihre Kandidaten für die drei Wahlkreise im MK seien bereits bei einer Versammlung in Altena nominiert worden: der stellvertretende Landesvorsitzende, das Kreistagsmitglied **Timo Pradel** (33) aus Iserlohn, Prof. **Hagen Prehl** (67) aus Schalksmühle und der NPD-Landesvorsitzende **Stephan Haase** (36) aus Lüdenscheid.

Ihrem Landesvorstand kamen die Mindener und Märkischen NPDler damit zuvor. Landespressesprecher **Stephan Flug** aus Siegen brauchte noch vier Tage, bis er die Mitteilung, die NPD werde antreten, höchst offiziell kund tat: "Am Wahltag wird sich zeigen, dass auch im so genannten Westen ein politisches Umdenken der Wählerschaft stattgefunden hat und sich der Erfolg der NPD unvermindert fortsetzt", tönte er vollmundig.

Nicht eindeutig lässt sich die Frage beantworten, warum die Landes-NPD lange vor dem von Voigt angekündigten "Führungstreffen" ihre Kandidatur bekannt gab. Eine mögliche Antwort gibt **Christian Worch**: Die NPD habe quasi gar nicht anders gekonnt, meint er. Eigentlich habe in NRW die DVU antreten sollen, doch **Gerhard Frey** habe nicht gewollt. Also musste die NPD ran. Worch: "Wenn man 2006 den Bundes- bzw. Reichstag anpeilt, kann man eine Wahl wie die in NRW nicht einfach auslassen. Es ist das bevölkerungsreichste Bundesland. Die Wahlergebnisse in Mitteldeutschland sind ja schön und gut und sehr vorzeigbar, aber GEWONNEN wird eine Bundestagswahl IM WESTEN." Nach dem Verzicht von Frey sei dies "strategisch von allen schlechten Möglichkeiten also noch die am wenigsten schlechte" - auch wenn er der Partei in NRW "nach menschlichem Ermessen" keine Chance auf einen Einzug ins Landesparlament zutraut.

Landesparteitag in Essen nominiert Listenkandidat/inn/en

Am 5. Dezember trafen sich die NPD-Delegierten in Essen zu einem Landesparteitag. Die wichtigsten beiden Entscheidungen hatte Landesvize **Claus Cremer**, der neuerdings auch als Wahlkampf-Pressesprecher firmiert, schon vorweggenommen, als er drei Tage vorher eine Pressemitteilung aussandte: "Es ist uns eine besondere Freude, mitteilen zu können, daß der Landesverband Nordrhein-Westfalen den NPD-Parteivorsitzenden als Spitzenkandidaten der Landesliste gewinnen konnte. Des weiteren wurden im Zeichen der nationalen Volksfront zwei Kandidaten der freien Kräfte aufgestellt." Die Delegierten taten, wie ihnen geheißen worden war, und wählten Voigt auf den Listenplatz 1 sowie die beiden "Freien" **Christian Malcoci** und die Cremer-Freundin **Daniela Wegener** auf die Plätze 8 und 10 - "als weitere Stärkung der nationalen Volksfront". Für den - derzeit unwahrscheinlich erscheinenden - Fall, dass die NPD die Fünf-Prozent-Hürde überspringt, würden diese Platzierungen

wohl für den Einzug ins Landesparlament reichen. Ganz im Zeichen der "Volksfront von rechts" finden sich auf der Liste - wenn auch auf hinteren Plätzen - auch das Neu-NPD-Mitglied **Ralph Tegethoff** und der Dortmunder stellvertretende DVU-Kreisvorsitzende und Stadtrat **Axel Thieme** wieder. Tegethoff steht auf Platz 13, Thieme auf Platz 15. Auf das Wählerpotenzial der "Freien" schielend, verbreitete die NPD auch eine "Pressemitteilung der Kameradschaften". Malcocis und Wegeners Platzierung solle "ein eindeutiges Zeichen für den praktischen Aufbau einer Volksfront von Rechts sein", heißt es darin: "Die Einbindung von radikalen, freien Kräften in die parlamentarische Arbeit der Partei setzt somit einen neuen Maßstab für die gemeinsamen, zukünftigen Aufgaben."

NPD-Direktkandidaturen

Voigt wird auch als Direktkandidat in einem Wahlkreis antreten. Er kandidiert im Bochumer Wahlkreis 107. Für die beiden Nachbarwahlkreise wurden Claus Cremer (109, Bochum III/Herne II) und das Hattinger Ratsmitglied **Markus Schumacher** (108, Bochum II), Student an der Ruhr-Universität Bochum, nominiert. Aufgrund der Direktkandidatur von Voigt und des sehr umtriebigen NPD-Kreisverbandes Wattenscheid muss davon ausgegangen werden, dass Bochum zum Schwerpunkt des NPD-Landtagswahlkampfes wird.

Auch weitere NPD-Gliederungen haben inzwischen ihre Kandidaten aufgestellt. Zum Beispiel der Kreisverband Steinfurt, der für seine drei Wahlkreise **Karl-Heinz Böwering** aus Ochtrup (WK 81), den Bundesschatzmeister **Erwin Kemna** aus Ladbergen (WK 82) sowie seinen Kreisvorsitzenden **Matthias Pohl** aus Lengerich (WK 83) nominierte. Der Kreisverband Münster stellte **Markus Pohl** aus Lengerich für den Wahlkreis 84 (Münster I) sowie **Dennis Dormuth** aus Greven für den Wahlkreis 85 (Münster II) auf.

Fazit und Ausblick

Abzuwarten bleibt, ob es der NPD gelingt, in allen 128 Wahlkreisen anzutreten. Nur dort, wo sie einen Kandidaten aufstellt, kann sie gewählt werden. Spannend bleibt weiter die Frage, ob sie dann auch in sämtlichen mit Kandidaten bestückten Wahlkreisen die geforderten 100 Unterstützungsunterschriften beibringen kann. Da in weiten Teilen des Landes überhaupt keine funktionsfähigen Parteistrukturen existieren, dürfte sie dabei auf die Unterstützung örtlicher Kameradschaften angewiesen sein.

Und schließlich wird Erfolg oder Misserfolg der NPD auch davon abhängen, wie am 22. Mai die "Republikaner" abschneiden. Die hatten bereits am 3. Oktober bei einer Versammlung in Willich ihre Landesliste mit 40 Kandidaten gewählt. Auf den ersten fünf Plätzen sind die Landesvorsitzende und stellvertretende Bundesvorsitzende **Uschi Winkelsett** (Münster), der Kommunalbeamte **Ralf Goertz** aus Erkelenz, der Düsseldorfer Rechtsanwalt und stellvertretende REP-Bundesvorsitzende **Björn Clemens**, **Hans Kemper** aus Alsdorf (Kreis Heinsberg) sowie der Kölner **Daniel Schöppe** zu finden.

Die Kandidat/inn/enliste der NPD zu den Landtagswahlen NRW am 22. Mai 2005:

1. **Udo Voigt** (Moosburg an der Isar/Bayern, NPD-Bundesvorsitzender)
2. **Stephan Haase** (Lüdenscheid/Märkischer Kreis, *vgl. LOTTA Nr. 16, S. 24 ff.*)
3. **Claus Cremer** (Bochum, stellvertretender NPD-Landesvorsitzender und in dieser Funktion für die Kooperation mit den "Freien" zuständig, Chef des NPD Wattenscheid, Bezirksrat in Bochum-Wattenscheid, *vgl. LOTTA Nr. 13, S. 19 f.*)
4. **Timo Pradel** (Iserlohn/Märkischer Kreis, stellvertretender NPD-Landesvorsitzender, NPD-Kreisrat MK, *vgl. LOTTA Nr. 16, S. 25 ff.*)
5. **Wolfgang Mond** (Hagen, NPD-Landesvorstand)
6. **Willibert Kunkel** (Stolberg/Kreis Aachen, NPD-Landesvorstand, NPD-Ratsherr im Stadtrat Stolberg, *siehe Seite 27*)
7. **Erwin Kemna** (Ladbergen/Kreis Steinfurt, NPD-Bundesschatzmeister, *vgl. LOTTA Nr. 10, S. 18 ff.*)
8. **Christian Malcoci** (Grevenbroich/Kreis Neuss, Parteisekretär der NVU (Niederlande), einer der zentralen Kader der "Freien" bundes- und landesweit, *vgl. LOTTA Nr. 5, S. 11 und LOTTA Nr. 8, S. 35 ff.*)
9. **Dennis Witt** (Essen, NPD-Landesvorstand, stellvertretender Landesvorsitzender des "Nationaldemokratischen Hochschulbundes" (NHB))
10. **Daniela Wegener** (aus Olsberg/Hochsauerlandkreis, laut Angaben des "blick nach rechts" jetzt Bochum, Chefin der "Freien" im Hochsauerlandkreis, gehört zur NRW-Führungsspitze der "Freien" in NRW, *vgl. LOTTA Nr. 14, S. 28 f.*)
11. **Manfred Gutsche** (Minden-Lübbecke, NPD-Landesvorstand, Vorsitzender des NPD-Bezirksverbandes Ostwestfalen/Lippe und des Kreisverbandes Minden-Lübbecke, *vgl. LOTTA Nr. 15, S. 23 ff.*)
12. **Bernd Kremer** (Essen, NPD-Landesvorstand)
13. **Ralph Tegethoff** (Bad Honnef/Rhein/Sieg-Kreis, Führungskader der "Freien", im September 2004 gemeinsam mit Wulff und Heise der NPD beigetreten, *vgl. LOTTA Nr. 10, S. 16 f. u. LOTTA Nr. 14, S. 24 ff*)
14. **Manfred Aengenvoort** (Oberhausen, langjähriger NPD-Funktionär auf Bundes- und Landesebene, NPD-Bundesschiedsgericht)
15. **Axel Thieme** (Dortmund, DVU-Ratsherr und stellvertretender DVU-Kreisvorsitzender Dortmund)

Von Stefan Kowal

Helden für Deutschland

Die "Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger"

Zufrieden und unbeeindruckt schaut der Düsseldorfer Ritterkreuzträger und Altnazi **Hajo Hermann**[1] auf die Gegendemonstranten. Schließlich ist ausreichend Polizei in der Innenstadt von Hameln angetreten, um die Orden und die Ehre der zirka 300 angereisten Mitglieder der “Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger” vor den etwa 100 Demonstranten zu schützen. Beruhigt begibt er sich wieder in die Weserbergland-Halle, um dort über die “gute alte Zeit” zu schwadronieren.

Es war die 50. Zusammenkunft der Mitglieder der “Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger” (OdR), welche vom 15. bis 17. Oktober stattfand. Im Mittelpunkt standen selbstverständlich die noch lebenden Ritterkreuzträger. Das “Ritterkreuz” wurde als einer der höchsten militärischen Orden für “besondere Tapferkeit vor dem Feind und für hervorragende Truppenführung” an von **Adolf Hitler** persönlich ausgesuchte Soldaten verliehen. Also für besonders erfolgreichen Einsatz für den NS, zumeist für besonders effektive Vernichtungstaten. 7.318 dieser Orden wurden im Laufe des Krieges verliehen, so beispielsweise auch an den SS-Oberführer **Oskar Dirlewanger** für die Niederschlagung des Aufstandes im Warschauer Ghetto.

[1] Zu Herrmann siehe den Artikel von der “AG ‘Zurück nach Workuta!’”: “‘Politischer Soldat? Was sonst!’ - Ritterkreuzträger Hajo Herrmann immer noch an der Front”, in: *LOTTA Nr. 15, S. 30 f.*

Zwischen Militärelite und Neonazismus

Zirka 150 “alte Kameraden” aus der Erlebnisgeneration waren erschienen, außerdem viele “junge” zwischen 40 und 60 Jahren. Und weitere 50 noch jüngere, fast ausschließlich Männer, teils mit Glatze, teils im Anzug. Hier trafen sich jedenfalls keine gesellschaftlichen Außenseiter. Und sie hatten hohen Besuch: Die Festrede hielt der Generalmajor a.D. der Bundeswehr **Gerd Schultze-Rhonhof:** “Sie haben als Frontsoldaten Glanzleistungen vollbracht. [...] Lassen Sie sich ihren Stolz und ihre Ehre nicht ausreden.” Und er betonte, dass viele Ritterkreuzträger nach dem Krieg “an den Schalthebeln von Wirtschaft, Verwaltung und Politik” gesessen hätten. Natürlich seien die “Alten Kameraden” auch beim Aufbau der Bundeswehr eingesetzt worden. Schulze-Rhonhof beschwor die Tradition als “Verpflichtung und Orientierung”.

“Opferbereitschaft” forderte auch der zweite prominente Gast, der im Rahmen der Hohmann-Affäre entlassene Kommandeur des “Kommando Spezialkräfte” (KSK) und Brigadegeneral **Reinhard Günzel**: “Mich verbindet in erster Linie *[mit dem OdR, Anm. des Autors]* das besondere soldatische Element, die Opferbereitschaft, die Tapferkeit, das was auch das Kommando Spezialkräfte [...] in besonderer Weise ausgezeichnet hat.” Als Kommandeur *a.D.* kann sich Günzel derartige Äußerungen eben leisten...

Traditionspflege

“In enger Verbindung mit der Bundeswehr, den Soldaten und den Reservistenverbänden” soll laut Satzung die Traditionspflege des OdR verlaufen. In Bezug auf die militärischen Traditionsverbände stellt das nach wie vor kein Problem dar, so ist der OdR Mitglied des “Ring deutscher Soldatenverbände”. Schwieriger sieht seit einigen

Jahren die Zusammenarbeit mit der Bundeswehr aus. Diese hatte über Jahrzehnte die jährlichen Bundestreffen sogar mitgestaltet, dienten doch immerhin 674 Träger des Ordens in der Bundeswehr und erreichten 117 sogar den Rang eines Generals. Erst ab Ende der neunziger Jahre distanzierte sich die Bundesregierung allmählich vom OdR. 1999 erließ **Rudolf Scharping** (SPD) ein Kontaktverbot zur OdR. Vermutlich war es angesichts der Auslandseinsätze angesagt, eine derartige Nähe zu meiden. Trotzdem verfügt der OdR bis heute über hochkarätige Unterstützer. Beim Jahrestreffen 2003 fühlte sich zum Beispiel **Edmund Stoiber** veranlasst, den Ritterkreuzträgern "Respekt und [...] Verbundenheit auszudrücken". Und auch die SPD glänzt nicht gerade mit einheitlicher Abgrenzung: Nur mit großer Anstrengung schaffte es die Partei, den Hamelner Landrat **Karl Heißmeyer** davon abzuhalten, ein lobhudelndes Grußwort beim OdR-Jubiläum zu sprechen. All das gewährt einen tiefen Einblick in ein deutsches Traditionsverständnis, das es seit 50 Jahren schafft, den militärischen Einsatz z.B. der Wehrmacht von der Ideologie und Praxis des Nationalsozialismus zu trennen.

Die "Ordensgemeinschaft"

1955 fanden sich Träger des Ritterkreuzes zusammen und gründeten die "Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger des Eisernen Kreuzes" um "die Tradition des Ordens Ritterkreuz aufrecht [zu] erhalten". Neben den Vollmitgliedern erster Klasse, also den Ordensträgern selbst, ist auch für Nicht-Ordensträger eine Mitgliedschaft möglich, wenn sich diese im Sinne des Vereins engagieren. Darüber hinaus sieht die Satzung für Ehefrauen und Kinder verstorbener Ordensträger eine Nachfolgemitgliedschaft vor. Des Weiteren heißt es: "Personen, die nicht Träger des Ritterkreuzes des Eisernen Kreuzes sind, aber die Gemeinschaft uneigennützig bei der Erfüllung ihrer satzungsmäßigen Teile ideell und materiell unterstützen wollen, können fördernde Mitglieder werden." Gerade unter den fördernden Mitgliedern finden sich auch viele jüngere Personen.

Für alle gilt: "Die Mitgliedschaft setzt in jedem Falle voraus, dass Charakter und sittliche Haltung ohne Tadel sind." Dieses scheint man auch bei ehemaligen SS-Mitgliedern, die bis heute in dem Orden Funktionen besetzen, ohne Ausnahme anzunehmen.

Ritterkreuzträger Hajo Herrmann gibt Autogramme...

OdR NRW

Auch in Nordrhein-Westfalen ist die als gemeinnützige anerkannte "Ordensgemeinschaft" vertreten, schon die Gründung 1955 erfolgte in Köln-Wahn. Zu den Aktivisten der ersten Stunde gehört **Heinz Harmel**, SS-Brigadeführer und Generalmajor der Waffen-SS. Harmel, dem als 296. Soldat das "Eichenlaub zum Ritterkreuz" verliehen wurde, war nicht nur am Aufbau der OdR beteiligt, sondern auch Gründungsinitiator des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen des SS-Traditionsverbandes "Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit – Bundesverband der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS" (HIAG).

Lange Zeit kamen führende Funktionäre der OdR aus NRW, zum Beispiel der ehemalige Vorstandsvorsitzende **Wolfram Kertz** aus Lohmar.

Das Mitgliederverzeichnis des Jahres 1998 weist für NRW 72 Ritterkreuzträger, 18 Vollmitglieder Nachfolge, also "Gesinnungsmitglieder", 21 Nachfolgemitglieder für gefallene oder verstorbene Mitglieder und 6 Fördermitglieder aus.

Für NRW existiert die "Landesgruppe Nordrhein-Westfalen" unter Führung von **Bruno Kahl** aus Köln. Daneben existieren lokale "Sektionen", wie die "Sektion Bonn" unter Leitung von **Hans Klaus** aus Meckenheim, die "Sektion Köln", welche von **Erwin Kressmann** aus Siegburg geleitet wird, die "Sektion Niederrhein" unter **Heinrich Oelker** aus Duisburg und die "Sektion Ost-Westfalen/Lippe", die laut Mitgliederverzeichnis der "SS-Ostuf." **Karl-Heinz Lichte** aus Bielefeld führt.

Dass die Zeiten des OdR nicht vorbei sind, zeigt auch die Gründung der "Sektion Ruhrgebiet" Anfang März 2002. Von den 22 Anwesenden waren nur noch drei Ordensträger.

Aufmerksamkeit sollte also auch den teils sehr jungen OdR-Mitgliedern geschenkt werden, wie dem 1966 geborenen Oberleutnant (Bw) **Christoph Schulz** (Hennef) oder dem 1978 geborenem **Maximilian Thomasius** aus Vlotho, den das Mitgliederverzeichnis ebenfalls als Soldat ausweist. Vor allem dieser Nachwuchs mit militärischem Hintergrund wird es sein, der im Kampf um "Traditionspflege" und Entkopplung von den Verbrechen des Nationalsozialismus aktiv bleiben könnte.

Von Stefan Kowal

Trachtengruppe unter Waffen?

Razzia bei neonazistischer "Re-Enactment-Gruppe"

Als am 27. November 2004 diverse Gebäude, u.a. in Bielefeld und Bad Oeynhausen, durchsucht wurden, war den Behörden offenbar nicht wirklich klar, ob sich ihre Aktion gegen eine etwas obskure Trachtengruppe oder eine Wehrsportgruppe richtete. Ziel war der "Europäische Darstellungsverein für lebendige Geschichte" (EDLG), der seit 1995 aktiv ist und sich als so genannte Re-Enactment-Gruppe zum Ziel gesetzt hat, die "SS-Leibstandarte Adolf Hitler" wieder zum Leben zu erwecken. Gefunden wurden zwei Maschinengewehre, mehrere Pistolen, Munition und Sprengstoff, teils Waffen, die unter das Kriegswaffenkontrollgesetz fallen, teils Softair-Waffen.

Der "Kompaniechef"

Dass es sich bei dem Verein nicht um eine unpolitische Laienspielgruppe handelt, zeigt ein Blick auf die Biographie des "Kompaniechefs" der zirka 90 Personen starken Truppe, den selbst ernannten "SS-Hauptsturmführer" **Peter Schulz** aus Bad Oeynhausen. Schon 1992 stellte die Polizei bei dem damaligen Herforder Kreisvorsitzenden der "Republikaner" Waffen sicher. Mindestens seit Ende 1992 war Schulz an Wehrsportübungen beteiligt gewesen. Laut "Der Spiegel" baute er damals für die NSDAP-AO die Wehrsportgruppe "Heimatschutzkorps Ostwestfalen-Lippe" auf. Er agierte im Umfeld der "Nationalistischen Front" von **Meinolf Schönborn**. Am 28. September 1995 wurden bei Wehrsportgruppenmitgliedern NS-Material und Waffen beschlagnahmt. Der VS-NRW schrieb in seinem Jahresbericht 1995 über das "Heimatschutzkorps": "Ihre Aktivitäten waren bereits vor der Polizeiaktion eingestellt worden, die Mitglieder waren seit langem bekannt." Der VS musste es eigentlich wissen, war Schulz doch seit Jahren in seinen Diensten. Als der VS-NRW aber verkündete, dass Schulz als "Mitglied" der Wehrsportgruppe Informationen über die Gruppe geliefert hätte, verschwieg er dessen leitende Funktion. 1996 wurde Schulz dann nach VS-Angaben wegen Unzuverlässigkeit "abgeschaltet".

"Re-Enactment" der "Leibstandarte"

Unter "Re-Enactment" versteht man das möglichst detailgetreue Nachspielen von historischen Ereignissen. Die meisten dieser Gruppen beschäftigen sich mit der Vorzeit oder dem Mittelalter, einige jedoch auch mit der jüngeren Geschichte. "Mit meiner Unterschrift erkläre ich ausdrücklich keine politischen Aktivitäten im Namen des Vereins oder im Rahmen der Veranstaltungen anzustreben oder durchzuführen", heißt es in der Beitrittserklärung des Vereins. Ein Blick in die nach dem Vorbild der Zeitschrift der "Leibstandarte Adolf Hitler" geschaffene Vereinszeitung "Signal" belegt das Gegenteil. Die "unpolitische" Fassade versuchte der Verein jedoch unbedingt zu halten. Auf Kritik am Agieren der Truppe heißt es in der Vereinszeitung: "Von nun an, wird jeder mit einer Klage rechnen müssen, der uns als Kollektiv oder den einzelnen als etwas bezeichnet, was er nicht ist." Angeblich stellte das VS-Bundesamt Schulz sogar eine Bescheinigung aus, dass über diesen keine Daten vorlägen, die "auf Neonaziaktivitäten schließen lassen". Beteuerungen, die offenbar beim deutschen Zoll, der die Waffen des Vereins über die Grenze ins Übungsgebiet in die Tschechische Republik transportieren ließ, und vor allem bei den Veranstaltern in Vranov bei Brno, wo die makabren Spektakel stattfanden, geglaubt wurden. In einem "Spiegel-TV"-Beitrag bezeichnete der Bürgermeister des Ortes die deutschen Teilnehmer als "diszipliniert" und "ordentlich". Die Darstellungen des Kampfes der Waffen-SS gegen den "Bolschewismus" mit Panzern, Truppentransporter und Waffen entwickelten sich zu einer Touristenattraktion, an der zeitweise mehrere Tausend Zuschauer teilnahmen.

Kein Trachtenverein

Dass es sich beim EDLG mitnichten um einen Trachtenverein handelt, zeigt ein Nachruf in der Zeitschrift "Der Freiwillige" vom August 2004. Bei dieser Postille handelt es sich um das ehemalige Verbandsorgan der "Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit, Bundesverband der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS e.V." (*vgl. LOTTA Nr. 10, S. 21*). In dem Nachruf bezeichnete der Vorstand des Vereins den SS-Brigadeführer und Generalmajor der Waffen-SS **Otto Kumm** als "Vorbild unserer Jugend". "In Dankbarkeit für seine Dienste gegenüber unserem Volke, verneigen und grüßen wir noch einmal einen großen Sohn unseres Volkes", heißt es weiter.

"Nur" 30 der Vereinsmitglieder hätten diesen als Deckmantel benutzt und seien Neonazis gewesen, erklärte die Polizei nach den Durchsuchungen. Zwar ließ NRW-Innenminister **Fritz Behrens** erklären, SS-Uniformen seien "kein Spielzeug für Erwachsene! Wer dies tut, identifiziert sich mit der auf Hitler persönlich vereidigten Elite-Truppe", wie ernst die Gruppe aber tatsächlich genommen werden, wird sich erst bei der Gerichtsverhandlung zeigen. 1995 folgte auf die Zerschlagung des "Heimatschutzkorps Ostwestfalen-Lippe" lediglich niedrige Strafen wegen Verstoßes gegen das Versammlungsverbot, die politische Dimension blieb ausgeklammert.

Von Stefan Kowal

Zeitsprung ins Völkische

Das zehnte "Burgfest"

Als die zirka 100 Personen durch das Burgtor spazierten, fühlt man sich in die 20er Jahre des vorigen Jahrhunderts versetzt - die Frauen mit langen Röcken, viele Männer mit 3/4 langen Knickerbocker-Hosen. Raue Filzstoffe und Leder sind zu sehen, Uniformhemden, dazu so genannte Jungenschaftsjacken, ein typisches Bekleidungsstück der "Bündischen Jugend" und des "Wandervogels". Die Aufnäher auf der Kleidung der Spaziergänger, von denen einige eine Gitarre auf dem Rücken tragen, weisen sie als Mitglieder verschiedener Gruppen, so genannter Bünde aus der extremen Rechten, aus.

Es ist das zehnte "Burgfest", das auf jährlich wechselnden Burgen stattfindet, dieses Mal vom 23. bis zum 25. Oktober in der Jugendherberge Wewelsburg bei Paderborn. Die Burg hat eine besondere Geschichte: 1934 wurde sie vom "Reichsführer SS" **Heinrich Himmler** als "Reichsführerschule SS" ausgewählt und von Zwangsarbeitern umgebaut.

"Bündische Jugend"

Die "Bündische Jugend" entstand nach dem Ersten Weltkrieg aus dem "Wandervogel". Es waren Jugendliche, die der Enge der bürgerlichen Gesellschaft entkommen wollten und Wanderungen in der Natur vorzogen. Ein kleiner Teil entstammte der Arbeiterbewegung, der größere war ideologisch der völkischen Bewegung zuzurechnen. Kameradschaft und Männerbund gehören neben der Abgrenzung von der Erwachsenenwelt zu den wichtigen Charakteristika der Bündischen. Dass die Nazis die "Bündische Jugend" verboten haben und diese zum Großteil in den Widerstand ging, ist ein Mythos: Viele Gruppen mussten nicht gleichgeschaltet werden, da sie Inhalt und Praxis mit der "Hitler-Jugend" (HJ) teilten.

Nach 1945 entstanden einige rechte Jugendorganisationen, die sich in die bündische Tradition stellten. Dazu gehört der 1958 in Franken gegründete "Bund Heimattreuer Jugend" (BHJ), der sich damals noch an der HJ orientierte. Zunächst wurden die Strukturen ausgebaut und der "BHJ" 1960 auch als bundesweite Organisation gegründet. Dennoch zerfiel der Bund aufgrund innerer Streitigkeiten und staatlicher Repression. 1962 schlossen sich die verbliebenen Gruppen zum neuen BHJ e.V. zusammen.

1988 beschloss eine Mehrheitsfraktion um "Bundesführer" **Henning Otto** die Umbenennung in "BHJ - Der Freibund e.V". Der Flügel um Otto forderte die Reformierung des Bundes, eine verstärkte Bezugnahme auf bündische Traditionen und ein gemäßigteres Auftreten in der Öffentlichkeit. Als Symbol wählte man statt der Odalsrune die aufgehende Sonne auf schwarzer Fahne. Trotzdem hielt der Bund an zentralen völkischen Positionen fest. Eng verbunden war der "Freibund" mit der "Deutschen Hochschulgilde", einer extrem elitären Burschenschaft, der eine Reihe heute führender Köpfe der intellektuellen Rechten entstammt.

Erhaltung "Deutscher Kultur"

Aus "Freibund" und "Deutscher Hochschulgilde" kommen auch diejenigen Personen, die das "Burgfest" organisierten und ein Großteil der Besucher. Die Domain der Website des "Burgfestes" ist auf den Aachener **Hagen Schmoeller** registriert. Schmoeller war in den 80er Jahren Geschäftsführer des "Freibundes". Für die Anmeldung des Treffens war **Katrin Erichsen** zuständig, welche vor einiger Zeit noch Ansprechperson der Kieler Hochschulgilde "Theodor Storm" war. Für praktische Fragen stand das Telefon von **Jens Stöckmann** aus Minden zur Verfügung.

Auch wenn ein Großteil der Teilnehmer aus den verschiedenen "Leitstellen" des "Freibundes" kam, vor allem aus Berlin, waren noch andere Bünde vertreten, beispielsweise die "Heimattreue Deutsche Jugend" (HDJ). Beim HDJ handelt es sich um eine NPD-nahe, extrem rechte Jugendorganisation mit stark militaristischem Einschlag. Aus Frankreich waren Mitglieder von "Jeune Français" angereist.

Das offizielle Programm des "Burgfestes" spiegelte die kulturelle Orientierung dieses Milieus wieder. "Eröffnungstanzen", "Singerunde", Arbeitsgruppen zu den Themenbereichen "Instrumentalkreis, Chor, Laienspiel und Volkstanz" standen auf dem Programm. Der Festvortrag beschäftigte sich mit dem Thema "Ritterethos und Mittelalterromantik in der Jugendbewegung". Daneben wurde ausgiebig gewandert.

Wenn auch der Geist der Teilnehmer jener der Ewiggestrigen war, so lag das Alter der Anwesenden zwischen 16 und 40 Jahren, auch einige "junge Familien" waren anwesend. Mag dieser Personenkreis auf den ersten Blick weltfern und versponnen wirken, so wird in diesen Gruppen doch der Kern rechter Ideologie gepflegt. Hier geht es nicht darum, die nationalsozialistische Kampfgemeinschaft zu schmieden, sondern die kulturelle Substanz dessen, was als "Deutsche Kultur" definiert wird, zu pflegen und zu bewahren. Dass die Akteure und Gruppen dabei der Hauch der 20er Jahre umgibt, ist nur folgerichtig, denn aus dieser völkisch-nationalistischen Zeit entlehnen sie ihre Ideen.

Von Pierre Briegert

"...schönste Nächte aus Kristall"

Ausgerechnet den Jahrestag der Reichspogromnacht hatten sich Neonazis aus NRW am 9. November ausgewählt, um auf die Straße zu gehen.

In Leverkusen meldete **Axel Reitz**, "Gausekretär Rheinland" des "Kampfbundes Deutscher Sozialisten" (KDS) einen Fackelzug unter dem Motto "Gegen einseitige Vergangenheitsbewältigung" an, der sich gegen die antifaschistische Gedenkdemonstration vor Ort richtete. In Essen war es die "Kameradschaft Josef Terboven" um **Phillip Hasselbach**, die eine Kundgebung "mit Fackeln unter dem Motto 'Macht kaputt was Euch kaputt macht! Europa erwache!' vor der alten Synagoge" plante. Im Gegensatz zu den rheinischen "Kameraden", die sich in ihren Aufrufen zur Vermeidung eines Verbotes bewusst wortkarg gaben, gab Hasselbach Gas. "Wir haben als nationale und sozialistische Bewegung in Deutschland endgültig die Schnauze voll von der immer weiter zunehmenden Einflussnahme der jüdischen Rasse …", goebbelste er und fing sich eine Strafanzeige ein. Das Verbot der Demonstration folgte, Widerspruch hiergegen wurde nicht eingelegt.

In Bochum untersagten Polizei und Verwaltungsgericht Gelsenkirchen eine Veranstaltung der NPD Wattenscheid unter dem Motto "Gegen einseitige Gedenkfeiern! - Wir gedenken dem 09.11.1989 (Fall der Berliner Mauer) und unseren Toten". Erinnert werden sollte an die "eigenen Freudentage und seine Toten". Schließlich seien am 9.11.1923 "16 Männer im staatlichen Kugelhagel für ihre Überzeugung" gestorben.

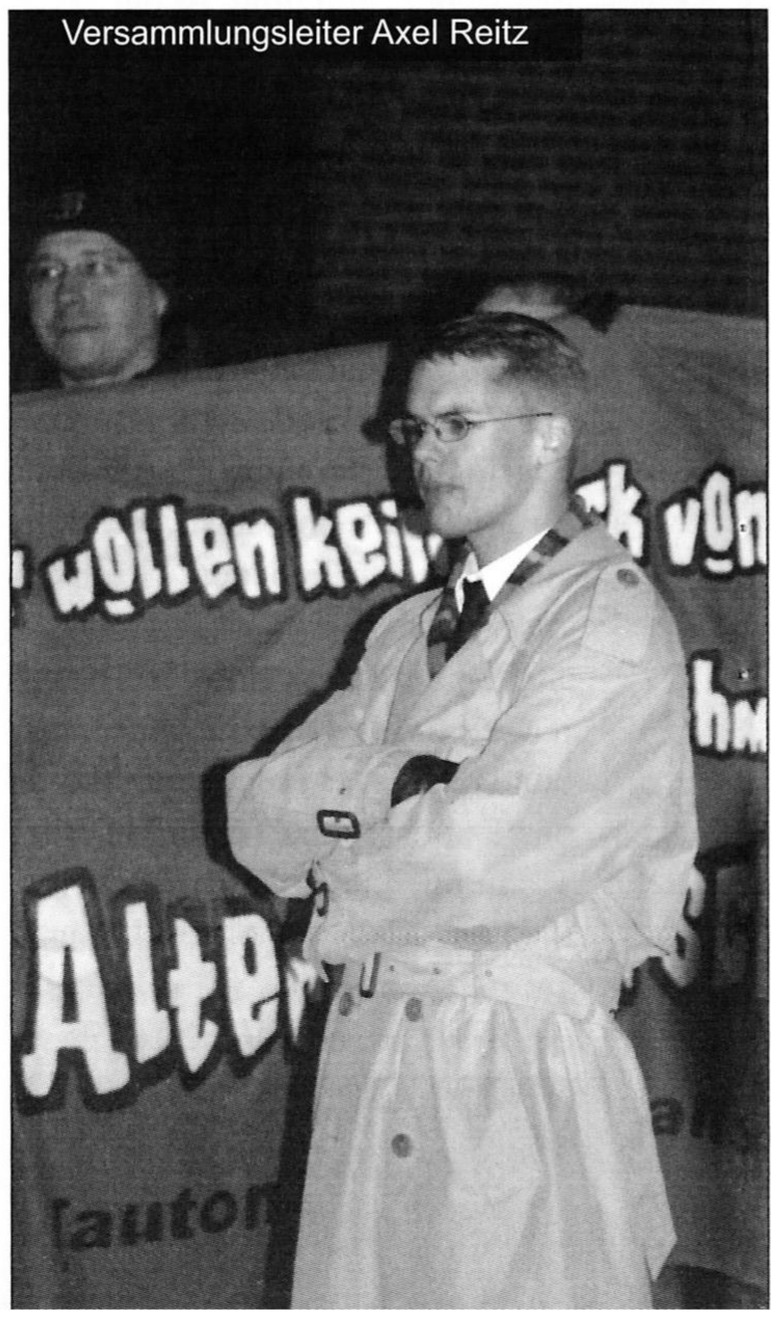
Auch in Leverkusen hatte der Polizeipräsident ein Verbot verfügt, dieses wurde aber vom Verwaltungsgericht Köln kassiert. Das VG Köln griff die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes auf, nach der "ein Demonstrationsverbot nur dann möglich" sei, "wenn die öffentliche Sicherheit oder Ordnung bei Durchführung der Demonstration unmittelbar (konkret) gefährdet" sei. "Rechtsextreme Gesinnung" sei "kein hinreichender Grund für ein Verbot". Die Polizei akzeptierte diese Entscheidung, verhängte ein Fackelverbot und verlegte den Aufmarsch um einige Kilometer. Letztendlich fanden sich aber nur rund 80 Neonazis ein, die von der Polizei vor zirka 300 Gegendemonstranten geschützt werden mussten. Dennoch kam es immer wieder zu Behinderungen des Aufmarsches.

Strukturen und Ablauf

Die Federführung beim Aufmarsch lag bei Reitz sowie beim "Leverkusener Aufbruch", einer "Freien Kameradschaft", die sich letztes Jahr mit anderen NRW-Neonazi-Gruppen im "Aktionsbüro Westdeutschland" (AB-West) zusammengeschlossen hat. Aus den "AB-West"-Gruppen, den "Kameradschaften" aus Dortmund, Hamm, Köln sowie dem regionalen KDS und den "Autonomen Nationalisten" aus dem Ruhrgebiet und aus Wuppertal/Mettmann setzten sich auch hauptsächlich die Demoteilnehmer zusammen. Aber auch regionale NPDler vom für Leverkusen zuständigen NPD-Kreisverband Mettmann ließen sich blicken. Als Redner traten neben Reitz die Kölner **Paul Breuer** und **Peter Faethe** sowie ein "Matthias N. (freier Aktivist, Leverkusen)" auf. Bei "N." dürfte es sich um **Matthias Nagelschmidt** handeln, der auch für Propagandamaterial des "Leverkusener Aufbruches" verantwortlich zeichnet. Der Schwerpunkt ihrer Reden lag bei den "gefallenen Helden" des 1923 gescheiterten Hitler-Putsches (*vgl. S. 59*). Einige Teilnehmer bezogen sich in Parolen aber auch positiv auf die Reichspogromnacht und brachten damit das zu Ende, was einer ihrer "Kameraden" zuvor ins Internet gesetzt hatte: "...die schönsten nächte überall - sind doch die nächte aus ********!" Die Polizei ließ die Rufer gewähren. Reitz bedankte sich mit der Ankündigung einer weiteren Demonstration am 18. Dezember, von der allerdings später nie wieder die Rede war. Stattdessen wurde für den 29. Januar ein Aufmarsch gegen "Intoleranz und staatliche Repression" angemeldet. Unklar ist, ob seitens der zuständigen Staatsanwaltschaft ein Strafverfahren gegen die Parolenschreier vom 9.11. eröffnet wird. Nach einer Strafanzeige der "Coordination gegen BAYER-Gefahren" ist der Vorfall aktenkundig.

Ausblick

Unklar bleibt, warum nur wenige Neonazis dem Ruf nach Leverkusen gefolgt sind. Gründe gäbe es viele: die vielen Aufmärsche in den letzten Monaten, die kurzfristige und eventuell unerwartete gerichtliche Genehmigung und einige mehr.
Dennoch ist zu befürchten, dass der 9. November zu einem regelmäßigen Aufmarschtermin werden könnte und dass beim nächsten Mal deutlich mehr Neonazis teilnehmen, die mit richterlicher Genehmigung offen dem Nationalsozialismus huldigen dürfen.


Versammlungsleiter Axel Reitz

RechtsRock-Splitter

Völkische Solidarität

"Die Menschen werden durch Gesinnung geeint und durch Meinungen getrennt", lautet die eindeutige Absage an Demokratie und Meinungsfreiheit auf dem jüngst erschienenen "**Solidarität**"-Sampler. Auf dem für 5 Euro vertriebenen Sampler befinden sich 20 Lieder deutscher und internationaler RechtsRock-Größen wie "**Race War**", "**Endlöser**", "**Mistreat**" und "**No Remorse**". NRW ist auf der Gemeinschaftsproduktion der sächsischen Label "**Front-Records**" und "**PC-Records**" durch die Mönchengladbacher One-Man-Formation "**Division Germania**" von **Andreas Koroschetz** (*siehe S. 26*) vertreten. Mit dem Lied "Fighting the World" möchte die Band "zur Unterstützung von verschiedenen nationalen Projekten" beitragen.

"Tribute to Freikorps"

Unter diesem Titel wird seit einigen Wochen eine Gemeinschaftsproduktion aus dem Haus "PC-Records" vertrieben. Die Band "Freikorps" wurde schon Anfang der 90er Jahre unter Beteiligung von **Kai Stüwe** und **Jens Klapmeier** gegründet. Mit ihren ca. 20 CDs, die teilweise indiziert wurden, gehört sie heute zu den Kultgruppen der RechtsRock-Szene. Erstellt wurde dieser "Tribute" von "Marko/Sleipnir", "Andi/Div. Germania" und "Jones/Macht und Ehre", also von **Marco Laszcz**, **Andreas Koroschetz** und **Stephan Jones.**

"Hass schürender Lärm"

Die Zusammenarbeit von **Andreas Koroschetz** und **Stephan Jones** scheint sich zu etablieren. Kürzlich erschien bei "PC-Records" erneut eine Split-CD ihrer Combos "**Division Germania**" und "**Macht & Ehre**". Titel: "Hass schürender Lärm". Nicht unbedingt zur Begeisterung aller RechtsRock-Fans: "Was schon wieder eine neue Scheibe? [...] wieviel split-Cds mit dem M&E folgen noch ..... echt peinlich", schreibt ein "**Jodl**" aus Ostwestfalen im "**Nationalen Musik Forum**" der Band "**Oidoxie**".

Doppelte "Verstärkung"

Gleich zwei Debüt-CDs einer Band "**Verstärkung**" werden seit einiger Zeit beim "**Rock Nord**"-Versand angeboten. "Klingt mehr als verdächtig nach einer bekannten und verfolgten Berliner Band" ist auf der Website des Versandes zu lesen. Die dort als "junge Düsseldorfer Band aus dem Untergrund" vorgestellte Formation hat jedoch mit "Landser" nichts zu tun. Auftritte der Band sind bisher nicht bekannt geworden. Die Aufmachung der im Doppelpack angebotenen CDs "**Stiefelhagel**" und "**Wie ein Traum**" ähnelt den Produkten aus dem ehemaligen Hause **Torsten Lemmer**s. Nach einer Labelangabe sucht man vergebens. All das erinnert auch an das Erscheinen der "Rock Nord"-CDs "**Deutschlands Helden**" und "**Märtyrer**" von "**Thommy Kuhn**" sowie "**Schütze dein Land**" und "**Für Volk und Vaterland**" von "**Steiner**". Diese erschienen jeweils im Pack, die Bands bzw. Liedermacher traten ansonsten nicht in Erscheinung. "Rock Nord" übt sich derweil einmal mehr im Werfen von Nebelkerzen und Propaganda.

"Diskussions- und Kulturabend" mit "Oidoxie" in Sachsen

Für den 27. November hatten die "**Jungen Nationaldemokraten**" (JN) zu einem "Diskussions- und Kulturabend" in die Diskothek "**Wodan**" in Mücka/Sachsen eingeladen, auf deren Gelände schon das "**Deutsche Stimme Pressefest**" stattfand. Unter dem Motto: "Pogo für Deutschland - wir lassen uns das Tanzen und Singen nicht verbieten" stand der JN-Bundesvorstand für Diskussionen zur Verfügung. **Sascha Wagner**, **Stefan Rochow** und **Thorsten Heise** hielten Ansprachen. Das "Diskussionsangebot" spielte aber kaum eine Rolle. Den von weit her angereisten Teilnehmern ging es vor allem um die Auftritte von "**Oidoxie**", "**Gegenschlag**" und dem ehemaligen "Landser"-Sänger **Michael Regner**, alias "**Lunikoff**". Vor allem letzterer brachte die zirka 1.000 Besucher in Stimmung. Der Livemitschnitt des Auftritts ist inzwischen als CD erschienen. Die Veranstaltung muss als Erfolg der NPD und der Strategie, Politik und (Jugend)-Kultur zu verbinden, gewertet werden. Die JN/NPD organisierte den legalen Rahmen, Bands wie "Oidoxie" nutzen ihn – und die Leute kamen. "Gute Organisation, tolle Stimmung, klasse Konzert", fasst einer der Besucher in einem Internetforum zusammen. Schon am 10. Dezember 2004 fand der zweite Teil der "Diskussionsveranstaltung" statt, weitere sind angekündigt.

"Weisse Wölfe" trinken wieder

Am 11. Dezember 2004 veranstaltete die belgische "Blood&Honour-Sektion Flanders" ein Großkonzert mit den Bands "**Kraftschlag**" (BRD), "**Razors Edge**" (England), "**Chingford Attack**" (England), "**Weisse Wölfe**" (BRD) und "**Race War**" (BRD) nahe Antwerpen. Das Konzert, zu dem ca. 1.500 Teilnehmer erschienen, war das erste der "Weissen Wölfe" nach der Haftentlassung ihres Frontmannes **Stjepan Jus**. Er und seine Mannen durften auch als erste Band auf die Bühne. Offenbar mit ihrem Einverständnis wurde der Auftritt von einem Mitglied von NS88 gefilmt. Da viele der

"Seemann88" (mit Tattoos)

"Kameraden" aber aufgrund der in letzter Zeit mehrfach im Fernsehen gesendeten Innenaufnahmen von Konzerten sehr nervös und sensibel waren, kam es zu einer Schlägerei, als das Publikum sich durch Kameraleute belästigt fühlte, dabei wurde die Kamera zerstört. Auch ansonsten kam die Sauerländer Band beim Publikum nicht so gut an. "Der Sänger war schon so dermaßen voll, dass er nicht mal mehr alle Texte auf die Reihe bekommen hat", beschwerte sich ein Konzertbesucher im Internet. "Vielleicht hätte der Sänger der Weissen Wölfe eben von diesem [dem Alkohol] etwas die Finger lassen sollen, denn dann wäre der Auftritt nicht so in die Hose gegangen." Jus versprach für 2005 neue Auftritte und Besserung. Unklar erscheint nach wie vor, ob und wann ein Gerichtsverfahren wegen Volksverhetzung gegen die "Wölfe" eröffnet wird. "**Oidoxie**"-Bassist **Dennis Linsenbarth** aus Werne jedenfalls scheint keinerlei Probleme damit zu haben, sich als Mitglied und Ansprechpartner der "Wölfe" zu bekennen. Als die Band kürzlich in einem Internet-Forum gefragt wurde, ob sie "im Jahre 2005 auch mal ins Wunderschöne Westsachsen kommen" würde, antwortete Linsenbarth: "warum nicht! aber erst ab mitte des jahre stehn wir wieder auf der bühne."

Einer der auf dem internen Ankündigungsflyer ausgewiesenen Ansprechpartner für das belgische "Blood & Honour"-Konzert war übrigens ein deutscher "Kamerad", der unter "seemann88" firmierte. Dieser ist auch häufig auf neonazistischen Aufmärschen und bei "Anti-Antifa"-Aktivitäten anzutreffen, hauptsächlich im Dortmunder Raum und dürfte dem Umfeld der Band "Oidoxie" angehören.

Rechte Konzerte in Recklinghausen und Bottrop aufgelöst

Ins Wasser gefallen sind Ende 2004 zwei RechtsRock-Konzerte in Recklinghausen und Bottrop. Antifaschistische Gruppen erfuhren rechtzeitig von der Planung eines Konzertes mit den Bands "**Kategorie C**", "**Confident of Victory**", "**Berserker**" und "**Outlaw**" am 13. November in Recklinghausen-Suderwich und informierten die Öffentlichkeit und den Vermieter der Halle. Offenbar war eine verspätete Geburtstagsparty von **Siegfried Borchardt** geplant gewesen. Polizei und Repräsentanten der Stadt schalteten sich ein. Gerade eben erst hatte das Konzert begonnen, da war es auch schon wieder zu Ende. Der sich getäuscht fühlende Vermieter kündigte telefonisch den Mietvertrag, eine Einsatzhundertschaft der Polizei bat daraufhin die bis zu diesem Zeitpunkt angereisten 200 Partygäste zum Ausgang. Den Rauswurf konnte auch der vor Ort weilende Rechtsanwalt der Konzertveranstalter, **André Picker** aus Dortmund, nicht verhindern.

Auch am 4. Dezember kamen die Neonazis nicht auf ihre Kosten. Nach Eigenangaben sollte in Bottrop ein Konzert mit den Bands ""**Bloodrevenge**", "**Blutstahl**", "**Abolition**", "**White Blizzard**" sowie "**Cherusker**" stattfinden. "Ca. 150 KameradInnen unterschiedlichsten Publikums" hätten sich eingefunden. Andere Quellen sprechen von etwa 70 Gästen. Aber eine Stunde später bereits habe der Vermieter der Gaststätte auf Druck der Polizei den Mietvertrag gekündigt und die Veranstaltung sei aufgelöst worden. Dabei habe es einige Verletzte in den eigenen Reihen sowie mehrere Festnahmen gegeben.

Anzeige

Antifaschistisches Blatt
info

Ist sozialer Protest jetzt rechts?

Antworten auf diese und viele andere Fragen zu Antifaschismus und Entwicklungen bei der extremen Rechten erhältst du im Antifaschistischen Infoblatt.

Kostenloses Probeexemplar bestellen:
Antifaschistisches Info Blatt
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin
aib@mail.nadir.org
www.nadir.org/aib

Fakten - Hintergründe - Zusammenhänge

Aufmarsch-Splitter

"Heldengedenkmarsch" in Erkelenz

6. November, Erkelenz: "Tod, doch unvergessen": Im feinsten Pisa-Deutsch kündigte im Oktober des Vorjahres eine "Offensive Grenzland" (*siehe S. 24-26*) für den 6. November einen "Heldengedenkmarsch" im südwestlich von Mönchengladbach gelegenen Erkelenz an. Motto: "Ruhm und Ehre den deutschen Soldaten". Als presserechtlich Verantwortlicher und Anmelder zeichnete der Erkelenzer **Andreas Mertens**, der im September 2004 für die NPD zum Kreistag Heinsberg kandidiert hatte. Zirka 100 "Kameraden" folgten seinem Ruf und nahmen an der obligatorischen Kranzabwurfzeremonie teil. Die allermeisten Teilnehmer kamen aus dem Einzugsbereich der NPD Mönchengladbach/Heinsberg und aus den Regionen Aachen und Ruhrgebiet. Als Redner traten neben dem Versammlungsleiter der Bonner **Hans-Robert Klug** und **René Laube** von der "Kameradschaft Aachener Land" in Erscheinung. "Die Demo war ein voller Ervolk für unsere Region", freuten sich am Tag danach die Neonazis im Internet-Forum des "Freien Widerstands".

6. November, Herne (abgesagt): Eine für den 6. November angekündigte Kundgebung gegen die "Agenda 2010" in Herne fand nicht statt. Die "Kameradschaft Herne" um **Stefan Braun** und die "Aktionsfront Westfalen" hatten die Aktion "ohne Angaben von Gründen", so die WAZ, in einer Mitteilung an das Polizeipräsidium abgesagt. Im Internet begründeten die "Kameraden" ihr Vorgehen mit "dämlichen Ersatzplatz-Angeboten der Polizei", die den Neonazis wohl aufgrund einer angekündigten Gegendemonstration unterbreitet worden waren, und "der Vielzahl der stattfindenden Demos & Veranstaltungen an diesem Wochenende".
Kurz darauf kündigte die "Kameradschaft Herne" im Internet für Dezember eine Ersatzkundgebung an. Obwohl von den "Kameraden" mehrmals konkrete Termine genannt wurden, fanden keine weiteren Aktionen mehr statt. Die "Kameradschaft" vertröstet nun auf den Januar.

8. November, Dortmund: Zirka 70 Neonazis demonstrierten am Abend es 8. November in Dortmund-Eving gegen eine Informationsveranstaltung des Dortmunder "Bündnis gegen Rechts" Als Redner durften einmal mehr **Axel Reitz** und **Sascha Krolzig** ans Mikro. "Jede antifaschistische Veranstaltung, egal ob es sich um eine Informationsveranstaltung, oder um eine Demonstration handelt, zieht Konsequenzen mit sich", verkündeten die "Autonomen Nationalisten östliches Ruhrgebiet" um **Dennis Giemsch** später vollmundig im Internet.

9. November: Leverkusen, Essen (verboten), Bochum (verboten): 70 Neonazis marschierten am Jahrestag der Reichspogromnacht und des gescheiterten Hitlerputsches "Gegen einseitige Vergangenheitsbewältigung" in Leverkusen (ausführlicher Bericht siehe S. 42). Weitere Veranstaltungen in Essen und Bochum blieben verboten.

13. November, Recklinghausen (spontan): Zu einer kurzen Spontandemo kam es am Abend des 13. November in Recklinghausen-Suderwich, als nach antifaschistischer Öffentlichkeitsarbeit ein RechtsRock-Konzert von der Polizei und dem Hallenvermieter unterbunden worden war (*siehe S. 44*). Zirka 60 Neonazis nahmen daran teil.

20. November, Marienfels/Nastätten (Rheinland/Pfalz): Den "Wiederaufbau des Denkmals des I. SS-Panzerkorps" in Marienfels forderten zirka 200 Neonazis, die meisten aus NRW, Hessen und Rheinland-Pfalz, am 20. November im NRW-nahen Nastätten (Rheinland-Pfalz). Unbekannte hatten Ende April 2004 das "Ehrenmal" für die Waffen-SS kurzerhand umgestürzt. Einmal mehr spielten bei der Organisation und Durchführung des Aufmarsches nordrhein-westfälische Neonazis eine wichtige Rolle. Anmelder war der ehemalige Bonner NPD-Kreisvorsitzende **Hans-Robert Klug**, der neben **Ralph Tegethoff** und **Christian Malcoci** auch zu den Hauptorganisatoren gehörte. Als Redner traten neben Klug und Tegethoff u.a. noch **Daniela Wegener**, der stellvertretende NPD-Landesvorsitzende NRW **Claus Cremer** sowie die Altnazis **Otto Riehs** und **Reinhard Leidenfrost** in Erscheinung. Unter den Teilnehmern waren auch die NPD-Kreisverbände Wattenscheid und Mönchengladbach, die "Kameradschaft Dortmund", der "Leverkusener Aufbruch", die "Kameradschaft Aachener Land", Siegener und Sauerländer "Kameraden" sowie nordrhein-westfälische KDS-Gruppen und niederländische Neonazis zu finden.

26. November, Dortmund (spontan): Etwa 20 Neonazis hatten sich am 26. November gegenüber des Dortmunder Hauptbahnhofes ohne Anmeldung unter dem Motto "Freiheit für alle politischen Gefangenen - Drinnen und Draußen eine Front" versammelt, um gegen die Festnahme ihres "Kameraden" **Michael Krick** zu protestieren. Krick weilt seit Jahren in den Niederlanden und wurde wenige Tage zuvor in Haft genommen, mit der Option einer Abschiebung nach Deutschland aufgrund dort zu verbüssender Freiheitsstrafen. "Ca. 15 Minuten nach Beginn unserer Aktion kamen die ersten Uniformierten an", berichteten die "Kameraden" später im Internet. "Zu unserem Erstaunen hatten die Bullen bereits ein Formular zur Anmeldung und einen Auflagenbescheid für die Spontanaktion dabei. So wurde die Aktion dann durch einen Kameraden für eine Stunde angemeldet." Doch das weitere Verteilen der Flugblätter gestaltete sich schwierig: Antifaschisten beschlagnahmten spontan einen Teil des Propagandamaterials. Krick ist übrigens zwischenzeitlich wieder auf freiem Fuß und nach wie vor in den Niederlanden.

Neonazidemonstration am 27. November 2004 in Duisburg

27. November, Duisburg: In Duisburg hatten sich am 27. November zirka 250 Neonazis zusammengefunden, um "Gegen Polizeischikane und Knüppeleinsätze" zu demonstrieren. Anlass war ein gescheiterter Versuch, am 30. August an einer Montagsdemonstration in Duisburg teilzunehmen (*siehe LOTTA Nr. 18, S. 12, 18 und 39*). Hierbei waren diverse Neonazis in Polizeigewahrsam genommen worden. Insbesondere die "Autonomen Nationalisten" aus dem Ruhrgebiet sowie der Kölner Kreis um den Anmelder **Axel Reitz** mobilisierten daraufhin zu Protestaktionen. Insgesamt riefen rund 30 Neonazi-Gruppierungen aus dem gesamten Bundesgebiet auf, darunter auch die nordrhein-westfälische NPD, aus deren Reihen jedoch kein Redner auftrat. Stattdessen durfte **Sebastian Schmidtke** aus Berlin gegen jedwede Zusammenarbeit "Freier Kräfte" mit der NPD und anderen Parteien wettern: "Wer hat uns verraten - Nationaldemokraten!" Die Organisation lag nicht unwesentlich in der Hand der "Autonomen Nationalisten" aus dem westlichen und östlichen Ruhrgebiet um **Steffen Pohl** (Duisburg) und **Dennis Giemsch** (Dortmund), die die Demo mit einem "Schwarzen Block" und ausgerüstet mit auf den Kopf gedrehten USA-Fahnen anführten. Der "Schwarze Block", Schmidtkes Rede, aber auch die Auswahl der über den Lautsprecherwagen weit hörbaren Musik, die provokanterweise großteils aus Liedern linker Bands bestand, stieß später in Verlautbarungen nicht nur auf Zustimmung. Als weitere Redner traten **Christian Worch**, **Siegfried Borchardt, Sven Skoda** und Reitz in Erscheinung.

27. November, 4., 11., 18. und 24. Dezember, Recklinghausen & 4. Dezember, Dortmund:

Dieter Riefling, ehemaliger Recklinghäuser FAP-Chef und späterer "Blood&Honour"-Aktivist, meldete sich nach dem verhinderten Recklinghäuser RechtsRock-Konzert am 13. November (*siehe S. 44*) im Internet zu Wort: "Demo's anmelden! Am besten im dutzend!!!" Und so kam es dann auch: "Wenn unsere Feiern mit unserer Musik nichtmal Abseits der Öffentlichkeit geduldet werden, dann veranstalten wir diese gerne auch mal mitten auf den Straßen", vermeldete der "widerstandDO" im Internet. Ihrer Strategie folgend, auf "Schikanen" mit permanenter Präsenz zu reagieren, meldete die "Kameradschaft Dortmund" um **Siegfried Borchardt**, **Katja Jarminowski** und **Karin Lenzdorf** unter dem Motto "Musikfreiheit ist auch Meinungsfreiheit" gleich sechs Aufmärsche bis Jahresende an. Fünf in Recklinghausen und einen – direkt im Anschluss an den zweiten in Recklinghausen – in Dortmund. Der vorläufig letzte fand am 24. Dezember statt. Starttermin für diesen Aufmarschmarathon war der späte Nachmittag des 27. November. Zur Mobilisierung genutzt werden konnte an diesem Tag die Demonstration in Duisburg. Zirka 150 der 250 Teilnehmer des Duisburger Aufmarsches reisten geschlossen nach Recklinghausen weiter, weitere 20 gesellten sich vor Ort hinzu. Diese Teilnehmerzahl reduzierte sich an den folgenden Recklinghäuser Terminen allerdings auf jeweils 50 bis 80 Personen, sehr zum Ärger der "Kameradschaft Dortmund". Angeblich sollen aber am 4. November beim zweiten Dortmunder Teil der anberaumten Doppeldemo noch 40 weitere "Kameraden" hinzugestoßen sein.
Als Redner traten neben Versammlungsleiter Borchardt mehrfach **Axel Reitz**, **Sascha Krolzig** und **Christian Worch** auf. Mit weiteren Reden vertreten waren ein "Kamerad **Andre** von der NPD", der Berliner **Sebastian Schmidtke**, **Carsten Jährling** aus Dortmund-Brechten und "Oidoxie"-Frontmann **Marko Gottschalk**.

4. Dezember, Bottrop (spontan): Eine "kurze Spontandemo durch Bottrop" soll es nach Eigenangaben von Neonazis am Abend des 4. Dezember in Bottrop gegeben haben. Hintergrund war ein von der Polizei aufgelöstes RechtsRock-Konzert (*siehe S. 44*). "Auch Bottrop wird nun also mit ständigen Demonstrationen von uns zu rechnen haben!", war anschließend auf der Internetseite des "Freien Widerstandes" zu lesen. Doch aus den angekündigten "Konsequenzen" wurde nichts. "Es wird keine demo in Bottrop geben", vermeldete der "WiderstandDO" nach den Erfahrungen in Recklinghausen (*siehe oben*). **Siggi Borchardt**: "Aufgefallen ist uns, dass Kameraden, für die wir eigentlich [...] auf die Straße gegangen sind, nur spärlich vertreten sind."

18. Dezember, Leverkusen (angekündigt, aber nicht angemeldet und durchgeführt): Man werde am 18. Dezember wiederkommen und gegen "Polizeiwillkür" demonstrieren, kreischte **Axel Reitz** am 9. November 2004 vor dem Leverkusener Hauptbahnhof durch sein Mikro. Kurz zuvor war seinem Kumpel **Paul Breuer** von der Polizeileitung untersagt worden, zum Auftakt des Aufmarsches eine Rede zu halten. Eine solche sei zuvor nicht abgesprochen worden, stellte der Einsatzleiter fest und Breuer durfte sich trollen. Eine Anmeldung eines Aufmarsches für den 18. Dezember aber erfolgte nicht, man nahm offenbar aufgrund des Recklinghäuser Aufmarschmarathons wieder Abstand vom Geplanten und verschob das Ganze auf den 29. Januar (siehe unten).

8. Januar, Moers (abgesagt) und 22. Januar, Moers (angekündigt): Einen angeblichen antifaschistischen Übergriff auf den Moerser Neonazi **Kevin Giuliani** wollten Neonazis zum Anlass nehmen, um am 8. Januar in Moers aufzumarschieren. Motto: "Gegen Hetze und Terror von links!" Als Veranstalter und Redner wurde **Alexander Hohensee** (Hamburg) angekündigt, als weitere Redner "u.a." **Stefan Braun** (Herne), **Philipp Hasselbach** (Essen) und **Sascha Krolzig** (Hamm). Tatsächlich aber hatte Giuliani Antifaschisten angegriffen und sich hierbei überschätzt. Zwischenzeitlich scheint für die Szene auch festzustehen, dass er mit Polizei, Verfassungsschutz und dem EXIT-Austeigerprogramm zusammengearbeitet hat und hierfür Geld und Straferlass bekam. Giuliani gilt seitdem als "Verräter" und auf Veranstaltungen unerwünschte Person. Von Veranstalterseite wurde daraufhin der Aufmarsch abgesagt: "Auf Grund der aktuellen Ereignisse um das Subjekt Kevin G. werde ich die von mir für den 08.01.2005 in Moers angemeldete Kundgebung wieder abmelden."
An einer seit Dezember für den 22. Januar angekündigten Demonstration in Moers aber möchte die Szene festhalten. Motto: "Nein zur asozialen BRD-Politik - Ein neues System bietet neue Möglichkeiten!" Als Veranstalter wurde "im Auftrag des parteifreien Widerstandes in Moers und Umgebung" **Patrick Friese** von der Essener "Kameradschaft Josef Terboven" genannt. Zwischenzeitlich scheint der Herner "Kameradschaftsführer" **Stefan Braun** diese Rolle übernommen zu haben. Am 28. Dezember schrieb ihm der Essener **Phillip Hasselbach**: "Wollte eben mich - bevor ich jetzt gleich in die Reichshauptstadt zum Kameraden Priem fahre - nochmal herzlichst für die spontane Übernahme des Versammlungsleiters in Moers bedanken. Konnte ja keiner ahnen, daß plötzlich Friese so im Arsch ist [...]".

29. Januar, Leverkusen (angekündigt): Ihren zweiten Aufmarsch wollen am 29. Januar Neonazis in Leverkusen auf die Straße bringen. Motto: "Protest gegen Intoleranz und staatliche Repression. Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden!". Man möchte, so der Kreis um den "Leverkusener Aufbruch", "das repressive Verhalten der Behörden im Vorfeld unserer damaligen Veranstaltung am 09. November 2004 zum Anlaß zu nehmen um Volksufklärung über das Verhalten staatlicher Instanzen gegenüber Andersdenkenden zu leisten und gleichzeitig die Menschen zu mehr toleranz und freiheitsverständnis zu erziehen".

Anzeige

Kurzberichte

Fakten, Fakten, Fakten aus NRW

Kranzabwürfe am "Heldengedenktag"

Zum "Heldengedenken" rückten Neonazis im vorigen November aus an einigen Orten.

In Wattenscheid organisierte die NPD rund um **Claus Cremer** am 14. November eine Gedenkfeier unter dem Motto "Ewig lebt der Toten Tatenruhm - Wir gedenken unseren toten Soldaten", nachdem sowohl der örtliche Reservistenverband als auch die Bezirksverwaltung auf eine eigene Veranstaltung zum Volkstrauertag verzichtet hatten. "Mit wehenden schwarzen Fahnen", so berichtete "Freiheit Wattenscheid" zogen rund 20 Teilnehmer zum Wattenscheider Ehrenmal am Bußmannsweg. Redner Claus Cremer sei "auf die heldenhaften Taten und den heroischen Einsatz der deutschen Soldaten und der Ahnen unseres Volkes" eingegangen, ehe ein Gesteck in der Totenhalle niedergelegt wurde, berichtete "Freiheit Wattenscheid". Den Schlüssel zur Totenhalle hatte ihm die Bezirksverwaltung überlassen.

Einen Tag zuvor hatte der NPD-Kreisverband Rhein-Sieg an einer Gedenkveranstaltung des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge auf dem Gelände der Kriegsgräberstätte Königswinter-Ittenbach teilgenommen. Mit dabei war einem Bericht der Partei zufolge "der annähernd komplette Kreisvorstand und unser Kreistagsabgeordneter **Stephan Meise**". Unbeanstandet konnten die NPDler auch einen eigenen Kranz niederlegen. Neben der NPD nahm auch die "Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger" an der Veranstaltung teil.

Die "Autonomen Nationalisten Wuppertal/Mettmann legten am 13. November vor dem Wuppertaler Ehrendenkmal einen Kranz nieder. "Wir werden niemals vergessen, welches Leid diese Männer auf sich nahmen, um Europa und das Reich vor der Bolschewistischen Pest zu bewahren", gedachte man der "größten Helden des Deutschen Volkes".

Neonazis aus dem Sauer- und Siegerland kamen auch in diesem Jahr wieder zum Heldengedenken auf einen Soldatenfriedhof in der Nähe von Meschede. Als Rednerin trat **Daniela Wegener** auf. Die Polizei ließ einem Pressebericht zufolge neben ihr nur jeweils zwei weitere Neonazis gleichzeitig auf das Friedhofsgelände. Die Stadt will nun prüfen, ob und wie "Heldengedenkfeiern" von Neonazis auf dem Friedhof verhindert werden können.

Über eine "Mahnmache mit Kundgebung" am Dienstag, 16. November, berichtete die "Kameradschaft Hamm". Sie sei nicht offiziell angemeldet worden, "um so den willkürlichen und schikanösen Polizeimaßnahmen vorzubeugen". Im Schein von Fackeln wurde eine Grußbotschaft von **Philipp Hasselbach** (Essen) verlesen, ehe "Sascha von der Kameradschaft Hamm", also **Sascha Krolzig,** als Redner auftrat.

Kontaktaufnahme nach "Wallhalla"

Die alljährliche Gedenkfeier für die 1997 bei einem Verkehrsunfall ums Leben gekommenen Neonazikader **Andree Zimmermann**, **Thomas Kubiak** und **Harald Theodor Mehr** scheint an Bedeutung zu verlieren. Nur noch etwas mehr als 20 Neonazis aus Südwestfalen und dem Ruhrgebiet nahmen am 28. November 2004 an der auch diesmal offenbar wieder von **Daniela Wegener** vorbereiteten Veranstaltung teil. Zwei Jahre zuvor waren es noch rund 50 gewesen.

Nachdem sich die Neonazis in einer Mescheder Gaststätte zu einer Saalveranstaltung mit "Traueransprachen", Gedichten und "altem Liedgut" getroffen hatten, ging's auf den Winterberger Friedhof, wo Zimmermann und Kubiak begraben sind. Wie im Vorjahr beklagten sich die Veranstalter über "staatliche Willkür": Die Polizei hatte verhindert, dass die Gruppe geschlossen auf den Friedhof zog und nur jeweils drei von ihnen gemeinsam auf das Gelände gelassen.

Immerhin starteten die Neonazis dann noch einen Versuch, direkten Kontakt mit ihren im Jenseits weilenden Kameraden aufzunehmen: "Nachdem die letzte 3er Gruppe den Friedhof wieder verlassen hatte, erschallte ein spontanes, lautes und dreifaches 'Front – Heil', dass die Kameraden in Walhalla gut vernommen haben dürften", heißt es in einem Bericht von "Freien Kräften" aus NRW.

Neuer "Pro-Köln"-Vorstand

Markus Beisicht hat den Vorsitz der "Bürgerbewegung pro Köln" übernommen. Der Leverkusener Rechtsanwalt, bisher stellvertretender Vorsitzender, löste bei einer Mitgliederversammlung Anfang Dezember **Judith Wolter** ab, die ihrerseits jetzt als "geschäftsführende stellvertretende Vorsitzende" fungiert. Ihren Rückzug vom Vorsitz begründete Wolter damit, dass sie an die Spitze der Ratsfraktion gewählt worden sei. Zweiter Stellvertreter wurde **Karl Heinz Jorris** aus Köln-Nippes. Wiedergewählt wurden Schriftführerin **Regina Wilden** und Schatzmeister **Manfred Rouhs**. Als Beisitzer gehören **Bernd M. Schöppe**, **Wolfgang Speck**, **Heiko Täubner**, **Herbert Sylvester** und **Martin Schöppe** dem Vorstand an. Schatzmeister Rouhs freute sich über Spendeneingänge von 50.000 Euro im vorigen Jahr.

Dortmunder "Offensive D"-Kreisverband aufgelöst?

Detlef Münch, zuletzt Landesvorsitzender der Schill-Nachfolgepartei "Offensive D", ist Anfang Dezember aus der Partei ausgetreten. Münch, der den Kommunalwahlkampf in Dortmund noch im Wesentlichen mit einer Anti-Moschee-Kampagne geführt hatte, begründete dies mit einem Rechtsruck im Bundesvorstand der Partei. Der habe "ein ehemaliges REP/DVU-Mitglied als Bundesgeschäftsführer eingestellt", nehme weitere Ex-REP-Mitglieder auf und strebe "eine Kooperation mit anderen suspekten Organisationen wie ‚Die deutschen Konservativen' und ‚Deutsche Partei'" an.

Münch berichtete, der "Offensive D"-Kreisverband Dortmund habe einstimmig seine Auflösung beschlossen. Dies wird freilich von anderen Mitgliedern bestritten, die lediglich von einem mehrheitlich gefassten Beschluss bei einer ohnehin nur von wenigen Mitgliedern besuchten Versammlung wissen wollen. Auch Münchs Erklärung, selbst wenn er wolle, könne er sein Mandat im Dortmunder Stadtrat nicht an die "Offensive D" zurückgeben, da auch alle Nachrücker auf der Ratsreserveliste aus der Partei ausgetreten seien, ziehen sie in Zweifel.

Der "Offensive D"-Bundesvorsitzende **Markus Wagner** aus Bad Oeynhausen bestritt den Vorwurf eines Rechtsrucks. Gleichzeitig verteidigte er seine Linie, ehemaligen Mitgliedern "extremistischer Parteien" eine neue Heimat geben zu wollen.

REP-Neujahrsempfang verhindert

Nach erfolgreicher Intervention von Essener AntifaschistInnen ist der Neujahrsempfang der nordrhein-westfälischen "Republikaner", der am 9. Januar am Baldeney-See in Essen stattfinden sollte, abgesagt worden. Die NPD-Landesvorsitzende **Uschi Winkelsett** und ihr Stellvertreter **Daniel Schöppe** hatten die Parteimitglieder zu dem Treffen in der Gaststätte "Baldeneyer Fähre" eingeladen. "Freunde und Bekannte" wären zwar auch willkommen gewesen, es sollte aber insbesondere um die Vorbereitung des Landtagswahlkampfes gehen. Auf das angepriesene "gute und günstige Essen" in "geschlossener Gesellschaft" mussten die REP und ihr Anhang letztendlich verzichten, nachdem der Wirt vom Hintergrund der von REP-Ratsherr **Volkmar Barth** als "eher privates Treffen" angekündigten Veranstaltung informiert worden war und den Vertrag gekündigt hatte. Ein antifaschistisches Bündnis hatte zudem eine Kundgebung vor der Gaststätte angemeldet. In Internetforen kündigen "Republikaner" inzwischen an, das Treffen werde nachgeholt.

"Aktionsfront Westfalen"

Als "regionaler zusammenschluß von Nationalen Gruppierungen, Kameradschaften und Aktivisten" versteht sich eine "Aktionsfront Westfalen" (AFW), die im Oktober 2004 erstmals von sich hören ließ. Initiiert wurde die AFW offenbar von der "Kameradschaft Herne" rund um **Stefan Braun**. Als Mitgliedsgruppen nannte Braun im Oktober die "Kameradschaft Herne, Münsterländer Widerstand, Aktionsgruppe Bocholt und Kameradschaft Niederrhein". Ziele seien eine "noch effizientere politische Arbeit…, engere zusammenarbeit der lokalen Gruppen und gegenseitige Unterstützung, größeres Mobilisierungspotential auf Demos und Veranstaltungen, Fläschendenkende Aufklärungs- und Basisarbeit, Förderung der jugend und geneinsame Aktionen". Im Januar soll die AFW-Homepage wieder erreichbar sein. Man darf bezweifeln, dass die "Aktionsfront" aus mehr als einem Dutzend Personen besteht. Die Gruppierungen "Münsterländer Widerstand" und "Aktionsgruppe Bocholt" dürften weitgehend personenidentisch sein und die "Kameradschaft Niederrhein" ein Konstrukt des kürzlich als "Spitzel" geouteten Moerser **Kevin Giuliani** (*siehe S. 46*) aus Moers.

Prozess gegen Cremer

Die Bochumer Staatsanwaltschaft hat Anklage gegen den stellvertretenden NPD-Landesvorsitzenden **Claus Cremer** erhoben, ihm wird Volksverhetzung vorgeworfen. Cremer hatte bei der Bochumer Demonstration gegen den Neubau einer Synagoge am 26. Juni 2004 Juden in Zusammenhang mit Kindesmissbrauch gebracht. Nachdem das Bundesverfassungsgericht ein Verbot des Aufmarschs aufgehoben hatte, waren NPDler und "Freie" seinerzeit durch Bochum gezogen - "Hopp hopp hopp – Synagogenstopp", "Stoppt den Synagogenbau – wir sind das Volk" und "Wir sind dabei – Bochum synagogenfrei" skandierend. Für kurze Zeit war ein Video mit seiner Rede auch im Internet herunterzuladen. Einem Bericht der NPD zufolge soll die Gerichtsverhandlung gegen Cremer drei Tage vor der Landtagswahl in Schleswig-Holstein im Februar vor dem Landgericht in Bochum stattfinden.

Nach Informationen des Berliner Fachdienstes "blick nach rechts" wird bei der Bochumer Staatsanwaltschaft eine weitere Rede bei der Demonstration auf ihre strafrechtliche Relevanz geprüft. Dabei dürfte es sich vermutlich um die des Kölner Neonazis **Axel Reitz** handeln.

Von Julia Tiemers und Frank Kixmöller

"Viel zu viel Abschaum..."

Black-Metal-Konzert in Dortmund abgesagt

Selten hat ein abgesagtes Konzert in NRW derart heftige Reaktionen ausgelöst wie das Dortmunder "Unholy Metal Mayhem Teil 2". Geplant für den 20. November in einem städtischen Jugendzentrum, wurde der Event auf Initiative antifaschistischer Gruppen von der Einrichtungsleitung kurzfristig abgesagt. Grund der antifaschistischen Intervention war insbesondere der angekündigte Auftritt der extrem rechten Black-Metal-Band "Eternity".

"Antifa und linke Medien" hätten sich "aus der Death und Black Metal Szene rauszuhalten", so die Meinung von **Stefan Franke**, einem der Konzertveranstalter um das Black-Metal-Fanzine "Ancient Spirit TERROR Zine". Schließlich könnte die Black-Metal-Szene ihre "Probleme am Besten selbst lösen" und würde "schon wissen, wann es Zeit ist, gegen Rechte oder Linke, die uns einen Konzertabend versauen, vorzugehen".

"Rechte", die das anstehende Konzert zu "versauen" gedachten, waren jedoch weit und breit nicht in Sicht. Schließlich waren sie ja involviert, hatten mit "Eternity" sogar eine ihrer Bands auf der Bühne stehen. Und das offen mit Rechtsaußen kooperierende Label "Undercover-Records" von **Alexander Tiebel** aus Leun (Hessen) sollte zudem mit einem Plattenstand vertreten sein.

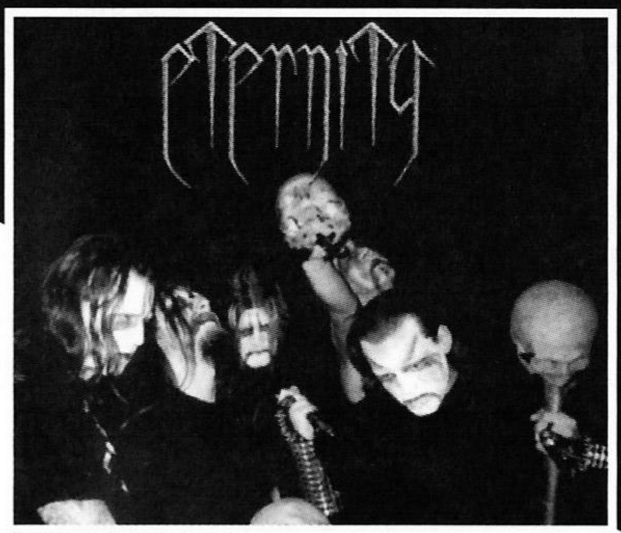
Dafür hatte aber die "Antifa Dortmund-Nord" einiges gegen das Konzert einzuwenden. Einen Hinweis aus dem Internetportal "Indymedia" aufgreifend, wandte sie sich erfolgreich an die Leitung des Jugendzentrums und veröffentlichte zudem eine Pressemitteilung.

Nicht eindeutige Eindeutigkeiten

"Immer mehr Dreck (Türken, Nigger etc.) strömt in unser Reich! Die Lösung für dieses Problem wäre...?", fragte das neonazistische Fanzine "Leichenkuss" vor einigen Jahren "Eternity" in einem Interview. Die Antwort der - eigenen Angaben zufolge - seit 1994 existierenden Band aus Nordhausen (Thüringen): "Meiner Meinung nach ist es sowieso schon viel zu spät, dieses Problem zu beseitigen, da bereits viel zu viel Abschaum dieser Art unser Land verseucht hat. Man hätte es gar nicht erst so weit kommen lassen dürfen." In "Skaldensang" ("Edition Trollheim #1") wird die Band um ein Statement zum Thema "Nicht-Deutsche" gebeten und kommt dieser Bitte unzweideutig nach: "Also, z.B. ein Türke in der Türkei geht mir am Arsch vorbei, ein Schlitzauge in China stört mich auch nicht und ein Nigger in Uganda ebensowenig, doch was bitteschön haben die in unserem Reich zu suchen?" Gemeinsame Konzerte wie noch im Frühjahr 2004 zusammen mit den NS-Black-Metal-Bands "Ad Hominem", "Magog" und "Absurd" sind für "Eternity" nichts außergewöhnliches.

Ankündigungsflyer für das Dortmunder Konzert

Eigentlich eine klare Sache, nicht aber für die Black-Metal-Szene und den Veranstalter vom sich "unpolitisch" verstehenden Dortmunder "Ancient Spirit TERROR Zine" um **Vasili Vasilopoulos**. Obwohl jener gewiss nicht der extremen Rechten zuzuordnen ist, sich sogar gegen neonazistische (und alle anderen politischen) Umtriebe in der Szene ausspricht, scheint das "Wir sind eine Szene"-Gefühl auch bei ihm über einer Abgrenzung gegen rechts zu stehen. Warum sonst beteiligte sich Vasilopoulos mehrfach und bis in die Gegenwart hinein an der Gestaltung der NSBM-Postille "Blutvergießen" des Esseners **Heiko Urbanczyk**? Stefan Franke weiß das zu 'erklären': "Vasili wird im 'Blutvergießen' gegrüsst, hat aber außer einer Tributseite an die Kultband BATHORY (auch keine Nazis) nichts für dieses Zine gemacht und teilt die dort vertretenden Ansichten nicht." Bedauerlicherweise erklärt er nicht, wieso sein Kollege einer Zeitschrift zuarbeitet, deren Ansichten er nicht teilt. Sogar einem Magazin, das sich dem neonazistischen Black Metal verschrieben hat und schon länger auf enge Tuchfühlung mit dem neonazistischen Spektrum der "Freien Kameradschaften" gegangen ist. Und Franke 'vergisst' auch den einen oder anderen Beitrag seines Kumpels. So zum Beispiel eine Tributseite mit dem Titel "Freiheit für Bard 'Faust' Eithun" im "Blutvergießen" Nr. 3 aus dem Jahre 2003. Der überzeugte neonazistische Black Metaller aus Norwegen war 1994 wegen Mordes an einem Homosexuellen zu einer zehnjährigen Freiheitsstrafe verurteilt worden. Aber auch hierfür gibt es bestimmt eine "Erklärung". Und richtig: "Schon mal die Idee gehabt, dass Black Metal immer menschenverachtend ist?", fragt ein angesäuerter Black-Metaller unter dem Pseudonym "inferia" auf "Indymedia". Und auf "Eternity" bezogen: "Selbst wenn die Typen von Eternity Nazis sind, die Musik ist trotzdem KEIN !!!! NSBM, ihr solltet euch mal die Mühe machen und die Texte lesen."



Die Band "Eternity"

"Ancient Spirit TERROR"-Zine

"Eternity ist genauso viel NSBM wie Burzum NSBM ist, nämlich kein Stück!" ("inferia")

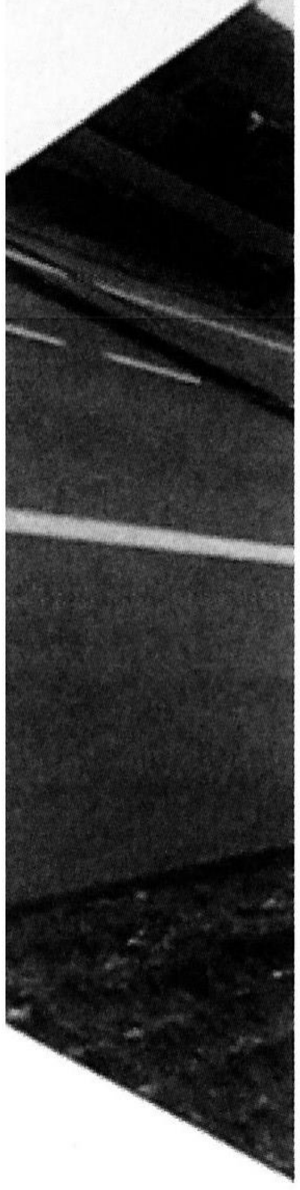
Gezeigt hat sich bei der Diskussion um das Konzert in Dortmund das seit Jahren gleiche Problem des Black-Metal-Undergrounds: Die Unfähigkeit, mit dem neonazistischen Teil der Szene umzugehen. Für die meisten Menschen muten die Statements in den Foren skurril an. "Nein, sie sind keine Nazis", "Ja, sie sind Nazis, aber das findet sich nicht in den Texten wieder, also ist das okay" und so weiter. Dahinter steht eine sehr eigene Definition dessen, wann eine Band als neonazistisch zu betrachten sei: Als NSBM, also "National Socialist Black Metal", werden im Underground meist nur jene Gruppen bezeichnet, die sich als Band entweder selbst als NSBM definieren oder sich eindeutig als Hitler-Verehrer, Nationalsozialisten oder Kämpfer für die "arische Sache" positionieren. Ein Beispiel dafür ist "Totenburg" aus Gera, die ihre Musik selbst als "Thuringian Aryan Black Metal" bezeichnet. Damit ist dem Hörer klar, wo die Band politisch zu verorten ist. Auch werden Bands als NSBM bezeichnet, deren Liedtexte neonazistisches Gedankengut aufweisen, also von der Wiederkehr des "Dritten Reichs" träumen oder die Ermordung der europäischen Juden bejubeln. Aufgrund dieser skurrilen Logik ist es sogar konsequent, "Eternity" nicht dem NSBM zuzurechnen.

In seinem Posting hält "inferia" fest, dass auch "Burzum" diesem Teil der Szene nicht zugerechnet werden könne. Allgemein gilt die norwegische Gruppe als die NSBM-Band schlechthin, obwohl - ebenso wie von "Eternity" - keine eindeutig den NS glorifizierenden Liedtexte bekannt sind. Seinen Ruf als Nazi-Band hat "Burzum" wegen Bandgründer und Frontmann **Kristian "Varg" Vikernes**, der sich ab 1992/93 in Interviews zum Nationalsozialismus bekannte und sein glühender Anhänger wurde. Der Musiker samt Band wurde so zur Keimzelle des NSBM. Doch in seinem Statement lässt "inferia" das außer Acht. Deutlich wird dabei die Abspaltung, die er vornimmt und die symptomatisch für den Black-Metal-Underground ist. Als neonazistisch werden nur jene Bands bezeichnet, die mit ihrer Musik den Nationalsozialismus protegieren. Doch auch hierbei gibt es im Underground Ausnahmeregeln: Der Frontmann "**Kaiser W.**" der französischen Black-Metal-Band "Ad Hominem" zeigt sich in Interviews vom Nationalsozialismus inspiriert und glorifiziert im Song "Auschwitz rules" noch dazu den Massenmord an den Juden. Im Grunde müsste seine Gruppe daher als NSBM betrachtet werden, doch weite Teile der Szene und auch der Sänger sehen das nicht so: Die Werte von "Ad Hominem" seien zwar vom NS geprägt, erläutert "Kaiser W." in einem Interview, aber es würden keine "sozialen Werte" gepriesen. "Soziale Werte" meint hier den "Schutz und die Verteidigung der eigenen, arischen Rasse". Dies liefe dem Gedanken des Black Metal zuwider, erläutert er weiter, da diese Form von Musik auf Zerstörung aufbauen würde und nichts mit Liebe, auch nichts mit der "eigenen Rasse" zu tun hätte. Die Botschaft der Band sei ganz einfach, schließt er seine Ausführungen: "a total genocide to cleanse the earth". 'Etwas' unlogisch bleibt es, wenn derart unbarmherzige apokalyptische Höllenreiter über den Ausfall eines Konzertes jammern…

Was bleibt?

Black Metal ist eine extreme Musikrichtung, deren Image und Texte vor allem von Satan, dunklen Mächten, Gewalt und Zerstörung handeln. Aber Black Metal ist nicht immer gleich Black Metal. Für manche Bands ist die Musik ein Mittel, ihre Faszination für ein bestimmtes Thema auszudrücken. Andere betrachten Black Metal als eine ideologische Ausdrucksform, mit der sie Hass und Gewalt oder eben auch neonazistische Ideen propagieren wollen. Wie eine Band zu betrachten ist, ergibt sich dabei nicht nur aus den Texten, sondern auch aus ihren Handlungen, ihrem Auftreten und ihren Äußerungen. Dieses Zusammenwirken schafft ihr Image und zeigt anderen, wo die Band steht.

Wie die Gruppen von Seiten der Fans bewertet werden, folgt keinen klaren Kriterien und wird individuell entschieden. Hinzu kommt, dass manchem Black-Metal-Fan Bands, die sich ernsthaft auf Massenmörder beziehen oder selbst an Friedhofsverwüstungen oder Gewaltverbrechen teilgenommen haben, zuwider sind. Ihnen gefällt die Inszenierung, ähnlich wie sie vielleicht Gefallen an Horror- und Gruselfilmen finden. Andere Anhänger der Musik schätzen aber gerade die Authentizität wirklicher Verbrechen. Doch neben dieser subjektiven Gefühlslage gibt es eine objektive Ebene – eben jene, in welchen Kontext sich die jeweilige Band stellt. Wenn eine Band wie "Eternity" in Interviews rassistische Äußerungen von sich gibt und auf Konzerten gemeinsam mit neonazistischen Bands auftritt, dann ist sie als extrem rechts einzustufen. Und das gilt für jede andere Band, ob Black Metal, Punk, Hardcore oder Oi-Musik.



Von Jörg Kronauer und Joß Fritz

Eigentümlich rechts

Der Kreis um das "ef-Magazin" aus Grevenbroich

Die Frage ist berechtigt. "Warum ef-magazin?" überlegt **André F. Lichtschlag** auf der Website von "eigentümlich frei".

"eigentümlich frei" ("ef-magazin") heißt die Zeitschrift, die er seit 1998 herausgibt, "Eigentum Eigensinn Freisinn" lautet der merkwürdige Untertitel des Blattes. "Warum ef-magazin?" Die Frage stellt sich beim Anblick solch seltsamer Wortspielerei tatsächlich. Lichtschlag, Herausgeber, Redaktionskoordinator und Chefredakteur des mit zehn Ausgaben pro Jahr erscheinenden Blattes, erteilt eine klare Antwort. "Eigentum", schreibt er, "das ist der Schlüssel zur Freiheit. (...) Erst mit seinem Eigentum kann jeder tun und lassen, was er für richtig hält, ganz eigentümlich und freisinnig - wofür die Buchstaben ef [ef-magazin] auch stehen." Das Gegenteil eines freien Eigentümers, erklärt Lichtschlag, ist der "Massenmensch kollektivistisch-totalitärer Ideologien". "Er muss andere um Erlaubnis bitten", enthüllt der Chefredakteur aus der niederrheinischen Metropole Grevenbroich: "Und er wird dabei zwangsläufig feige und verlogen."

Viel Markt, wenig Staat

Als radikalliberal ließe sich "eigentümlich frei" vielleicht am besten charakterisieren. Viel Markt, wenig Staat: Das ist der Konsens, der Autoren und Publikum der Zeitschrift vereint. Gewarnt wird vor der "sozialdemokratischen Versuchung", überall wittert man "ausufernde(n) Sozialstaat", "Rauchverbote", "Zensur". Fans neoliberaler Marktphantasien fühlen sich in diesem Umfeld wohl, Lichtschlag nennt die Wirtschafts-Nobelpreisträger **Milton Friedman** und **Friedrich August von Hayek**, auch als "Guru" des Neoliberalismus bezeichnet, als Vorbilder. Berührungen gibt es dabei selbstverständlich zur FDP. Das zeigt sich schon in Lichtschlags Biographie. Er begann seine politische "Karriere" als Schüler eines Gymnasiums "voll von milieulinken 68er-Junglehrern", trat "aus Protest" der Jungen Union bei und gehörte anschließend zeitweise der "Europäischen Föderalistischen Partei" (EFP) und der "Rheinlandpartei" an. Schließlich fand er zur FDP, in der er zeitweise das Amt des örtlichen "Pressesprechers" bekleidete. Mittlerweile hat er die Partei allerdings verlassen, ist nur noch Chef der "Lichtschlag Medien und Werbung KG" in Grevenbroich, die Ende 2000 mit Hilfe "mutiger Mitgesellschafter" gegründet wurde.

Die Kontakte zur FDP zeigen sich auch im Redaktionsbeirat der Zeitschrift. **Detmar Doering**, Leiter des "Liberalen Instituts" der FDP-nahen "Friedrich-Naumann-Stiftung", gehört ihm an, ebenso **Gerd Habermann**, der Leiter des Unternehmerinstituts der "Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer" (ASU). Der liberale Promi wurde einst von der FDP in ihre Programmkommission berufen. Habermann referierte auch schon bei der Zeitung "Schweizerzeit", die auf dem rechten Flügel der "Schweizerische Volkspartei" (SVP) um **Christoph Blocher** angesiedelt ist. Den inzwischen verstorbenen **Jürgen Möllemann** hat "eigentümlich frei" noch interviewt.

Redaktionsbeiratsmitglieder sind neben Doering und Habermann auch **Roland Baader** und **Gerard Radnitzky**, ein emeritierter Professor aus Trier. Deren Texte erscheinen auch in weniger honorigen Publikationen, in der "Jungen Freiheit" und "Criticon" etwa, Artikel von Radnitzky erschienen gar im Revisionisten-Blatt "Deutschland in Geschichte und Gegenwart". Baader, ein

ehemaliger Manager, gehört zu den Mitarbeitern der rechtsliberalen "Schweizerzeit". Abstecher nach ganz weit rechts sind für "eigentümlich frei" beinahe typisch. Er habe "sich nie gescheut, auch abseitige Theorien vorzustellen, wenn sie nur im Zusammenhang mit dem Grundanliegen unserer Zeitschrift" stehen, erklärte Lichtschlag einmal dazu.

Offen für Neonazis

Highlights in dieser Hinsicht waren u.a. Interviews mit dem NPD-Chef **Udo Voigt** und dem "nationalen Anarchisten" **Peter Töpfer** aus Berlin. Töpfer, damals Mitherausgeber der Zeitschrift "Sleipnir", erklärte darin: "Die NSler, die ich kenne, sind alle nette Kerle, ob nun Ossis oder Wessis." Zuvor hatte er sich einmal seiner Freundschaft zu **Christian Worch** gerühmt. Die Internetadresse der "Nationalen Anarchisten" druckte "eigentümlich frei" für die Leserschaft eigens ab.

"Nationale Anarchisten" zusammen mit Radikalliberalen? Man findet bei "eigentümlich frei" tatsächlich seltsame Verbindungen. Sie basieren auf der gemeinsamen Gegnerschaft zum Staat. So finden sich in "eigentümlich frei" sowohl Anzeigen für die "libertäre" Zeitschrift "Espero" der "Mackay-Gesellschaft" als auch für die "Liberale Gesellschaft" um **Dietmar-Dominik Hennig**, der in der Vergangenheit dem nationalliberalen "Cannstatter Kreis" in der FDP angehörte. Leserbriefe des früheren Aktivisten der nationalistischen "Deutschlandbewegung" fanden sich auch schon in der neofaschistischen Monatszeitschrift "Nation und Europa". Geworben wird in Lichtschlags Magazin auch für die Zeitschrift "Sezession" des um die "Junge Freiheit" angesiedelten "Instituts für Staatspolitik".

Auch "Anarcho-Kapitalisten" reihen sich bei den Autoren und im Publikum der Zeitschrift ein: **Stefan Blankertz** etwa, Redaktionsbeiratsmitglied des Blattes und nach eigenen Angaben "dienstältester Anarcho-Kapitalist" der BRD. Blankertz, in früheren Zeiten einmal Redakteur der Anarchozeitschrift "Der Schwarze Faden", betreibt in Köln-Pulheim ein Trainingsinstitut für Führungskräfteschulung und hat sich als Autor von Mittelalter-Lokalkrimis einen Namen gemacht. Während Radikalliberale ein Minimum an Staat für nötig halten, um eine gewisse Ordnung für das menschliche Zusammenleben zu sichern, meinen Anarcho-Kapitalisten darauf vollständig verzichten zu können. Eigentum und Geld jedoch, so lautet diese seltsame Spielart des Anarchismus, sollen fortbestehen.

Bei der Anarcho-Zeitschrift "Der Schwarze Faden" stieß "eigentümlich frei" damit schon im Gründungsjahr 1998 auf Protest. "Eigentum ist Diebstahl", zitiert das Blatt den französischen Anarchisten **Pierre-Joseph Proudhon**: "Die anarchistische Tradition ist demnach recht eindeutig, trotzdem meinen nun ein paar von der US-Libertarian Party angesteckte sogenannte 'Anarcho-Kapitalisten', daß 'Eigentum der Schlüssel der Freiheit' sei." "Ein seltsames Blatt, das (...) keine Beachtung verdient", schrieb "Der Schwarze Faden" über "eigentümlich frei".

Beachtung sucht "eigentümlich frei" sich mit Provokationen selbst zu verschaffen. Das Blatt steckte hinter der Website, die im vergangenen Jahr in vorgetäuschter Herausgeberschaft angeblicher "Nationaldemokraten bei ATTAC" im Internet erschien und eine Zusammenarbeit der globalisierungskritischen Organisation mit der NPD suggerieren sollte. Der Werbecoup gelang, Lichtschlags Aktion erregte breite Aufmerksamkeit. Ob sich das jedoch auf die Auflagenhöhe der Zeitschrift auswirkte (die lag damals bei rund 2.000), das kann bezweifelt werden.

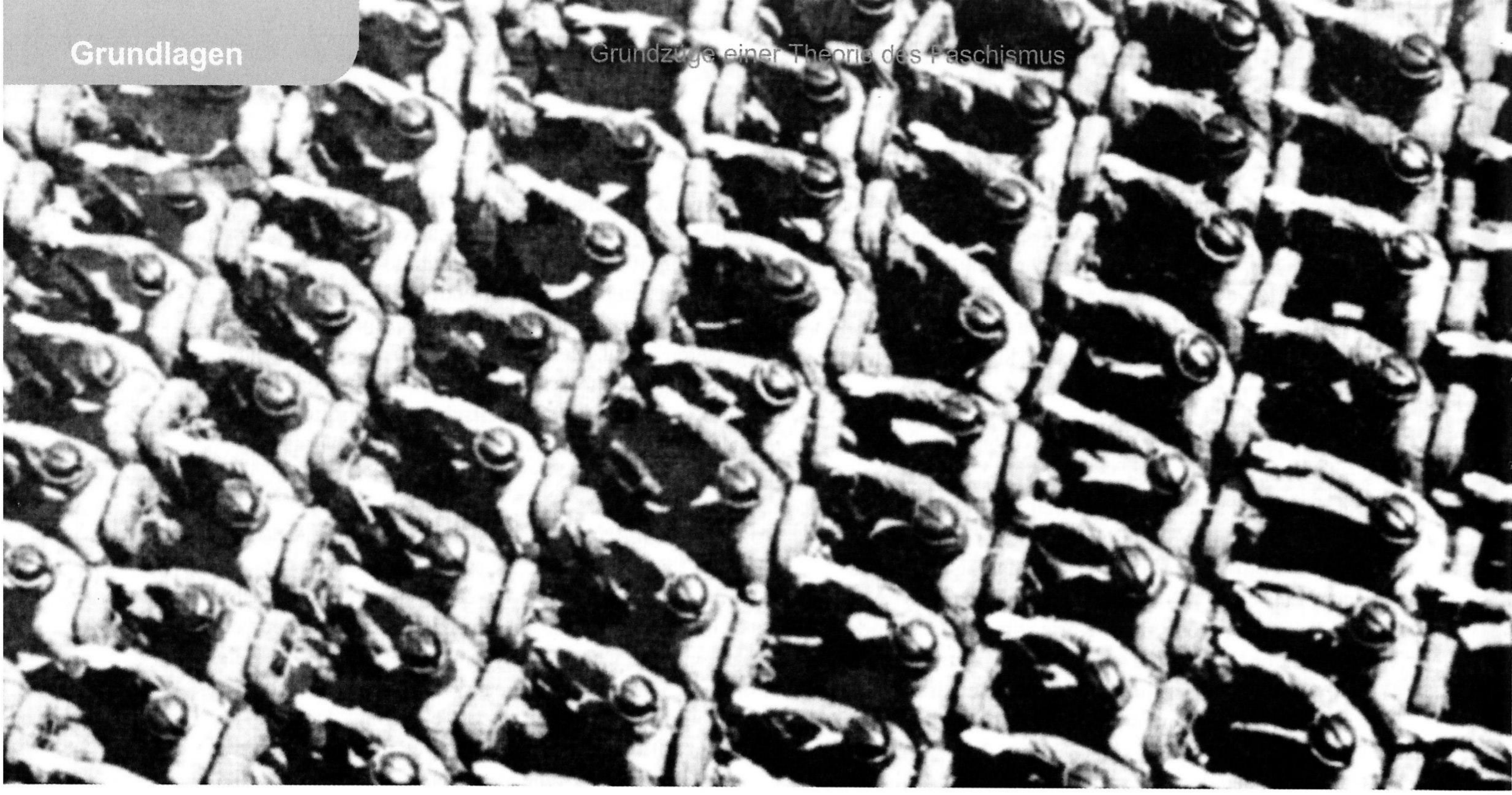
Positive Reaktionen in FAZ und Handelsblatt

Auflagenfördernd dürften eher die positiven Rezensionen sein, die das "Handelsblatt" und die "FAZ" in den vergangenen Jahren druckten. "eigentümlich frei" sei ein "Forum (...), in dem sich Freunde der Freiheit schriftstellerisch austoben können", schrieb Detmar Doering im Oktober 2001 im "Handelsblatt": "Vielseitig" seien die Themen, "undogmatisch" der Herausgeber, das Blatt diene "der Freiheit des einzelnen vor jeglicher staatlicher Bevormundung und der Marktwirtschaft in ihrer reinsten, unverwässerten Form". Schon ein Jahr zuvor hatte Doering in der "FAZ" prophezeit: "eigentümlich frei" hat "das Zeug zur echten Szenezeitschrift".

Szenezeitschrift? Für pöbelnde Yuppies vielleicht. Zum 1. Mai riefen "eigentümlich frei" und Lichtschlag inzwischen schon zweimal zu einer Demonstration auf. Einen "Tag des Widerstandes gegen den DGB" wollten der Chefredakteur und seine Mitstreiter im Jahr 2003 in Düsseldorf durchführen, im Jahr 2004 mobilisierte man "gegen die Allmacht der Gewerkschaften und für freie Märkte". "Umverteilung und Gleichschaltung", so Lichtschlag, führten schließlich "zu Armut und Sklaverei". Und der "Massenmensch kollektivistisch-totalitärer Ideologien" ist ja - so Lichtschlag - ohnehin "feige und verlogen".

Lichtschlag referierte Ende November vergangenen Jahres auch auf einer Tagung unter dem Motto "Freiheitliche Perspektiven in der FDP", zu der mehrere rechtsliberale Gruppen nach Würzburg einladen hatten. Auf der Veranstaltung, die der nationalliberale "Stresemann-Club in der FDP", die "Liberale Gesellschaft" und die "Libertäre Plattform in der FDP" ausgerichtet hatten, sprach auch der Ex-Generalbundesanwalt **Alexander von Stahl**, heute u.a. Advokat der Wochenzeitung "Junge Freiheit". Während von Stahl in seiner Rede einen eindeutigen Nationsbegriff forderte, warnte der Herausgeber der "eigentümlich frei" davor, die Fehler der Vergangenheit zu wiederholen.

So sei der - aus einem Teil des rechten Randes der FDP gegründete - "Bund Freier Bürger" vor allem daran gescheitert, das er die Abschaffung der D-Mark zum falschen Zeitpunkt zum Hauptthema gemacht hatte. Es sei ebenso falsch anzunehmen, daß mit dem möglichen Beitritt der Türkei zur EU im Jahre 2019 schon heute Wahlen zu gewinnen seien.



Von Alex Busch

Grundzüge einer Theorie des Faschismus

Der Begriff des Faschismus ist verpönt, wenn heutzutage über die historische und aktuelle extreme Rechte gesprochen wird. Er sei ein überholter oder gar antidemokratischer Begriff, der aus der linken Mottenkiste entnommen sei. Ein marxistischer Kampfbegriff, der mittels seiner Klassen-Zuschreibungen rein der kommunistischen Legitimationsideologie diene.

So genannte Extremismus-Forscher und die Ämter des Verfassungsschutzes warnen gar vor den Gefahren des Antifaschismus und der Antifa im Besonderen: Antifaschismus sei eine besonders perfide Form des Linksextremismus, der sich überholter historischer Analogien bediene, um den demokratischen Rechtsstaat in Frage zu stellen, so heißt es dort. Hintergrund dieser Anfeindungen ist der Versuch der Verschleierung der Tatsache, dass sich faschistische Herrschaftsstrukturen aus Krisensituationen bürgerlich-kapitalistisch verfasster Systeme heraus entwickelt haben; also eine besondere Form kapitalistischer Herrschaftsstruktur mit völkisch-nationalistischen Bewegungsmomenten darstellen. Mit der Durchsetzung der "Extremismus"- und Totalitarismus-Theorie soll daher der kapitalismuskritische Ansatz der Linken bekämpft werden.

In der Theorie der Extremismus-Forscher stellen Links- und Rechtsextremismus zwei Seiten der selben Medaille dar, die sich – gleichermaßen gefährlich – gegen den demokratischen und daher per se gegen Faschismus immunen Rechtsstaat stellen.

Der Begriff des Faschismus dagegen ermöglicht gerade die Benennung jenes Transformationsprozesses bürgerlicher Herrschaft in eine Diktatur mit Massenideologie und Massenanhang unter kapitalistischen Prämissen. Faschismus ist hiernach keine Abkehr von kapitalistischen Verhältnissen, sondern vielmehr eine spezifische Bewegungs- und Herrschaftsform unter eben solchen.

Faschismus an der Macht

Der amerikanische Faschismusforscher **Stanley Payne** verweist auf zunächst fünf Länder in Europa zu Beginn der faschistischen Epoche, in denen über zwanzig Prozent der Wählerschaft faschistischen Parteien zugeneigt gewesen sind:

> "Italien, Deutschland, Österreich, Ungarn und Rumänien. Die einzigen anderen beiden Länder, in denen sich nennenswerte faschistische Parteien entwickelten, waren Spanien und Kroatien."

Als Erscheinungsform allerdings war der Faschismus ein gesamteuropäisches Phänomen. Der Begriff des Faschismus wird heute im vorherrschenden Sprachgebrauch lediglich für das Mussolini-Regime benutzt und vom deutschen Nationalsozialismus abgegrenzt. Der Begriff des Nationalsozialismus ist ebenso wie Faschismus ursprünglich eine Eigenbezeichnung einer spezifi-

schen Ausrichtung der extremen Rechten. Die Linke griff den Begriff des Faschismus auf und benutzte ihn zur Kennzeichnung extrem rechter Bewegungen.

Das Wort leitet sich aus dem lateinischen "fascis" (Rutenbündel) ab, dem Symbol bündischen Zusammenhalts im antiken Rom. **Benito Mussolini**, ehemals führendes Mitglied in der italienischen sozialistischen Partei, griff das Symbol auf und gründete 1919 nach dem Ersten Weltkrieg durch ein Bündnis aus frustrierten Nationalisten und Kriegsveteranen so genannte "Kampfbünde", die sich "Fasci di combattimento" nannten. Diese "fascisti" terrorisierten sowohl die Linken sowie die slawische Minderheit in Oberitalien. Mussolini erhielt durch dieses Auftreten zunehmend Unterstützung der Großagrarier und Industriellen. Seine "faschistischen Geschwader", auch "Schwarzhemden" genannt, wurden - ähnlich der späteren deutschen SA - zu ausgerüsteten Schläger- und Terrortruppen gegen die Linken und ethnische Minderheiten.

Ihr Ideal eines soldatisch-gewalttätigen "Herrenmenschen" speiste sich u.a. aus den Texten des italienischen Dichters und Politikers **Gabriele D`Annunzio**. D`Annunzio hatte schon 1919 mit eigenen Truppen für mehrere Monate die jugoslawische Stadt Rijeka besetzt und dort ein Terror-Regiment mit sich als selbst ernanntem Führer errichtet, das schon viele stilistische Elemente des späteren Faschismus an der Macht vorwegnahm. Mussolini orientierte sich mit seiner faschistischen Frontkämpfer-Organisation an diesem heroisch-soldatischen Kult und gründete 1921 die Faschistische Partei "Partito Nazionale Fascista". Sich selbst bezeichnete er als "Duce", eine Bezeichnung, die bekanntlich **Adolf Hitler** übernahm.

Einer der zentralen Gründe für den Aufstieg der italienischen Faschisten liegt – ähnlich wie bei den deutschen Faschisten – in der erfolgreichen Ausschöpfung nationalistischer Propaganda. Italien gehörte zwar nach Ende des 1. Weltkrieges im Gegensatz zu Deutschland zu den Siegermächten und gewann Südtirol und Istrien mit Triest, musste aber zugunsten Jugoslawiens auf die ebenfalls geforderten dalmatinischen Küstengebiete verzichten und Rijeka wurde zur "freien Stadt" erklärt. Geprägt durch die nationalistische Propaganda der letzten zehn Jahre, reagierte die italienische Öffentlichkeit empört auf das Einlenken der sozialistisch geführten Regierung auf die Entscheidung der Alliierten in Paris.

Mit dem Schlagwort des "verstümmelten Sieges" attackierten die Nationalisten die eigene Regierung. Jener Mythos vom "verstümmelten Sieg" wies große Ähnlichkeit auf mit der so genannten Dolchstoß-Legende der Rechten in Deutschland.

Am 27. Oktober 1922 gab Mussolini den Befehl zum "Marsch auf Rom". Nachdem der König sich weigerte, den Belagerungszustand zu verkünden, wurde Mussolini zum Ministerpräsidenten ernannt. Die Faschisten terrorisierten offen die Linke und vollzogen vier Jahre später die Gleichschaltung des Staatsapparates und die Abschaffung des parlamentarischen Systems. Damit gelangte der Faschismus als Herrschaftssystem zum ersten Mal an staatliche Macht.

Mussolini betonte eindeutig den pro-kapitalistischen Charakter der Faschismus. Schon in seiner ersten Kammerrede erklärte er am 21. Juni 1921:

> "Die wirkliche Geschichte des Kapitalismus beginnt erst jetzt, denn Kapitalismus ist keineswegs ein System der Unterdrückung, sondern stellt vielmehr eine Auswahl vom Wertvollsten dar, eine Gleichstellung der Tüchtigsten, einen stark entwickelten Sinn für individuelle Verantwortlichkeit."

Die Selbstbezeichnung des italienischen Regimes als Faschismus wurde seitdem von der Linken aufgegriffen und synonym für ähnliche Bewegungen in Europa benutzt.

"Faschist" wurde nun zum Charakterisierungs-Begriff und auch Schimpfwort für extrem rechte Bewegungen und Parteien, die in nahezu allen Ländern Europas entstanden. Keine faschistische Gruppierung auf der ganzen Welt hatte jedoch auch nur annähernd die gleiche terroristische Qualität wie der deutsche Faschismus. Der Nationalsozialismus entfesselte ein kriegerisches Gewalt- und Mordpotenzial, das geschichtlich betrachtet jeden anderen Staatsterrorismus in den Schatten stellt.

In keinem anderen Land funktionierte die faschistische Gleichschaltung so perfekt wie im Deutschen Reich. Nazi-Deutschland sticht gegenüber anderen faschistischen Bewegungen dadurch hervor, dass der nationalsozialistische Staat im engen Bündnis mit dem Kapital systematisch den Weltkrieg vorbereitete und entfachte. Das propagierte "tausendjährige Reich" beinhaltete programmatisch die kriegerische Eroberung und Versklavung der Welt.

Und vor allem eins sticht bei Nazi-Deutschland hervor: Der deutsche Faschismus unterscheidet sich von anderen faschistischen Strömungen durch seinen eliminatorischen Antisemitismus, der einen fabrikmäßig organisierten Massenmord hervorbrachte. Diese planmäßig und industriell durchgeführte Vernichtung von schätzungsweise 6 Millionen Juden ist einmalig in der Menschheitsgeschichte.

Der sich in Europa zum Ende des 19. Jahrhunderts entfaltende Rassenantisemitismus wurde zum ideologischen Kernstück der nationalsozialistischen Propaganda. Deutschland, das im Gegensatz zu anderen europäischen bürgerlich-kapitalistischen Staaten sein Nationalitätsverständnis nicht aus einer erfolgreichen bürgerlich-republikanischen Revolution ziehen konnte, war in seinen Grundzügen geprägt von einem völkisch-imperialistischen Nationalismus, der schon den 1. Weltkrieg entfesselte.

Die Kriegsniederlage des preußisch-kaiserlichen Regimes bot der völkischen Rechten die propagandistische Basis zur Bekämpfung revolutionär emanzipativer Erhebungen.

Die wahnhaften antisemitischen Projektionen – "der" Jude wurde zugleich verantwortlich gemacht für den Bolschewismus und die sozialen Verwerfungen des Kapitalismus, er galt als Personifizierung alles Schlechten und Bedrohlichen – gaben der NSDAP die Möglichkeit zur völkischen Zersetzung sozialistischer Bestrebungen.

Machtpolitisch konnten die Nazis allerdings nur deshalb den Durchbruch erringen, weil die deutschen Kapitalfraktionen und ihre Verbände sowie der Militärapparat spätestens seit Ende der zwanziger Jahre mehrheitlich auf die nationalsozialistische Karte setzten. Und zwar um sowohl die sozialistische Gefahr abzuwenden, als auch um die nach dem 1. Weltkrieg verlorenen imperialistischen Expansionshoffnungen wieder zu erlangen.

Die Etablierung des NS-Regimes nach 1933 erweist sich dann als eine Symbiose von vollständiger staatlicher Diktatur, struktureller Durchmilitarisierung des gesamten öffentlichen Lebens, systematischer Selektion und Eliminierung jeglicher politischer Abweichung und der Entfaltung eines nahezu umfassenden faschistischen Massenkonsens.

Merkmale des Faschismus

In seiner massenkonsensual getragenen Bestialität und Vernichtungspraxis ist der deutsche Faschismus einmalig. Wir können allerdings vergleichende Merkmale festhalten, die auf jede faschistische Gruppierung zutreffen und die es ermöglichen, den Begriff des Faschismus zur Charakterisierung spezifischer rechter Strukturen zu benutzen:

a) den "Volksgemeinschafts"-Gedanken als Ersatz für soziale und ökonomische Klassenauseinandersetzungen ("Volksgemeinschaft statt Klassenkampf");
b) eine pro-kapitalistische Wirtschaftseinstellung, die aus einem organisch-hierarchischem Weltbild abgeleitet wird und die kriegerisch-imperialistisch orientiert ist;
c) einen ausgeprägten Nationalismus und Rassismus als ideologische Kernstücke.

Bedeutsam ist hierbei die Tatsache, dass der Faschismus seine Kraft aus sozio-ökonomischen Krisensituationen zieht, in denen sich die Klassenwidersprüche zuspitzen. Die faschistische Propaganda erhält dabei ihre Anziehungskraft durch Verkündung pseudosozialistischer Parolen, die sich revolutionär gerieren. Die faschistische "Revolution" ist jedoch "völkisch"-nationalistisch orientiert; sie verspricht eine "nationale Erhebung" ("Du bist nichts - dein Volk ist alles"). Damit ist der Faschismus als Massenbewegung ausgerichtet und zieht seine Kraft durch das Versprechen einer völkisch-rassistisch ausgerichteten "Umwälzung". Der sozialistische Gemeinschaftsgedanke wird dabei aktiv aufgegriffen und "völkisch" umgedeutet. Der wesentliche Unterschied zwischen Faschismus und einem rein diktatorischen Regime liegt demnach im Element des völkisch-rassistischen Massen-Konsens und einem Erhebungs- oder Revolutionsversprechen.

Weitere Merkmale faschistischer Bewegungen sind:
d) autoritär-diktatorische Staatsvorstellungen, die sich gegen demokratisch-liberale sowie kommunistische Gesellschaftsvorstellungen richten ("Marxismus und Liberalismus als Hauptfeinde");
e) ein organisatorisches "Führer-" und Unterordnungs-Prinzip mit soldatischer Verbands- und Kampfstruktur;
f) ein messianischer Erhöhungs- und Allmachtsglaube, der die Ausschaltung von allem "Volksfremden" und "Gemeinschaftsschädlichem" erfordert;
g) ein biologistisches und mystisches Menschenbild, das sich gegen Aufklärung, Liberalismus und ein universalistisches Gesellschaftsbild richtet.

Dies sind die faschistischen Kernelemente, die in unterschiedlicher Ausprägung jede faschistische Gruppierung charakterisieren und die es ermöglichen, spezifische Strömungen vergleichend als "faschistisch" zu kennzeichnen. Zentral ist hierbei, wie schon erwähnt, das Erhebungsversprechen in Form einer Revolte für die Nation als organischer Einheit. Der Faschismusforscher **Zeev Sternhell** beschreibt dies wie folgt:

> "Die Vorstellung, die Gesellschaft sei ein Körper, die Idee von der Nation als lebendiger Organismus, von einer großen, durch eine neue Moral gelenkten Familie führte zu einer ausgrenzenden, ethnischen und rassischen Konstruktion des Nationalismus."

Ideengeschichtlich betrachtet formierte sich die faschistische Ideologie im Übergang zum 20. Jahrhundert als "antimaterialistische Revolte" (Sternhell) gegen die Aufklärung, den Liberalismus und Marxismus. Der Materialismus wurde zum weit verbreiteten Schimpfwort zur Kennzeichnung einer als dekadent empfundenen Moderne. Dagegen verstand sich die präfaschistische Rechte als sittliches wie zugleich antibürgerliches und revoltierendes Korrektiv gegen Dekadenz, Individualismus und Universalismus.
Hierzu noch einmal Zeev Sternhell:

> "Der Faschismus konnte entstehen, als die Vorstellung um sich zu greifen begann, dass der Mensch nicht der homo oeconomicus des Liberalismus und des Marxismus sei. Eine faschistische Sicht der Welt konnte sich verankern, nachdem man zu der Schlussfolgerung gelangt war, dass das Leben der Menschen umgestaltet werden könne, ohne die sozialen und ökonomischen Strukturen anzutasten. Auf eine solche Idee waren die Revolutionäre des 18. und des 19. Jahrhunderts nie gekommen. Sie beruhte auf der Annahme, wie Hendrik de Man darlegte, dass 'das Konzept der Ausbeutung ein ethisches und kein ökonomisches' sei."

Nach rechts gewanderte Anhänger eines nationalen Syndikalismus und nationalen Sozialismus wie **George Sorel, Hendrik de Man, Mussolini**, die italienischen Futuristen u.a. waren es, die den Faschismus als "Revolte" gegen die verhasste Dekadenz der Demokratie populär machten. Laut Mussolini war der Faschismus eine Revolte "gegen den materialistischen Positivismus des 19. Jahrhunderts". Der spanische Faschistenführer **Primo de Rivera** verkündete, "weder links noch rechts" zu sein:

> "Unsere Bewegung wird um keinen Preis ihr Schicksal von den versteckten Interessen von Gruppen oder Klassen abhängig machen, die der oberflächlichen Teilung in links und rechts unterliegen."

Joseph Goebbels erklärte zum Machtantritt der Nazis, dass *"das Jahr 1789 hiermit aus der Geschichte ausgelöscht wird"*.

Linke und Faschismus

Von bürgerlich-konservativer Seite wurde und wird die prokapitalistische Haltung der Faschisten bestritten. Die Totalitarismustheoretiker der ersten Stunde sahen in den faschistischen Bewegungen eher eine vergleichende Ausformung des Mobs wie im damals drohenden Bolschewismus. Die pseudosozialistischen Phrasen der Faschisten wurden von konservativen Totalitarismustheoretikern wörtlich genommen und mit der sozialistischen Bedrohung synonym gesetzt. Dieser Streit zieht sich durch den gesamten Wissenschafts- und Begriffsstreit bis in die heutigen Tage. In seiner noch während der Nazi-Herrschaft verfassten Untersuchung des NS-Regimes kam der Marxist **Franz Neumann** hingegen zu der Einschätzung:

> "Wirtschaft des nationalsozialistischen Deutschland hat zwei umfassende und hervorstechende Kennzeichen. Sie ist eine Monopolwirtschaft – und eine Befehlswirtschaft. Sie ist eine privatwirtschaftliche Ökonomie, die durch einen totalitären Staat reglementiert wird. Als den besten Namen, sie zu beschreiben, schlagen wir 'totalitärer Monopolkapitalismus' vor."

Kennzeichnend für die linke Positionierung wurde postum der berühmte Ausspruch **Max Horkheimers**: "Wer vom Kapitalismus nicht reden will, (soll) zum Faschismus schweigen."

In jenem, an die Emigranten gerichteten berühmten Ausspruch wandte sich Horkheimer gegen die weit verbreitete Tendenz, den Liberalismus als positiven Gegenentwurf zum Faschismus zu verklären.
Er erklärte:

> "Der Faschismus ist nicht wider die bürgerliche Gesellschaft, sondern unter bestimmten historischen Bedingungen ihre konsequente Form."

Horkheimer als undogmatischer Marxist allerdings zog daraus einen völlig anderen Schluss als das Gros der linken Bewegungen jener Zeit.

Er sah nämlich im Faschismus das Aufkommen einer neuen "autoritär-kollektivistischen Lebensform" unter kapitalistischer Wirtschaftsstruktur, die mittels Rassismus und Antisemitismus als zentralem Element zu einem "neuen universalen Prinzip" werden könne.

Dieses faschistische Wesenselement wurde von der kommunistischen Bewegung schlicht ausgeklammert. Dort setzte sich in vulgär-marxistischer Manier die Dimitroff'sche Definition für die Kommunistische Internationale 1935 durch, die besagte:

> "Der Faschismus an der Macht ist die offen terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals."

Faschismus = Kapitalismus, und zwar der vom ganz bösen Banken- und Finanzkapital, gegen das die Nazis schon die antisemitische Unterscheidung zwischen "raffendem" und "schaffendem" Kapital propagierten. Die Mehrheit der Linken jener Zeit verkannte die ideologische Dynamik des faschistischen Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus. Der Faschismusforscher **George L. Mosse** verweist auf die starke Bedeutung des antirationalen faschistischen Heilsversprechens:

> "Allen westlichen Formen des Faschismus war die Flucht vor der Wirklichkeit in eine gefühlsmäßige und mystische Ideologie gemeinsam. Diese Art der Revolution bewegte sich von einer Ablehnung der Realität hin zu einer Glorifizierung der Ideologie. So war es möglich, dass die faschistische 'Revolution' die bestehenden Gesellschaftsstrukturen, und damit auch das Recht auf Privatbesitz, bestehen lassen konnte."

In Abgrenzung zur klassischen Definition der Komintern entfaltete die Linke allerdings auch zur Zeit des Faschismus schon Einschätzungen, die uns auch heute noch von politischem Nutzen sein sollten. Im US-amerikanischen Exil beschäftigten sich Max Horkheimer und **Theodor W. Adorno** mit der Funktion des Antisemitismus. Als Marxisten versuchten sie, den Antisemitismus im Kontext seiner Funktion im Kapitalismus zu ergründen.

> "Im Verhältnis des Lohns zu den Preisen erst drückt sich aus, was den Arbeitern vorenthalten wird. Mit ihrem Lohn nahmen sie zugleich das Prinzip der Entlohnung an. Der Kaufmann präsentiert ihnen den Wechsel, den sie dem Fabrikanten unterschrieben haben. Jener ist der Gerichtsvollzieher fürs ganze System und nimmt das Odium für die andern auf sich. Die Verantwortlichkeit der Zirkulationssphäre für die Ausbeutung ist gesellschaftlich notwendiger Schein."

Horkheimer und Adorno erkannten das aufbegehrende Element als zentrales Merkmal faschistischer Ideologie. Die Nazis waren demnach keine bloßen "Kapitalistenknechte", wie die Komintern sie definierte. Sie versprachen die "Erhebung" durch den völkisch-rassistischen Antisemitismus:

> "Der Faschismus ist totalitär auch darin, dass er die Rebellion der unterdrückten Natur gegen die Herrschaft unmittelbar der Herrschaft nutzbar zu machen

Literatur

Die Fülle von Literatur zum Faschismus ist nahezu unüberschaubar. Daher sind folgend lediglich Werke der Autoren aufgeführt, auf welche im Text konkret Bezug genommen wurde.

Max Horkheimer/Theodor W. Adorno
Dialektik der Aufklärung. Frankfurt a. M. 1988

Ian Kershaw
Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick, Hamburg 1994

George L. Mosse
Die völkische Revolution. Über die geistigen Wurzeln des Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. 1991

Franz Neumann
Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933-1944, Frankfurt a. M. 1988

Stanley Payne
Geschichte des Faschismus. Aufstieg und Fall einer europäischen Bewegung, Berlin 2001

Nicos Poulantzas
Faschismus und Diktatur. München 1973

Karl Heinz Roth
Faschismus oder Nationalsozialismus? Kontroversen im Spannungsfeld zwischen Geschichtspolitik, Gefühl und Wissenschaft, in: Sozial.Geschichte, Heft 2/2004

Zeev Sternhell/Mario Sznajder/Maia Asheri
Die Entstehung der Faschistischen Ideologie. Von Sorel zu Mussolini, Hamburg 1999

Wolfgang Wippermann
Europäischer Faschismus im Vergleich 1922-1982. Frankfurt a. M. 1983

Wolfgang Wippermann
Faschismustheorien. Die Entwicklung der Diskussion von den Anfängen bis heute, Darmstadt 1997

strebt. Dieser Mechanismus bedarf der Juden. (...) Indem der Verwurzelte an seiner Differenz vom Juden die Gleichheit, das Menschliche, gewahrt, wird in ihm das Gefühl des Gegensatzes, der Fremdheit induziert."

Faschismus oder Totalitarismus?

Aus kapitalismuskritischer Sicht ist der Begriff des Totalitarismus zur Kennzeichnung des faschistischen Phänomens abzulehnen, weil er eine Gleichsetzung von Links und Rechts impliziert und den prokapitalistischen Charakter des Faschismus verschleiert. Für den marxistischen Staatstheoretiker **Nicos Poulantzas** stellt der Faschismus die extremste Form eines "kapitalistischen Ausnahmestaats" dar. Im Gegensatz zu reinen Militärdiktaturen und bonapartistischen Regimen weise der Faschismus ein "vielschichtiges Verhältnis" zu den beherrschten Klassen auf: Dieses Verhältnis habe "aus dem Faschismus gerade den notwendigen Vermittler der Restabilisierung der politischen Herrschaft und der Hegemonie" gemacht. Auch der linke Historiker **Karl Heinz Roth** betont den prokapitalistischen, etatistischen und imperialistischen Charakter des Faschismus:

"Der Faschismus verstand sich in all seinen Varianten als Hüter und Bewahrer des kapitalistischen Eigentums. (…) An die Stelle des Liberalismus klassischer Prägung traten neue staatsinterventionistische und ordnungspolitische Konzepte zur ökonomischen Konsolidierung der 'nationalen Wiedergeburt', bei denen Ad hoc-Entscheidungen mit mittelfristigen Rüstungsprojekten und langfristigen sozialökonomischen Programmen zur Sicherung und Stabilisierung der neo-imperialistischen Machtstellung Hand in Hand gingen."

Roth benennt in Bezug auf Nazi-Deutschland fünf Strömungen für das Zustandekommen einer Symbiose zwischen den Eliten aus Militär, Wirtschaft, Ministerialbürokratie, Bildungsbürgertum, Adel, Großagrariern und der NS-Bewegung:

"Die so genannten Jungkonservativen des Herrenclubs und des Jungkonservativen Clubs; der aus der Freikorpsbewegung hervorgegangene Schwarze Block der militärisch-nationalistischen 'Frontsoldaten'-Verbände; die Deutsch-Nationale Volkspartei des Hugenberg-Konzerns; die völkisch-rassistischen Kampfbünde, aus denen nach jahrelangen Richtungskämpfen die NSDAP mitsamt ihren paramilitärischen Organisationen hervorging; sowie der christliche Fundamentalismus, der beim Übergang zur Systemphase in die beiden Amtskirchen eindrang, ohne sie jedoch völlig unter Kontrolle zu bringen."

Im Gegensatz zum Mainstream der deutschen Historikerzunft verweisen international anerkannte Historiker wie **Ian Kershaw** auf die Bedeutung des Faschismusbegriffs:

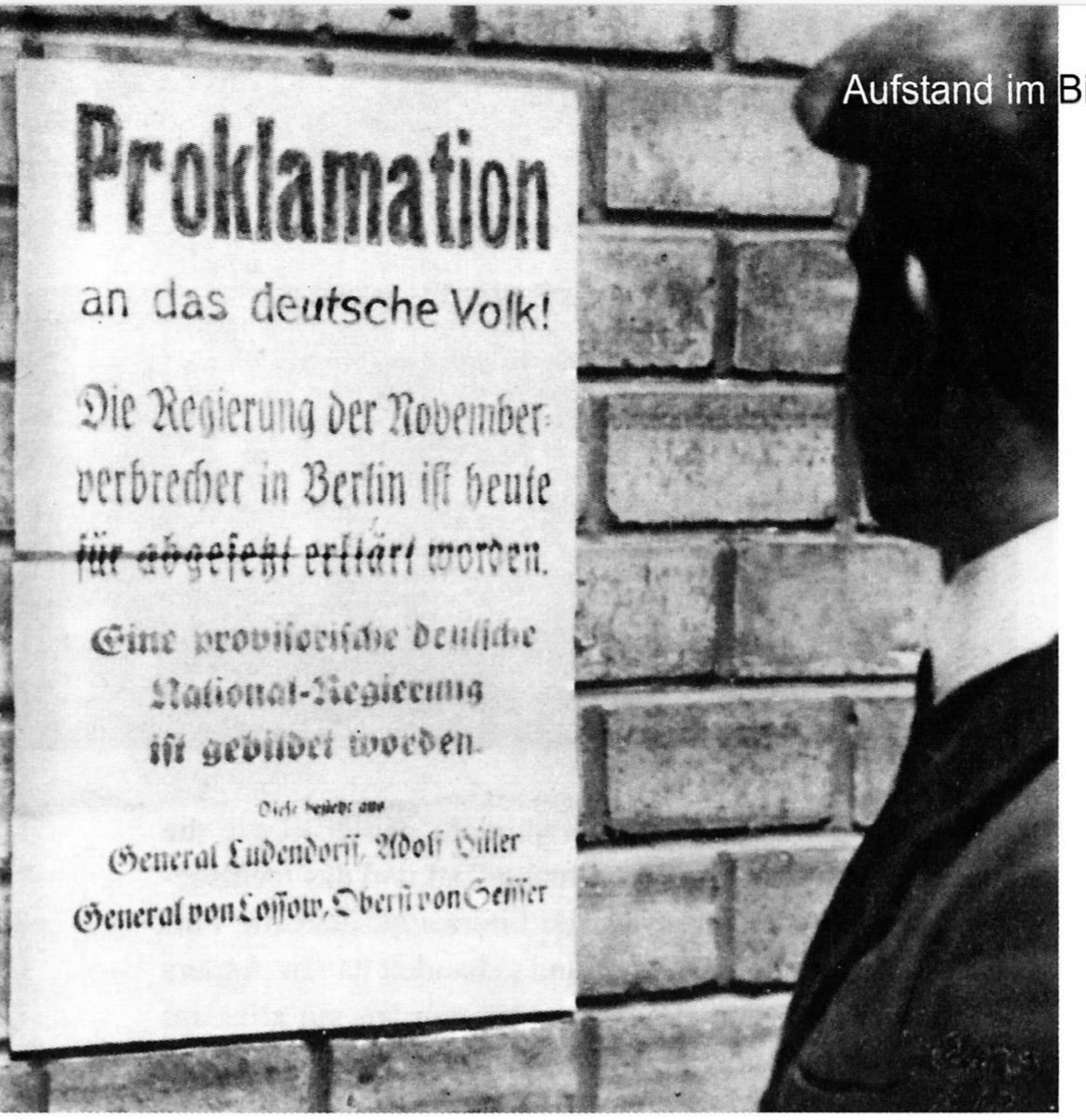
"Mit Hilfe des Faschismusbegriffs lassen sich der Charakter des Nationalsozialismus, die Umstände seines Anwachsens, die Art seiner Herrschaft und seine Einordnung in den europäischen Kontext der Zwischenkriegszeit befriedigender und zutreffender erklären als mit Hilfe des Totalitarismusbegriffs."

Nicht nur im Interesse historischer Genauigkeit ist eine komparative Faschismusanalyse von Bedeutung. Denn gefährliche Entwicklungen von neofaschistischen Formen sind auch heute in Europa wieder erkennbar. Und zugleich entfalten sich tragende Mobilisierungsangebote des Faschismus wie Nationalismus und Rassismus auch aus der politischen Mitte der Gesellschaft. Debatten um Leitkultur und Patriotismus zeigen, dass auch die so genannte etablierte Linke nicht gefeit ist vor der Wiederholung alter Fehler. Oder, um zum Abschluss einen Ausspruch des Faschismus-Forschers Zeev Sternhell zu bemühen:

"Wenn die Sozialisten sich dem Faschismus zugewandt haben, dann deshalb, weil sie die Kraft der Nation und die Schwäche des Proletariats entdeckt hatten. Die Nation wurde zur entscheidenden Kraft, nicht die Klasse. Und diese Lektion sollte nicht in Vergessenheit geraten. Es ist nicht möglich, gleichzeitig ein Nationalist und ein Sozialist zu sein. Ein Marxist kann nicht Nationalist sein."

Zum Autor

Der Autor Alex Busch ist Referent des Antirassistischen Bildungsforums Rheinland (ABR) und steht für Vorträge zur Verfügung.
Kontakt über bildungsforum@gmx.de



Von Michael Fehrin

Aufstand im Bierkeller

Der 9. November 1923

Wer über die Entstehungsgeschichte des Dritten Reiches schreibt, kommt um ein Ereignis nicht herum, das schwerwiegende Folgen hatte: den Umsturzversuch vom 9. November 1923. Über diesen dilettantischen Staatsstreich müsste man gar nicht so viele Worte verlieren, wäre es den Nazis nicht gelungen, diese Niederlage schnell in einen propagandistischen Erfolg umzumünzen. Ergebnis war, dass aus einer regionalen, nur in Bayern populären Macht, eine in ganz Deutschland bekannte Partei wurde. Nicht zuletzt war die Popularität **Adolf Hitler**s nach dem missglückten Putsch deutlich gestiegen. So haben wir hier ein typisches Beispiel, wie ein fast schon albernes Ereignis dadurch, dass die Akteure aus den Fehlern lernten, schwerwiegende politische Dimensionen annahm.

Die Ausgangslage

Geht es um die Frühzeit der NS-Bewegung, muss man mit den Zuständen in Bayern nach der Novemberrevolution 1918 anfangen. Mit der Niederschlagung der Münchener Räterepubliken war der Versuch der radikalen Linken, die gesellschaftlichen Verhältnisse neu zu ordnen, vollständig gescheitert. Nach dem Mai 1919 wurde Bayern extrem konservativ bis extrem rechts regiert, mit einigen wichtigen Unterschieden zu anderen Teilen Deutschlands. In München tummelten sich alle möglichen extrem rechten Gruppen. Die Stadt war ein Magnet für den republikfeindlichen Teil der politischen Rechten: Ob Freikorps, Bürgerwehren, die Organisation "Consul" (ein extrem rechter Geheim- und Mordbund), die "Thule Gesellschaft" (eine legendenumwobene rechte Kampforganisation mit pseudookkultem Touch), die frühen Versionen von SA und NSDAP - alles war hier möglich. Die bayerische Regierung unter Ministerpräsident **Gustav von Kahr**, einem Monarchisten, der die gestürzten **Wittelsbacher** gerne zurückgebracht hätte, wies alle Versuche der Berliner Reichsregierung, diese extrem rechte Militanz zu zügeln, von sich. Dies hat mehrere Gründe. Die traditionelle Ablehnung des preußischen Zentralstaats und die Neigung zum Separatismus waren durch den ersten Weltkrieg stark gewachsen. "Berlin" stand zunächst für den Krieg und dann für den Versailler Vertrag. Letzterer wurde in Deutschland von den meisten politischen Gruppen abgelehnt, allerdings besonders strikt und vehement von den Rechten. Die bayerischen Rechten hegten eine panische Angst vor der Rückkehr der "Roten" und eine tiefe Verachtung gegenüber der Republik der "Novemberverbrecher" in Berlin. So kam es zum Konflikt mit der Reichsregierung, die den Versailler Vertrag mehr oder weniger umsetzen musste und deswegen Bayern drängte, die Einwohnerwehren aufzulösen. Diese waren dort besonders stark und ein Resultat aus der Angst vor weiteren Räterepubliken. Der Konflikt schwelte in den Jahren 1922 und 1923 vor sich hin.

Ebenfalls in München wurden die Mörder von z.B. **Matthias Erzberger** und **Walter Rathenau** aus den Reihen der Organisation "Consul" gedeckt. (Erzberger und Rathenau waren Reichsminister, die in besonderem Maße als "Novemberverbrecher" galten und deshalb verhasst waren.) Für die bayerische Rechte stellte sich so immer mehr die Frage, wie man mit den Forderungen der Reichsregierung umzugehen hat. Eine völlige Verweigerung wäre einem Putsch nahe gekommen und hätte vielleicht sogar die Abspaltung des Landes Bayern vom Deutschen Reich bedeutet.

Ein weiteres belebendes Element für die extreme Rechte jener Tage war **Mussolinis** erfolgreicher "Marsch auf Rom" im Oktober 1922. Hier hatte jemand der Rechten gezeigt, wie man die Macht ergreifen kann. So wurde die Stimmung für einen Staatsstreich immer günstiger. Aber wer sollte mit wem die Macht ergreifen? Dazu kam vor allem bei Hitler und der noch recht kleinen NSDAP die Angst, dass es zu einer Unabhängigkeitserklärung von Bayern kommen könnte. Die Nazis träumten bereits früh von einer Revanche für den Ersten Weltkrieg und dem Wiederaufbau eines mächtigen Deutschen Reiches mit riesiger Militärmacht. Wenn erzreaktionäre Regionalpolitiker wie von Kahr die Einheit des Reiches zerbrochen hätten, wären diese Träume vorbei gewesen. Im November 1923 kam die NSDAP unter Zeitdruck, da man sich zu den Forderungen der Berliner Reichsregierung positionieren musste. Es musste also gehandelt werden.

Der Putsch

Der Putsch selber hat etwas unwirkliches und absurdes. Am Abend des 8. November 1923 wollte von Kahr eine Rede im Bürgerbräukeller halten. Hitler befürchtete, dass

dies die Unabhängigkeitserklärung für Bayern werden würde. So wurde schnell ein Staatsstreich organisiert, beziehungsweise eher dilettantisch improvisiert. Zusammen mit dem Weltkriegshelden und Ultrareaktionär **Erich Ludendorff**, dem Befehlshaber der Reichswehr in Bayern **Otto von Lossow** (der davon angeblich nichts wusste) und ihm selbst an der Spitze sollte die Regierung in Berlin für abgesetzt erklärt werden. Nach dem Griff zur Macht in Bayern war ein Marsch auf Berlin geplant. Dabei sollte die reaktionäre bayerische Regierung mit im Boot sitzen, da die eigene Stärke nicht ausreichte. Das Unternehmen scheiterte schon an den Prämissen eines gelungenen Staatsstreiches. Man hatte es versäumt, wichtige militärische Punkte in München zu besetzen und die Kommunikationswege zwischen Reichswehrführung in Berlin und den lokalen Befehlshabern der Armee in München zu unterbrechen. Und die Ereignisse im Bürgerbräukeller selber verliefen auch nicht besser. Hitler stürmte den Saal, schoss angeblich in die Decke und forderte die dortigen Honoratioren um von Kahr auf, mit ihm eine neue Regierung zu bilden. Für den Fall, dass sie nicht einwilligen, bedrohte er die sie rüde. Man baute am Eingang des Kellers ein Maschinengewehr auf, die 3000 Anwesenden wurden unruhig und der damals schon mitwirkende **Hermann Göring** rief der nervös werdenden Menge zu: "Nebenbei, meine Damen und Herren, Ihr Bier haben Sie ja." Hitler verließ die Szenerie, um draußen nach dem Rechten zu sehen und zu erfahren, was sein Spezi **Ernst Röhm** bei der Belagerung einer Reichswehrkaserne machte. Ludendorff wiederum ließ die festgenommenen Politiker gegen ein Ehrenwort frei, da sich ihre Frauen um sie sorgen würden. So ist das ganze Unternehmen auf lächerlichste Art und Weise im Frühstadium gescheitert. Am nächsten Tag versuchte man dann zu retten, was noch zu retten war und organisierte den berühmten Marsch auf die Feldherrnhalle. Eigentlich war dies alles ziemlich profan, eine Einheit der Landespolizei schoss in die Demonstration, es gab dreizehn tote Putschisten und zahlreiche Verletzte. Hitler floh, während der alte Ludendorff vor Ort blieb und von Soldaten gefangen genommen wurde. Die Putschisten verstreuten sich, Hitler wurde im Haus eines wichtigen frühen Förderers, **Ernst Hanfstaengl**, gefasst. Anschließend kursierte das Gerücht, dass die schöne Gattin seines Gönners ihn vom Selbstmord abhalten musste.

Die Folgen

Die Folgen waren kurzfristig einfach: Die Putschisten wurden, sofern sie nicht wie **Heß** und Göring (wovon ersterer sich später der Justiz stellen sollte) ins Ausland geflohen waren, festgenommen und die NSDAP verboten. Die Partei schien am Ende zu sein, der Spuk der "Hitlerei" war vorbei, so hofften viele. Dem war aber ganz und gar nicht so. Hitler war ein gewiefter Taktiker , der aus dem Debakel schnell die richtigen Lehren zog. Nie wieder sollte er den verfassungskonformen Weg zur Macht verlassen, mochte die SA noch so sehr hoffen und drängen, einen weiteren Putsch wagen zu dürfen. Und es erwies sich als äußerst erfolgreich, den Hochverratsprozess in eine politische Propagandabühne zu verwandeln. Hitler klagte die Republik der "Novemberverbrecher" an und das rechtsgerichtete Richtergremium wurde überzeugt, dass die Putschisten aus Liebe zum Vaterland gehandelt hätten. Anders als kommunistische Revolutionäre wurden sie allesamt sanft bestraft. Ludendorff wurde sogar freigesprochen. Von den fünf Jahren, zu denen der spätere "Führer" verurteilt wurde, musste er immerhin neun Monate in der Festung Landsberg absitzen. Und selbst das war noch kontraproduktiv: In der Haft wurde er so zuvorkommend behandelt, dass er die Zeit nutzen konnte, um die Welt mit seinem Werk "Mein Kampf" zu beglücken. Vor dem Prozess war Hitler ein bayerisches Lokalphänomen, danach kannte ihn ganz Deutschland. Aus dem Hetzer im Bierkeller wurde ein Politiker mit Aussichten.

Die Angeklagten des Hochverratsprozesses: Pernet, Weber, Frick, Kriebel, Ludendorff, Hitler, Brückner, Röhm, Wagner

Nachdem die Nazis an die Macht gelangt waren, wurde die Bedeutung der Partei und erst recht der SA schnell geringer, aber der Mythos um den Putsch wurde hochgehalten. So wurden alljährlich martialische Zeremonien für die Märtyrer der Parteigeschichte abgehalten. Zu diesem Zweck hatte man die Gebeine der Toten in eine Ehrenhalle umgebettet. In dumpfen Aufmärschen wurden die Fahnen von neuen SA-Stürmen durch ein Berührung mit der "Blutfahne", die am 9. November 1923 getragen wurde, geweiht. Ebenfalls wurde jedes Jahr von Hitler eine Rede vor den "alten Kämpfern" im Bürgerbräukeller gehalten. Am 9. November 1939 schaffte es der Regimegegner **Johann Georg Elser** beinahe, Hitler hierbei zu töten. Ganz gegen seine Gewohnheit redete der Diktator nicht so lange wie sonst und die von Elser produzierte Bombe explodierte etwas zu spät. Ein unglückseliger Zufall von vielen in der Geschichte der Nazibewegung.

Literatur

Immer wieder dieselbe Standardliteratur aufzuführen erscheint mir auf Dauer ermüdend. Aber wer über die Frühzeit der Nazibewegung in der Stadt München etwas erfahren möchte, dem sei ganz besonders das Buch **"Hitlers München – Aufstieg und Fall der Hauptstadt der Bewegung"** von *David Clay Large* empfohlen.

Zum Autor

Der Autor Michael Fehrin ist Referent des Antirassistischen Bildungsforums Rheinland (ABR) und steht für Vorträge zur Verfügung.
Kontakt über bildungsforum@gmx.de

Von Michael Fehrin

"Der Untergang"

Die letzten Tage im Führerbunker

Zu diesem Film eine ernsthafte Nachbetrachtung zu schreiben, fällt mir etwas schwer, aber es soll versucht werden. "Der Untergang" wurde mit wissenschaftlicher Beratung von **Joachim Fest** gedreht. Der erzkonservative Hitlerkritiker Fest hat seinerseits mal einen Dokumentarfilm über Hitler produziert, in dem der Holocaust fast nicht vorkam. Ansonsten basiert "Der Untergang" auf den Erinnerungen der unsäglichen Führersekretärin **Traudl Junge**, angereichert mit Versatzstücken aus den Memoiren von **Albert Speer**. Nun gut, ich denke nach.....

Ich habe diesen Film in der wohl zu ihm am besten passenden Stadt gesehen, nämlich in Wien. (Berlin wurde zu sehr von den Russen verwüstet, hat heute eine ganz andere Atmosphäre, aber Wien...fast wie in der guten, alten Zeit!) Ich fand den Film überwiegend etwas langweilig. Manchmal konnte ich aber auch herzhaft lachen, was den anderen Kinobesuchern sicherlich eher missfiel. "Der RRRRRRusse steht nurrr noch 12 Km vom Zentrrrrrrum entfernt, und ich erfahrrre das nurrr sozusagen auf Nachfrrrrage!" tobt **Bruno Ganz**, die Tolle auf und ab wippend. Ja, so in etwa könnte Adolf gewesen sein.....aber muss mich das interessieren?

Apropos Wien, diese Stadt, die *ihm* mehrheitlich so frenetisch zujubelte und dann eines der ersten Opfer des Faschismus sein wollte. Vergleicht man die Bilder vom Einmarsch in Wien beispielsweise mit denen vom Einmarsch in Prag, dann weiß man was ich meine. Jubel versus Tränen und Verzweiflung! Wien, die Stadt in der es ein **Dr.-Karl-Lueger**-Denkmal, einen Dr.-Karl-Lueger-Platz und den Dr.-Karl-Lueger-Ring gibt und in der am Geburtshaus von Dr. Karl Lueger heute noch eine Plakette aus dem Oktober 1944 an den Bürgermeister Dr. Karl Lueger erinnert. Eben jenen, der seine Wahlkämpfe vor dem ersten Weltkrieg mit heftigstem Antisemitismus führte und dem **Adolf Hitler** in "Mein Kampf" eine Lobrede widmet, in der Lueger als eines seiner wenigen Vorbilder geehrt wird.

Übrigens wird die neueste Wiener Geschichte im Historischen Museum der Stadt mit Dias erklärt: "1938 marschieren die Deutschen ein". Dann, drei Dias später: "1945 marschieren die Sowjets ein". Dazwischen ein oder zwei Bilder von Bombardierungen und, besonders perfide weil es den Österreichern eine Opferrolle zuspielt, ein Dia mit der Wiener Gestapo-Zentrale. So viel zu Wien.

Zurück zu "Der Untergang": Natürlich ist dies kein Nazifilm, wie manch ein Linker argwöhnen könnte. Natürlich sind die Schauspieler gut. Aber es ist im Grunde bereits bedenklich sich auf das Thema an sich einzulassen. Hitler war leider ein sehr wichtiger Mensch, man kommt an ihm nicht vorbei, wenn man sich der neueren Geschichte stellt. Aber sein Regime auf die letzten Tage im Bunker zu reduzieren, trennt es von seinen Verbrechen. Logischerweise ist in diesem Film von Angriffskrieg und Völkermord nichts zu sehen.....

Was ist so wichtig daran, über die letzten Tage des Packs einen Spielfilm zu drehen, der für Millionen Leute einen wesentlichen Eindruck von der Nazizeit vermitteln wird? Da soll man sich nichts vormachen: Filme wie dieser oder die "Dokumentationen" des **Guido Knopp** prägen das Bild des NS-Regimes bei den meisten Menschen. Es geht noch nicht einmal darum, dass eine Figur wie **Hermann Fegelein** (Himmlers Adjudant!!!) zu positiv dargestellt wird. Oder dass man Speers Reinwaschungen in Szene setzt oder das Schicksal der Traudl Junge überbewertet. Nein, nach diesem Film werden die Leute aus dem Kino gehen und denken, dass die Nazis selbst ihre eigenen Kinder, die Göbbels-Kinder, ermordet haben und dass dies ganz schlimm sei. Sie werden nicht daran denken, dass vorher Millionen anderer Kinder ermordet wurden, denn das kommt hier nicht vor. Nicht einzelne Kritikpunkte an diesem Film sind entscheidend. Man hätte dieses Thema besser gar nicht erst angepackt. Ich hätte mir gewünscht, dass dieser Film nicht gedreht worden wäre...

Anzeigen

kämpfen und lesen

DA
DIREKTE AKTION
anarchosyndikalistische Zeitung

[die andere gewerkschaftszeitung]

Probeheft gratis Straßburgerstr. 38 | 10405 Berlin | da-abo@fau.org

Von Rob Johnson

Kapitalismus und Naturkatastrophen

Die aktuelle Naturkatastrophe in Asien zeigt in ihrem furchtbaren Ausmaß nicht zuletzt auch die Differenz zwischen Arm und Reich. Die Wirtschaftsprognosen versprechen einen baldigen Wiederaufschwung der Regionen mit dem Argument, dass hauptsächlich die Ärmsten und nicht die Wirtschaft von der Katastrophe betroffen seien. So zeigt die Flutwellenkatastrophe auch den Antagonismus zwischen Profit und Humanismus auf. In diesem Kontext ist eine historische Analyse der "politischen Ökologie" der Klimakatastrophen des nordamerikanischen Theoretikers Mike Davis von besonderem Interesse. Davis, vor allem bekannt durch seine stadtsoziologische Analyse "City of Quarz", untersucht in seinem neuesten Buch den Zusammenhang von Klimakatastrophen in den Ländern des Südens und der Genese von Kolonialismus und Imperialismus. Seine Analyse handelt von den vergessenen Katastrophen in Form von Hungersnöten, Dürren und Seuchen in Indien, China und Nordbrasilien. Diesem als "Naturkatastrophen" bezeichneten Massensterben fielen zum Ende des 19. Jahrhunderts nachweislich mindestens 30 Millionen Menschen zum Opfer. "Nach Ansicht von Davis sei dies jedoch nicht bloß auf das berüchtigte El-Niño-Phänomen zurückzuführen, sondern vielmehr auch auf die Verheerungen des sich ausbreitenden Weltkapitalismus, der Industrialisierung und den daraus resultierenden Folgen von Klimaschwankungen. Bei "El Niño" handelt es sich um die wiederkehrende rasche Erwärmung des östlichen tropischen Pazifiks mit der Folge schwacher Monsun-Niederschläge und daraus resultierenden Dürren in Afrika, Asien und Südamerika. Die Entfaltung des kapitalistischen Weltsystems im Rahmen des Kolonialismus erwirkt nach Ansicht von Davis eine "politische Ökologie des Hungers", da die traditionellen Abwehrmechanismen gegen Dürre und Hungersnöte durch die Abhängigkeit von Weltmarkt und neuen Herrschaftsverhältnissen außer Kraft gesetzt wurden.

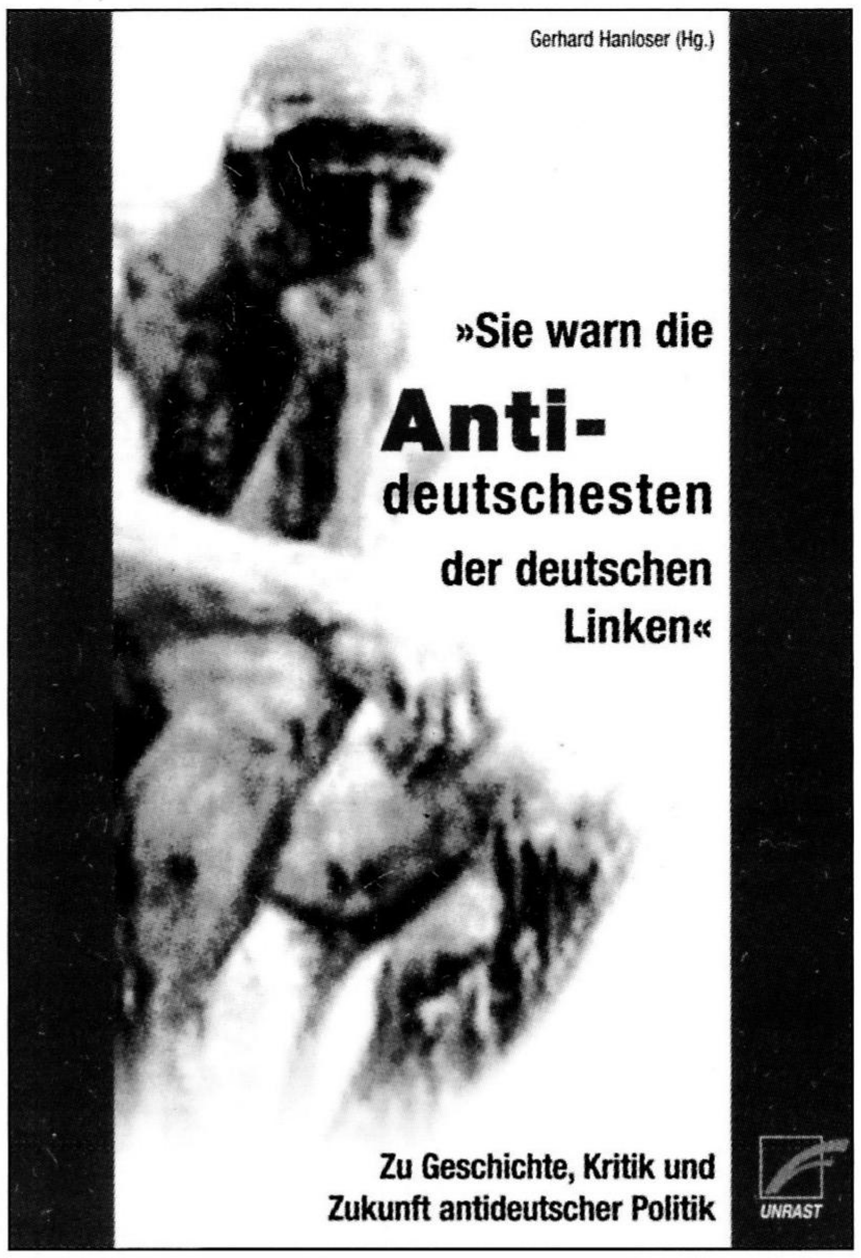
Ein Beispiel für eine solche Entwicklung ist Indien. So diente laut Davis Indien im Verlauf des 18. und 19. Jahrhunderts in kolonialer Manier dem Wohlstand Großbritanniens mit der Folge von Hungersnöten. Während der schlimmsten Hungerperiode in Indien verdreifachten sich die indischen Getreideexporte. Und während in Südindien in der Dürre die Ernte verdorrte, feierte Königin Viktoria ihre Ernennung zur Kaiserin Indiens mit dem angeblich bis dato teuersten Festessen in der Weltgeschichte. Davis weist darauf hin, dass es die Übertragung von sozialdarwinistischen Vorstellungen des Wirtschaftsliberalismus auf koloniale Politik war, die den Menschen Hunger und Tod brachte: "Millionen starben nicht außerhalb des >modernen Weltsystems<, sondern im Zuge des Prozesses, der sie zwang, sich den modernen Strukturen anzupassen. Sie starben im goldenen Zeitalter des liberalen Kapitalismus; viele wurden, wie wir sehen werden, durch dogmatische Anwendung der heiligen Prinzipien von Smith, Bentham und Mill regelrecht ermordet."

Davis weist überzeugend den Zusammenhang zwischen Klimaveränderung, kapitalistischer Weltökonomie und Imperialismus sowie der dazu gehörigen Freihandelsideologie auf. Damit liefert seine Analyse zugleich Material zur Kritik der aktuellen Verhältnisse: "Eine Kernthese des Buches ist, dass das, was wir heute die 'Dritte Welt' nennen, ein Produkt der Einkommens- und Vermögensungleichheiten ist – der berühmten 'Entwicklungslücke', die vor allem im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts entstanden ist, als man begann, die großen Bauernschaften außerhalb Europas in die Weltwirtschaft zu integrieren."

Mit dieser zugleich scharfen wie materialreich untermauerten These steht der Autor quer zum Mainstream der Historiker, die die Hungerskatastrophen lediglich als Unglück der Natur im "golden Age" des Kapitalismus darstellen. Die Millionenopfer der Hungerkatastrophen sind laut Davis vielmehr Teil der weltweiten Durchsetzung des Kapitalismus: "Und die berühmten 'Gefangenen des Hungers', die die Internationale zum Aufstand ermutigt, waren ebenso moderne Erfindungen des spätviktorianischen Zeitalters wie das elektrische Licht, Maschinengewehre und der 'wissenschaftliche Rassismus'."

Mike Davis
Die Geburt der Dritten Welt
Assoziation A, Berlin 2004,
464 Seiten, 29,50 Euro

LOTTA empfiehlt



Gerhard Hanloser (Hg.)
"Sie warn die *Anti*-deutschesten der deutschen Linken"
Zu Geschichte, Kritik und Zukunft antideutscher Politik

UNRAST Verlag, Münster 2004
ISBN 3-89771-432-9
ca. 290 Seiten, 14 Euro

Impressum

V.i.S.d.P.: J. Fürst, c/o LOTTA

LOTTA
Am Förderturm 27
46049 Oberhausen

Auflage: 1.000
Erscheinungsweise: vierteljährlich
Druck: Im Eigenverlag
Alle Rechte an den Fotos und den Artikeln liegen bei den FotografInnen und den AutorInnen.
Der Inhalt namentlich gekennzeichneter Artikel spiegelt nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur Habenahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit Begründung der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitung nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur diese, dem Absender mit Begründung der Nichtaushändigung zurückzusenden.

LOTTA abonnieren!

Unsere Kontoverbindung lautet:

Kontoinhaber: J. Fürst
Postbank Essen
Kontonummer 479250438
Bankleitzahl 36010043

Bitte bei Überweisungen unbedingt den Namen der abonnierenden Gruppe/ Person und die Nummer/n der bezahlten/bestellten Ausgabe(n) angeben!

Jahreseinzelabo über 4 Ausgaben

Alle Preise inkl. Porto

O Jahresabo, Standard "Stino"	13 Euro
O Jahresabo, Förderabo "Ente"	18 Euro
O Jahresabo, Förderabo "Mittelklasse"	23 Euro
O Jahresabo, Förderabo "S-Klasse"	..... Euro

Archiv-Packs (bei vergriffenen Ausgaben schicken wir eine Kopie)

O Ausgaben I (Nr. 5 bis 7)	4 Euro
O Ausgaben II (Nr. 8 bis 10)	5 Euro
O Ausgaben III (Nr. 11 bis 15)	10 Euro

Einzelexemplare (bei vergriffenen Ausgaben schicken wir eine Kopie)

O Ausgabe .... (bis Ausgabe Nr. 7)	2 Euro
O Ausgabe .... (Ausgabe Nr. 8 bis Nr. 13)	3 Euro
O Ausgabe .... (ab Ausgabe 14)	3,50 Euro

O Ich überweise den Abo- bzw. Archiv-Pack-Preis auf Euer Konto.
O Ich habe den Abo- bzw. Archiv-Pack-Preis in bar beigelegt.

» Alle Preise verstehen sich inklusive Porto + Verpackung und nur gegen Vorkasse (bitte keine Briefmarken).
» Ein Abo verlängert sich automatisch um vier weitere Ausgaben, wenn nicht bis spätestens vier Wochen nach Erscheinen der letzten bezahlten Ausgabe gekündigt wird.
» WeiterverkäuferInnen erhalten ab 5 Exemplaren Rabatt. Näheres siehe www.free.de/lotta unter "Abo" oder per E-Mail an lotta@koma.free.de.

An die
LOTTA
Am Förderturm 27
46049 Oberhausen

Bestellungen können auch an lotta@koma.free.de gemailt werden

.....
Vorname, Name, Gruppe

.....
Anschrift PLZ, Ort

.....
E-Mail und/oder Telefonnummer

....
Ort, Datum Unterschrift

ANTIFASCHISTISCHE
AKTION